

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück B 12538
Entgelt bezahlt
Herbst 2003
Nr 141, 32. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Die Niederlage Der Tiefstand des Klassenbewusstseins



Wer zu Hause bleibt, wenn der Kampf beginnt
und lässt andere kämpfen für seine Sache
der muss sich vorsehen: denn
wer den Kampf nicht geteilt hat
der wird teilen die Niederlage.
Nicht einmal den Kampf vermeidet
wer den Kampf vermeiden will: denn
es wird kämpfen für die Sache des Feinds
wer für seine eigene Sache nicht gekämpft hat.

Bert Brecht

Am Morgen des 27. Juni 2003 gab Klaus Zwickel, der Vorsitzende der IG Metall vor laufenden Kameras bekannt, dass der Streik in der Metall- und Elektroindustrie in Ostdeutschland ergebnislos abgebrochen wird. Damit war der vierwöchige Streik, der teilweise mit einer bis dato in der BRD nicht gekannten Härte geführt wurde, zu Ende. Er endete mit einem Desaster. Mit einer Niederlage, die jetzt die tiefste Krise in der Nachkriegsgeschichte der Metallgewerkschaft verursacht hat. Anstatt die Ursachen der Krise konkret und solidarisch zu analysieren und aufzuarbeiten, werden Schuldige gesucht, die für die Katastrophe verantwortlich gemacht werden können. Im Brennpunkt der Kritik stehen der Bezirksleiter Düvel und Jürgen Peters, der 2. Vorsitzende der IG Metall. Von ihnen wird gefordert die Verantwortung zu übernehmen und von ihrem Amt zurück-

zutreten. Das, obwohl der Streikbeschluss im Vorstand einstimmig gefasst worden war. Daraus wird ersichtlich, dass es um etwas anderes geht. Nämlich darum, welche Ausrichtung die IG Metall in Zukunft haben soll. Die Kritiker wollen eine IG Metall „light“ nach dem Vorbild der IGBCE. Die Kritisierten und deren Anhänger eine kämpferische Organisation, die auch in Zukunft in der Lage ist, die Interessen ihrer Mitglieder mit Hilfe von Arbeitskämpfen durchzusetzen. Der Ersatz der Analyse der Niederlage, durch die Suche nach den Schuldigen für das Desaster, ist wenig hilfreich. Dieser Weg führt zur Zerrissenheit und damit zur Schwächung der Organisation und nicht zur Aufarbeitung der Ursachen. Damit aber wird Handlungsunfähigkeit erzeugt und weitere Niederlagen sind vorprogrammiert. Es sollen deshalb im Folgenden die objektiven und subjektiven Rahmenbedingungen sowie der Streikverlauf dargestellt werden.

Die Ausgangslage.

Seit dem Wirken der IG Metall auf dem Gebiet der einstigen DDR, war ein Maßstab ihres Handelns, die Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen an die des Westens anzugleichen. Neben dem Kampf um den Erhalt der Indus-

Fortsetzung Seite 3

Inhalt

- | | |
|--------------------------------------|----------|
| - Die Niederlage, | Seite 1 |
| - In eigener Sache, | Seite 2 |
| - Streik bei FEDERAL-MOGUL, | Seite 9 |
| - PDS – Triumph der „Reformlinken“, | Seite 19 |
| - GATS – Weltrecht des Kapitals?, | Seite 26 |
| - Ein Lehrstück in Sachen Demokratie | |
| Der Putsch in Chile vor 30 Jahren, | Seite 31 |
| - China – gestern und heute, | Seite 33 |

Rezensionen:

- | | |
|----------------------------------|----------|
| - Max Hölz, der rote Rebell, | Seite 39 |
| - KPD – die Ereignisse von 1928, | Seite 41 |

In eigener Sache

Allein mit den Rückschlägen der USA im Irak und in Afghanistan und mit dem Eiertanz der NATO-Verbündeten-„Kriegsgegner“ könnte man ein Heft füllen. Auch innenpolitisch vergeht kein Tag, wo im Klassenkampf von oben nicht neue Forderungen zugunsten der Kapitalisten erhoben werden. Die rosa-olivgrüne Bundesregierung bringt nun – in einer de-facto großen Koalition – für die Masse der Bevölkerung eine Belastung nach der anderen ins Spiel. Es ist in diesen bewegten Zeiten für eine Drei-Monats-Zeitschrift unmöglich, auf alle diese Ereignisse einzugehen, so wichtig das auch wäre. Wir haben uns deshalb auf einige Bereiche konzentriert.

Im Vordergrund dieser Nummer steht ein einschneidendes Ereignis für die deutsche Arbeiterbewegung: Der verlorene Streik in Ostdeutschland, dessen langfristige Folgen für alle Gewerkschaften noch nicht abzusehen sind. Die Schwäche der deutschen Arbeiterbewegung, die sich vor allem in der mangelnden Solidarität westdeutscher Kolleginnen und Kollegen offenbart, zeigt, wie weit der politische Verfall bei vielen Gewerkschaftsmitgliedern und Gewerkschaftsfunktionären vorangeschritten ist. Ein Genosse, der an der Streikfront stand, hat die Niederlage und die Ereignisse bei Federal-Mogul analysiert.

Als weiteren Bereich beschäftigen wir uns mit der immer noch schrumpfenden und orientierungslosen Linken in Deutschland. So müssen wir eine erneute Rechtswendung bei der PDS verzeichnen, bei der die sozialistische Minderheit in der Partei einen eher hilflosen Eindruck hinterläßt. Da die PDS jedoch immer noch den stärksten Haufen auf der zersplitterten Linken stellt, wollen wir ausführlich die unerquicklichen Ereignisse dort durchleuchten.

Mit den ökonomischen Entwicklungen des Weltkapitalismus und mit den globalen Grundlinien beschäftigt sich ein Artikel über das GATS. Der Artikel zeigt auch auf, wie der Kapitalismus sich anschickt Bereiche des öffentlichen Lebens zu erschließen, die bisher von der Ausbeutung relativ verschont geblieben waren, um auch dort Profite herauszuschinden.

Auf unserem Seminar im Mai in Landshut hielt ein Genosse der Gruppe International Dorfen ein Referat über die Geschichte und die Entwicklung der Volksrepublik China. Wir haben den Text vollständig übernommen.

Seit zwei Jahren wird der 11. September als Jahrestags des Angriffs auf das World-Trade-Center in New York begangen. Er ist aber auch der 30. Jahrestag des vom Westen begrüßten und von den USA aktiv unterstützten Putsches in Chile. Das wollen wir mit einem eigenen Artikel in Erinnerung rufen.

Drei Rezensionen zur Geschichte der Kommunistischen Bewegung in Deutschland runden die Nummer ab.

Die Sommermonate machten sich auch im Zahlungseingang bemerkbar. Leider tun das unsere laufenden Kosten nicht und so brauchen wir jede Spende. Allen Zahlern und Spendern in dieser Zeit sagen wir herzlichen Dank.

Am **25./26. Oktober** findet wieder unsere **Jahreskonferenz** in Nürnberg statt. Voraussichtliche Themen: Der Niedergang der Gewerkschaften / Wie weiter mit der sozialistischen Linken – Gibt es eine realistische Grundlage für den Aufbau einer neuen sozialistischen Partei? / Sozialabbau ohne Ende?

In der letzten **Arbeiterstimme** hieß unser Leitartikel „Die alte Sozialdemokratie ist tot“. Mit dieser Meinung stehen wir offensichtlich nicht alleine. Wir dokumentieren die Austrittserklärung zweier Verdi-Sekretäre:

„Hiermit erklären wir unseren sofortigen Austritt aus der Bayern-SPD

Sehr geehrte Damen und Herren!

Unsere SPD, die Sozialdemokratie, die sich immer – fast – als Arbeitnehmerpartei und als Partei der sozialen Gerechtigkeit verstanden hat, ist nun endgültig tot. Als SPD wird sie bleiben, ohne wesentliche Alternative zu den konservativen Parteien anbieten zu können oder zu wollen. Inhaltlich ist der Unterschied der SPD zu den anderen Parteien mit der Agenda 2010 restlos verschwunden. Der neoliberale Charakter der SPD liegt nun offen zutage. Mit dieser „Reform“ geht die Umverteilung von unten nach oben nur noch schneller weiter – zu Lasten der Lohnabhängigen und der Armen.

Bei dieser Art der Umverteilungspolitik machen wir nicht mit. Da bleiben wir lieber „reform“unwillige Betonköpfe.

Vielen werden sie unbekannt sein: Wir haben zur Illustration unseres Leitartikels „Die Niederlage“ die Mobilisierungsplakate der IG-Metall zur Arbeitszeitverkürzung in Ostdeutschland verwendet.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstraße 20, 90408 Nürnberg; Druck: Eigen-druck im Selbstverlag

**Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307, 90261 Nürnberg
arbeiterstimme@gmx.de**

Bankverbindung

**Hans Steiger
Postbank München
BLZ 700 100 80
Konto: 665924-808**

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit an-

deren Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Fortsetzung von Seite 1

Die Niederlage

triestrukturen hatte dieses Ziel stets Priorität in den tarifpolitischen Überlegungen der Organisation. Die regionalen Arbeitgeberverbände stellten sich zu Beginn der 90er Jahre nicht grundsätzlich gegen die politischen Ziele der IG Metall. Zum einen war der Wiedervereinigungstaumel noch nicht ganz abgeklungen, immerhin gab es durch den Einigungsvertrag die politische Vorgabe, die Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland in den Mittelpunkt gesellschaftlichen Handelns zu stellen. Zum anderen befanden sich die meisten Betriebe noch im Eigentum der Treuhandanstalt, was den direkten Einfluss westdeutscher Konzerne minderte. So wurden 1991 die Manteltarifverträge westdeutscher Tarifbezirke, mit Ausnahme der Arbeitszeit, auf den Osten übertragen, sowie ein Stufentarifvertrag zur Angleichung der Löhne und Gehälter an die des Westens abgeschlossen. Das kooperative Verhalten der Arbeitgeberverbände, besonders gilt das für Sachsen, sollte sich allerdings bald ändern. Unter dem Einfluss westdeutscher Konzerne und des bayrischen Metallarbeitgeberverbands gingen die Unternehmer mehr und mehr auf Konfrontationskurs. Dieser mündete schließlich in der vertragswidrigen Kündigung der Stufentarifverträge zur Angleichung der Löhne und Gehälter. Dadurch war die IG Metall gezwungen in den Betrieben Widerstand zu mobilisieren. In einem fast dreiwöchigen Streik gelang es der IG Metall in Sachsen den alten Rechtszustand in modifizierter Fassung wieder herzustellen. Im Jahr 1996 endete der Stufenplan mit der nominalen Angleichung an die Westentgelte. In der Zwischenzeit hatten die Kapitalisten jedoch das Experimentierfeld „Ost“ entdeckt. Sie stellten fest, dass sich unter dem Hintergrund einer prozentual zweistelligen Mas-

senarbeitslosigkeit und mit kapitalismusunerfahrenen Belegschaften Dinge machen ließen, von denen sie im Westen noch träumten. So wurden mit Hilfe von Betriebsräten oftmals in „betrieblichen Bündnissen“ Tarifverträge ausgehebelt. Oder es war für sie, ohne Widerstand durch die Belegschaften möglich, aus



dem Tarifvertrag zu fliehen und vieles mehr. Dieses Wildost-Verhalten ging an der Verbandspolitik nicht vorbei. Seit 1996 verging keine Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie, wo nicht der aktive Versuch gemacht wurde, die Entwicklung im



Osten von der des Westens abzukoppeln und das Rad der Entwicklung zurück zu drehen. Bis zu der jetzt erfolgten Katastrophe konnten diese Angriffe von der IG Metall immer abgewehrt werden. Das trotz dem Umstand, dass in den Ostbetrieben bei weitem noch nicht die gewerk-

schaftlichen Strukturen vorhanden sind, wie das in den bedeutenden Betrieben des Westens der Fall ist.

Die Argumente der Kapitalisten und ihrer Verbände glichen tibetischen Gebetsmühlen: die Kosten überfordern die Unternehmen; die Produktivität liegt im Osten deutlich hinter dem Westen; durch Kostenerhöhungen geht der Standortvorteil verloren.

Die ökonomische Lage

Mit der Durchsetzung der 35-Stundenwoche sollte der letzte Schritt in Sachen Angleichung gemacht werden. Die Forderung war für die Kapitalisten, das hat die folgende Entwicklung gezeigt, eine gewaltige ideologische Provokation. Haben sie sich doch bis heute noch nicht damit abgefunden, dass die Arbeitszeitverkürzung im Westen erzwungen wurde. Seit Jahren schon streben sie deshalb eine Wende in der Arbeitszeitpolitik an und zwar in allen Bereichen der verarbeitenden Industrie. Die Antwort auf die Forderung der IG Metall war deshalb eine gewaltige Propagandaoffensive. Abgestimmt mit Bundes- und Länderpolitik sowie fast allen Medien wurde mit den zu hohen Kosten agitiert, die die Wirtschaftskrise zusätzlich verschärfen und damit Arbeitsplätze vernichten würden. Es wäre die falsche Forderung, am falschen Ort, zum falschen Zeitpunkt. Nach ihren Berechnungen sollten sich dadurch die Kosten der Betriebe um 8,6 Prozent erhöhen, was unweigerlich zu Arbeitsplatzabbau führen würde. Abgesehen davon, ob dieser Prozentsatz stimmt oder nicht, ist zu untersuchen, ob eine solche Steigerung tatsächlich zur Existenzgefährdung eines Unternehmens führt, oder lediglich bedeutet dass exorbitante Profite zugunsten der Werktätigen eingeschränkt werden.

Die Darstellung darbender Ostbetriebe durch die Bourgeoisie und ihrer politischen Sprachrohre, wird durch ihre eigenen statistischen Organe Lügen gestraft. Dabei zeigt sich, dass die Herrschenden kein Mittel

scheuen, auch nicht das der bewussten und hinterhältigen Lüge, um ihre Interessen durchzusetzen.

Fakt ist, und durch die statistischen Landesämter bestätigt, dass die Betriebe im Osten nach wie vor deutliche Kostenvorteile gegenüber westlichen Betrieben haben. Die Einkommensunterschiede zwischen Ost und West sind nach wie vor sehr groß. Im Jahr 2001 verdienten die ostdeutschen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie etwa 73 bis 75 Prozent des westdeutschen Niveaus. Dabei gibt es Ausreißer nach oben und nach unten. So liegen Angestellte in der Automobilproduktion lediglich bei 69 Prozent, während Arbeiter in Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik bei 84 Prozent liegen. Die Unterschiede liegen zwischen 5.000 und 10.000 Euro pro Jahr.



Diese Angaben gelten „pro Kopf“, da die Arbeitszeit der ostdeutschen Beschäftigten um 8 Prozent länger ist als in den entsprechenden Westbetrieben. Bei Volkswagen in Zwickau ist sie verglichen mit Wolfsburg sogar 16 Prozent länger. Legt man die längere Arbeitszeit bei der Berechnung der Einkommensunterschiede zu Grunde, liegt der ökonomisch genauere Vergleichswert der Effektivverdienste je Stunde nur noch bei 65 bis 67 Prozent. Obwohl Löhne und Gehälter weitgehend angepasst sind, ist der gravierende Unterschied in der Metall- und Elektroindustrie die um 3 Stunden längere Wochenarbeitszeit. Deshalb ist es nicht unbedingt ein Widerspruch, wenn die OstmetallerInnen beim Tariflohn zwar über 90 Prozent liegen, beim Effektivlohn aber unter 70 Prozent. Auch spielen bei dieser Betrachtung die vielen „Krauter-Buden“, die

schamlos, mit regelrechten Hungerlöhnen die Werkstätigen am extremsten ausbeuten, keine Rolle. Würden diese Betriebe in die Berechnungen einbezogen, wären die Entgeltunterschiede zwischen Ost und West noch skandalöser. Nein, der größere Anteil des effektiven Lohngefälles beruht in der in Ostdeutschland geringeren Lohndrift: angesichts der hohen Arbeitslosigkeit werden in sehr viel geringerem Ausmaß als im Westen übertarifliche Löhne und Gehälter gezahlt. Es wird häufiger im Zeitlohn anstatt im Leistungslohn gearbeitet und den Unternehmern ist es oftmals gelungen, die Werkstätigen in niedrigere Lohn- und Gehaltsgruppen zu drücken, als in den vergleichbaren Westbetrieben. Zusätzlich fallen die Abweichungen nach unten ins Gewicht, die sich aus Härtefallregelungen oder aber aus dem Unterlaufen tariflicher Regelungen ergeben.

Wichtiger als alle Entgeltunterschiede zwischen Ost und West ist für einen Unternehmer aber die Frage: „welche Leistung bekomme ich für die Kosten einer Arbeitsstunde?“. Ohne diese Fragestellung wäre für ihn die Entscheidung einfach. Er würde in der Ukraine, in Belorussland, oder in sonst einem Niedriglohnland produzieren lassen. Das tun die Kapitalisten aber nicht in bemerkenswertem Umfang. Der Grund liegt darin, dass es nicht entscheidend ist wie hoch die Stundenlöhne sind, sondern wie viel an Leistung pro Stunde sie sich für diese Löhne aneignen können. Deshalb ist auch die Behauptung, die in ihrer Propaganda eine große Rolle gespielt hat, die Betriebe im Osten hätten noch lange nicht das Produktivitätsniveau wie die Betriebe im Westen, nicht nur ein Märchen sondern ebenfalls eine glatte Lüge.

Durch die statistischen Landesämter wird zwar für den Osten eine niedrigere volkswirtschaftliche Produktivitätsentwicklung ausgewiesen, doch kann diese nicht Maßstab für die gesamte Region sein. Besonders durch die strukturelle Krise der ostdeutschen Ökonomie ergibt

sich ein mehr als verzerrtes Bild. Seit Jahren weist insbesondere die Bauindustrie Minusraten von bis zu 12 Prozent aus. Damit wird der gesamtwirtschaftliche Durchschnitt durch die Statistik deformiert und eignet sich nicht für direkte Leistungsvergleiche. Darum stützt sich die IG Metall innerhalb der Systematik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf die Basis des verarbeitenden Gewerbes. Das umfasst die gesamte Industrie sowie weite Teile des Handwerks.

Daraus ergibt sich ein völlig anderes Bild. **Die Produktivitätsvorsprünge der Industrie Ost gegenüber der Industrie West lag 1998 bei plus 3,9%, 1999 bei plus 5,4%, 2000 bei plus 4 %, 2001 bei plus 4% und 2002 bei plus 2%.** Von wegen also, die Produktivitätsentwicklung gibt keine Arbeitszeitverkürzung her! Und das war die Entwicklung des gesamten verarbeitenden Gewerbes. Im Segment der Stahl-, Metall- und Elektroindustrie lag die Gesamtentwicklung sogar noch deutlich über der der gesamten Branche. Sie war fast doppelt so hoch. **Das hat zur Folge, dass die Lohnstückkosten im Durchschnitt um runde 10 Prozent unter denen westlicher Betriebe liegen.** Auch sonst läuft es für das Kapital hervorragend. So teilte das statistische Landesamt Sachsen mit dem Datum vom 30. Mai 2003 mit, dass im ersten Quartal des Jahres 2003 im Vergleich zum ersten Quartal 2002 im verarbeitenden Gewerbe der Gesamtumsatz um 11 Prozent, der Inlandsumsatz um 10,3 Prozent und der Auslandsumsatz um 12,8 Prozent gestiegen ist. Im ersten Quartal 2003 ist der Exportanteil weiter gesteigert worden. Er beträgt mittlerweile 30,8 Prozent. Die Beschäftigung allerdings ist in den genannten Zeiträumen um 0,3 Prozent zurückgegangen. Das sind Wirtschaftsdaten, von denen die Bourgeoisie im Westen nur träumt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass in der Industrie in Ostdeutschland ein beachtliches Wachstum von Umsatz und Produktion besteht, das sich auf die Grundlage eines starken und stetigen Anstiegs der Arbeitsproduktivität stützt. Wenn bereits jetzt 11 Prozent Umsatzwachstum mit der Absenkung der Beschäftigung einherge-

hen, zeigt dies deutlich, dass die Reduzierung der Arbeitszeit alleine schon zur Sicherung der bestehenden Beschäftigung erforderlich wäre. „Die Zeit ist reif“, war das Motto der IG Metall in der Tarifbewegung. Durch die ökonomischen Daten wird also objektiv dieses Motto bestätigt!

Der subjektive Faktor

Wenn die objektiven Faktoren eine Situation reif für eine Veränderung machen, liegt es an den handelnden Subjekten, ob es schließlich zu der Veränderung auch kommt. Wie stellte sich deshalb die Situation bei den Werkträgern in den Betrieben dar, wie sah es mit deren Bereitschaft aus, aktiv für die eigenen Interessen zu kämpfen?

Der gesamte ostdeutsche Industrieraum ist nach 13-jähriger Zugehörigkeit zur BRD nur noch ein Schatten seiner einstigen Größe. Als Faustformel gilt, dass im Bereich der Stahl-, Metall- und Elektroindustrie maximal ein Zehntel der früheren Arbeitsplätze übriggeblieben ist. Daran können auch industrielle Neuansiedlungen im Bereich der Automobil- und Elektronikindustrie in Zwickau, Leipzig und Dresden nichts ändern. Das heißt, die Schwäche der Ostindustrie beruht nicht auf Konjunkturproblemen oder industrieller Rückständigkeit, sondern sie liegt in ihrer Struktur. Es gibt wenige Leuchttürme in einem trostlosen Meer. Die gesamte Region ist in den einzelnen Arbeitsamtsbereichen geprägt von einer offiziellen Massenarbeitslosigkeit zwischen 17 und mehr als 30 Prozent. Hinzu kommt besonders in den letzten beiden Jahren eine verstärkte Abwanderungsbewegung gen Westen. Hunderttausende, hauptsächlich junge qualifizierte Leute, ziehen in die Ballungsgebiete des Westens oder pendeln wöchentlich von Ost nach West. Es ist die größte Bevölkerungsbewegung seit der unmittelbaren Nachwendzeit. Sichtbar wird sie an den zig-tausenden von leerstehenden Wohnungen in den großen Städten.

Eine solche Arbeitsmarktlage ist für Kapitalisten die ideale Grundlage, die Werkträgern verschärft auszubehuten und Sonderprofite zu erwirtschaften. Das zeigt sich daran, dass in der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen nur noch etwas mehr

als 70 Betriebe in einem Arbeitgeberverband mit Tarifierbindung sind. Vor 10 Jahren waren es noch fast 250. Der überwiegende Teil der Betriebe ist in gar keinem Verband oder in einem sogenannten OT-Verband (Ohne Tarif). Entsprechend sind in den Betrieben die Zustände. Tariffucht, Lohndrückerei, Dumpinglöhne, unbezahlte Mehrarbeit und unverschämte Behandlung durch die Kapitaleigner und deren Sachwalter stehen in vielen Betrieben permanent auf der Tagesordnung. Wirkungsvoller Widerstand erfolgt durch die Beschäftigten nur selten. Das gilt auch für die betrieblichen Interessenvertretungen. Noch immer ist es der IG Metall nicht gelungen flächendeckend, wirksam arbeitende Gewerkschaftsstrukturen in den Betrieben aufzubauen, die eine tatsächliche Gegenmacht zur betrieblichen Macht des Kapitals darstellen. Dieser Mangel wurde während des Arbeitskampfes mehr als deutlich. Die Folge der betrieblichen Verhältnisse ist, dass bei den Werkträgern eine ungeheure Existenzangst besteht. Die Angst den Arbeitsplatz zu verlieren, beeinflusst alles Handeln. Sie verursacht lähmende Lethargie und häufig Resignation. Ziel individueller Lebensplanung von Werkträgern ist häufig: nicht anecken und die Ziellinie Rente erreichen. Das sind nicht gerade gute Voraussetzungen für eine Gewerkschaft, die einen Arbeitskampf wagen will. Andererseits kann eine solche resignative Haltung von Menschen nur aufgebrochen werden, wenn sie die Erfahrung machen, dass es möglich ist die Verhältnisse, durch das Eintreten für die eigenen Interessen, also durch kämpfen, zu verändern.

Dass die IG Metall im Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen die 35-Stunden-Woche trotz der widrigen Rahmenbedingungen auf die Tages-

ordnung setzte liegt daran, dass die Angst um den Erhalt des Arbeitsplatzes nur die eine Seite der Medaille ist. Daneben ist die mentale Befindlichkeit auch geprägt von verletztem Stolz und dem Gefühl benachteiligt zu sein. Diese Befindlichkeit entstand überall dort, wo die KollegInnen bei namhaften westdeutschen Konzernen beschäftigt sind und direkte Ver-



gleiche mit den sozialen Standards ihrer WestkollegInnen im gleichen Konzern anstellen können. Es war deshalb weniger die Frage der Arbeitszeitverkürzung, als vielmehr das Bedürfnis nach 13 Jahren deutscher Einheit endlich gleichbehandelt zu werden, die die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes überwinden ließ und die Bereitschaft entwickelte für diese Forderung zu kämp-



fen. Aber es kämpften immer beide Seiten in den Köpfen der Beschäftigten gegeneinander. Das zeigte sich in all diesen Fällen, wo Geschäftsführungen aggressiv, mit fast psychoterroristischen Methoden gegen die IG Metall-Forderung auftraten. Dort wo sie diese Linie während der Auseinandersetzung beibehielten, knickten die Belegschaften in großem Maße ein. Als Beispiel sei hier nur der, durch die Medien bekannt geworde-

ne, Kampf bei dem Dresdner Kolbenringhersteller Federal-Mogul genannt.

Der Tarifabschluss im Mai 2002 beinhaltete für die ostdeutschen Tarifgebiete auch eine Einlassungsklausel, mit der die Arbeitgeberverbände das Zugeständnis machten, mit der IG Metall im Jahr 2003 über einen Stufenplan zur Einführung der 35-Stunden-Woche zu verhandeln. Bei der unmittelbar darauf folgenden Vorbereitung der Funktionäre auf die Tarifrunde durch die örtlichen Verwaltungsstellen zeigte sich, wie schwer das Thema kampagnenfähig zu machen war. Auf der einen Seite wollten die Beschäftigten schon die Angleichung, auf der anderen Seite aber wussten sie, wie sehr sich die eigene Geschäftsführung gegen die Forderung stemmte. Das bedeutete Konflikt und den wollte man vermei-

kündigen. Das war man nicht bereit hinzunehmen, dieser Schritt wurde als erneuter Versuch aufgefasst, gegenüber dem Westen schlechter gestellt zu werden.

Unter diesen Bedingungen ging die IG Metall vor Pfingsten, nachdem sich die Arbeitgeberverbände weiteren Verhandlungen verweigerten, in der Stahlindustrie und in Sachsen in die Urabstimmung. Die Zustimmung zu Arbeitskampfmaßnahmen lag bei über 80; in der ME-Industrie bei knapp 80 Prozent. Trotzdem bestand im Apparat ein ungutes Gefühl zu der Frage, wie stabil denn diese Streikzustimmung auch tatsächlich ist. Man tröstete sich schließlich über dieses Gefühl mit den Erfahrungen, die man beim Streik 1984 im Westen gemacht hat, hinweg. Auch dort war es mehr als schwierig, die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung in den

Belegschaften zu verankern. Und trotzdem war man schließlich kampffähig und erfolgreich.

Die Streikstrategie der IG Metall

Bei der Entwicklung der Streikstrategie ging man von Seiten der IG Metall davon aus, dass der Arbeitskampf eine lang andauernde Auseinandersetzung

werden würde. Ferner ging man davon aus, dass bei der geringen Anzahl von Kampfbetrieben konkrete Unterstützung aus den Großbetrieben des Westens kommen wird, die mehr beinhaltet als das Abschieken von Solidaritätsadressen. Für den Streik standen maximal 13.000 KollegInnen zur Verfügung und es waren dann während der Auseinandersetzung ungefähr 9.000 Metallern, die je nach Lage, aktiv beteiligt waren. Trotz des geringen Potenzials hatte man bei der Anlage des Streiks die komfortable Situation, auf Fernwirkungen durch den Streik in anderen Regionen der Republik nicht Rücksicht nehmen zu müssen.

Seit 1984 gibt es, im Zusammenhang mit dem damaligen Streik um die 35-Stunden-Woche, die gesetzliche (Antistreik-) Bestimmung im Sozialgesetzbuch III, §146, dass wenn durch den Streik in einem anderen

Tarifgebiet ein Unternehmen wegen fehlender Teile nicht mehr arbeiten kann und die Produktion deshalb eingestellt werden muss, die betroffenen Beschäftigten kein Kurzarbeitergeld bekommen. Diese Bestimmung gilt in dem Fall, dass in der betroffenen Region von der Gewerkschaft eine Forderung aufgestellt ist, die nach Art und Umfang mit der im Kampfgebiet übereinstimmt. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung gab es jetzt nur in den ostdeutschen Tarifgebieten. Das bedeutete, dass, sollten Fernwirkungen des Streiks im Westen auftreten, die Arbeitsämter Kurzarbeitergeld bezahlen müssen. Dadurch bestand nicht die Gefahr, dass das Kapital die Beschäftigten im Westen, die von Fernwirkungen betroffen sind, gegen die Streikenden im Osten aufhetzen kann. Davon konnte man ausgehen, zumal in den Westtarifverträgen Regelungen bestehen, wonach es bei Kurzarbeit Aufzahlungen zum Kurzarbeitergeld von bis zu 95 Prozent gibt. Es war deshalb in dem IG Metall-Bezirk Berlin-Brandenburg -Sachsen selbstverständlich gewollt, dass Fernwirkungen auftreten. Nur so bestand aufgrund der relativen Schwäche die Aussicht, den Druck auf die Kapitalisten zu entwickeln, der erforderlich war, den Arbeitskampf erfolgreich zu beenden. Das war nicht nur im Ost-Bezirk der IG Metall bekannt, sondern auch im Vorstand. Anderslautende Verlautbarungen, die jetzt aus dem zerrissenen IGM-Vorstand kommen, sind nicht glaubhaft. Auch Naivität kann man nicht unterstellen, schließlich haben Zwickel und alle BR-Fürsten schon konkrete Erfahrungen mit dieser Strategie gemacht. 1984 hieß sie Mini-Max-Strategie - mit minimalem Aufwand sollte ein Maximum an Wirkung durch den Streik erzielt werden. Und sie wurde zu Recht als kluge Strategie gefeiert. Was damals richtig war, ist heute erst recht richtig. Es wäre für eine Streikleitung unverantwortlich, gesetzliche Regelungen, die das Streikziel befördern können, nicht zu nutzen!

Fernwirkungen durch den Streik waren also durchaus erwünscht. Die Möglichkeiten dafür waren allerdings begrenzt. Im Grunde gab es nur 4 Betriebe, die dafür in Frage kommen konnten. Einer davon



den. Es gibt ein ostdeutsches Bedürfnis, so hat es einmal Friedrich Schorlemmer ausgedrückt, über alles eine rosarote Harmoniesoße zu gießen. So schien es oft so, als liefe jegliche ökonomische Argumentation wirkungslos an den Betriebsfunktionären herab. Schwere Mängel, bewußtseinsmäßig die eigene Rolle innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu erkennen, wurden sichtbar. Das Unternehmerargument, den letzten Standortvorteil bei der Einführung der 35-Stunden-Woche zu verlieren oder den eigenen Arbeitsplatz zu zerstören, wurde oft kritiklos oder aus Bequemlichkeit übernommen. Einen wirklichen Stimmungsumschwung gab es dann erst, als die Unternehmerreaktion auf die Teilkündigung der Manteltarifverträge in den Arbeitszeitbestimmungen durch die IG Metall die war, sämtliche Tarifverträge in der ME-Industrie in Sachsen zu

war das VW-Motorenwerk in Chemnitz, das aber hauptsächlich für das VW-Werk in Zwickau produzierte.

Der Ausstand sollte am 2. Juni beginnen und zwar mit befristeten Streiks in der ME-Industrie, die eine Dauer von 2 bis 4 Tage haben sollten. Die Stahlstandorte sollten zum selben Termin zum Streik aufgerufen werden, wobei es aus dieser Branche Signale gab, zu einer raschen Einigung zu kommen. Die Entscheidung, die Bestreikung der Betriebe zu befristeten, hatte den Hintergrund in der Annahme, dass es einfacher sei den Ausstand durch die Befristung stabil zu halten.

In der ME-Industrie war der Streik schwerpunktmäßig im westsächsischen Raum, um Zwickau und Chemnitz, geplant. Dort befinden sich die VW-Standorte, sowie eine ganze Reihe von Betrieben die VW in Zwickau beliefern. Außer dem westsächsischen Bereich sollte der Waggonbau in Bautzen und Görlitz sowie ein Siemensbetrieb in Leipzig in die erste Welle einbezogen werden. In der Folgeweche sollte die Eskalation des Streiks erfolgen. Dazu war die Urabstimmung in Brandenburg und Ostberlin vorgesehen sowie Streiks in weiteren Betrieben in Leipzig, Dresden und Bautzen. In der dritten Woche sollten dann Betriebe in Brandenburg und Berlin in den Ausstand treten sowie sichtbare und spürbare Unterstützung durch die Westkollegen erfolgen. Soweit die Planung.

Der Streikverlauf

Jeder Streik entwickelt seine eigene Dynamik und hält sich meist nicht an das geplante Drehbuch. Der Streik begann wie geplant in Westsachsen und an allen Standorten der Stahlindustrie. Aber bereits zu dem Zeitpunkt musste man von der ursprünglichen Planung abweichen. Die Betriebe in Görlitz, Bautzen und Leipzig wurden nicht in die erste Phase des Streikes einbezogen. Nach der Urabstimmung wurde in den Betrieben, aber auch in anderen, angestoßen durch die Unternehmensleitungen, Kampagnen gegen die IG Metall und den Arbeitskampf gefahren. Es kam zu Unterschriftenaktionen, in denen sich Beschäftigte gegen den Streik aussprachen. Deshalb war es richtig, diese Betriebe erst nach der Stabilisierung der Streikfront mit in

die Auseinandersetzung einzubeziehen. Aber bereits jetzt wurde eine Schwäche des Streikkonzeptes sichtbar. Bei nicht völlig stabilen Belegschaften sind wiederholt befristete Streiks nicht durchführbar. Eine bestehende Verunsicherung bei Beschäftigten, die grübeln ob ihr Handeln richtig ist oder nicht, wird vergrößert, wenn sie nach wenigen Tagen Streik wieder dem verstärkten Einfluss der Kapitaleigner ausgesetzt sind. Die Streikfront beginnt dann zu bröckeln, wenn sie das zweite Mal zur Arbeitsniederlegung aufgerufen werden. Das bestätigte sich auch bei den Betrieben, die tatsächlich wiederholt in den Streik einbezogen wurden. Der Streik war aber in der ersten Woche sehr stabil. Streikbrecher gab es nur in wenigen Ausnahmefällen. Und so zeichnete sich auch ein erster Erfolg ab. Am Pfingstsonntag gab es nach einer langen Verhandlungsnacht ein Ergebnis für die Stahlindustrie. Es wurde ein Stufenplan vereinbart, der beginnend mit dem Jahr 2005 bis zum 1. April 2009 die 35-Stunden-Woche bringt. Der Abschluss sollte auch beispielhaft für die Metall- und Elektroindustrie sein.

Aber Kompromissbereitschaft in irgendeiner Form gab es bei den Verbänden der ME-Industrie nicht. Deshalb wurden in der zweiten Streikwoche in allen sächsischen Verwaltungsstellen weitere Betriebe in den Streik einbezogen. Dabei waren auch der Automobil-Zulieferbetrieb GKN in Zwickau, ein Gelenkwellenhersteller. Nach einer weiteren Woche folgte ein weiterer Zulieferbetrieb nämlich Federal-Mogul in Dresden, ein Kolbenringhersteller. In beiden Betrieben gab es heftige Auseinandersetzungen. Durch die Medien hochgedreht wurde der Kampf bei FEDERAL-MOGUL. Mit äußerster Brutalität setzte dort die Werkleitung ihr Streikbrecherkonzept durch.

Trotz mehrerer hundert Streikposten gelang es ihr die fast zwei Drittel der Belegschaft in den Betrieb zu schaffen, die dann an den Folgetagen im Betrieb verblieben. Das geschah zum Teil durch das Einschleusen über ein fremdes Betriebsgelände, mit Hilfe von Hubschraubern und, nachdem vom Gericht eine einstweilige Verfügung erlangt worden war, wonach



die IG Metall eine Gasse bilden musste, durch das Hereinkarren mit Reisebussen. Der Streik bei Federal-Mogul war auf drei Tage angelegt und konnte so, nachdem Verhandlungen mit der Geschäftsleitung vereinbart wurden, innerhalb dieser Frist beendet werden. Ähnliche Versuche gab es in Zwickau bei GKN in der Vorwoche. Auch dort versuchten die Un-



ternehmer Streikbrecher mit Bussen in den Betrieb zu bringen. Allerdings konnte das durch die Massierung von Streikposten verhindert werden. Die GKN-Geschäftsführung gab die Versuche dann nach mehreren Anläufen auf, trat aus dem Arbeitgeberverband aus und bot einen Haustarifvertrag an, der geringfügig besser als der Stahlabschluss war. Die IG Metall stand dadurch vor einem großen Dilemma. Der Abschluss eines

Haustarifvertrages würde bedeuten, dass der Betrieb aus der Streikfront herausfällt und die gerade beginnende Fernwirkung auf die Automobilkonzerne verpufft. Die Verweigerung eines Abschlusses mit dem Verweis nur über den Verband abzuschließen, hätte die Folge, dass die Streikenden sich gegen die eigene Organisation wenden würden und der Streik in diesem Betrieb nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Sich an die Belegschaft zu wenden, hatte die GKN-Geschäftsführung bereits angedroht. Deshalb schloss die IG Metall, um Schlimmeres zu verhindern, einen Haustarifvertrag ab, wissend, dass damit ein Präzedenzfall geschaffen war.

Damit war GKN, eine Woche später auch Federal-Mogul, aus dem Rennen. Die Folge war, dass es dadurch durch diese Betriebe auch



keine Fernwirkung mehr auf die Automobilindustrie und damit keinen Druck mehr auf die Kapitalisten gab.

Inzwischen hatte die IG Metall das Streikkonzept der Situation angepasst. Überall wo es möglich war, wurden die befristeten Streiks zu unbefristeten. Der Grund lag darin, dass zum einen die Streikenden nicht dem Einfluss der Werkleitungen ausgesetzt werden sollten und zum anderen daran, dass die Notwendigkeit bestand den Druck auf die Unternehmer und ihre Verbände zu erhöhen.

In der dritten Streikwoche wurde der Arbeitskampf auf Brandenburg und Berlin ausgeweitet. Von strategischer Bedeutung war dabei der Getriebehersteller ZF in der Stadt Brandenburg. Auch dort war wie in den Betrieben in Sachsen feststellbar, dass im Vorfeld und nach Beginn des Streikes massiver Druck auf die Be-

schäftigten ausgeübt wurde. Unter allen Umständen sollte die Produktion aufrechterhalten werden. ZF karrte aus der ganzen BRD Führungspersonal zusammen, das den Streikbruch organisieren sollte. Beschäftigte wurden zu Hause aufgesucht und bearbeitet den Streik aufzugeben. Es fand eine Sortierung statt, nach dem Kriterium „wer hat Schulden“. Diesen KollegInnen wurde mit dem Arbeitsplatzverlust gedroht. Ehefrauen wurden bearbeitet, auf den streikenden Mann einzuwirken, damit dieser aufgibt. Trotzdem hielt die Streikfront, was zu Folge hatte, dass in der Woche darauf bei BMW Bandstillstand drohte. Inzwischen hatte sich die Geschäftsführung ebenfalls eine Verfügung vom Gericht geholt, die der IG Metall auferlegte eine Gasse von 3 Metern Breite zu bilden, damit „Arbeits-

willige“ ungehindert den Betrieb betreten können. Durch diese Gasse wurden dann am Montag der vierten Streikwoche rund 250 Streikbrecher, angeführt und abgesichert von Führungskräften, in das Werk geführt. Damit befand sich ein Viertel der Belegschaft im Betrieb. Trotzdem war die Produktion nicht aufrechtzuerhalten und auch bei

ZF wurde das Angebot vorbereitet einen Haustarifvertrag abzuschließen.

In der vierten Woche wurde sichtbar, dass die Kräfte im Streikgebiet erschöpft waren. Eine weitere Eskalation des Streiks war im Osten nicht mehr möglich. Deshalb setzten die Streikenden große Hoffnung auf die Unterstützung durch begleitende Maßnahmen aus dem Westen. Die Hoffnungen wurden dadurch genährt, weil am 23. Juni die Betriebsräte der Automobilindustrie zusammenkamen um angeblich über Unterstützungsmaßnahmen zu beraten und außerdem von Gesamtmetall die Bereitschaft verkündet wurde, am Donnerstag und Freitag in Verhandlungen einzutreten. Eine Lösung des Konfliktes schien durch einen zusätzlichen Schub an Druck durch den Westen in den anstehenden Verhandlungen möglich. Verunsicherung trat ein, als durchsickerte, dass es in der

BR-Konferenz der Automobilisten „schräge“ Diskussionen zu dem Streik und über die Streikführung gegeben hätte. Die Streiknachrichten der IG Metall nahm dazu am Freitag, dem Verhandlungstag, wie folgt Stellung:

„Legende Nr. 2: Die Betriebsräte der großen westdeutschen Automobilhersteller hätten sich gegen das Streikkonzept ausgesprochen. Das ist ebenfalls Unsinn. Gesamt- und Konzernbetriebsratsvorsitzende wie Klaus Volkert von VW, Manfred Schoch von BMW oder Mitglieder des Konzernbetriebsrats von Daimler Chrysler haben wiederholt und ausdrücklich ihre Solidarität mit dem Streik ausgedrückt...“

Das Ende

Die Aussagen in den Streiknachrichten waren nicht gelogen. Sie waren allerdings nur die halbe Wahrheit. In Wirklichkeit war sehr wohl gegen das Streikkonzept und seine Auswirkungen diskutiert worden. Insbesondere die BR-Vorsitzenden von Daimler Chrysler, Porsche und Opel nahmen Stellung gegen den Streik. Auf Betreiben des Porsche-BR-Vorsitzenden Hück wurden aus einem vorliegenden Resolutionsentwurf, die für die folgende Woche angekündigten Aktionen gestrichen. Erich Klemm, GBR-Vorsitzender von Daimler Chrysler bezeichnete Jürgen Peters, verantwortlich für die Tarifpolitik, als „einen tarifpolitischen Geisterfahrer“, berichtete die Süddeutsche Zeitung unter Berufung auf einen Teilnehmer. Es muss schlimm zugegangen sein auf dieser Konferenz. Ein anwesendes Vorstandsmitglied bezeichnete die Veranstaltung als den „schwärzesten Tag seiner gewerkschaftlichen Laufbahn“.

Der Hauptvorwurf der gemacht wurde, waren die aufgetretenen Fernwirkungen des Streikes. Diese seien völlig unerwartet gekommen und hätten jetzt zur Folge, dass 10000 Beschäftigte bei BMW nach Hause geschickt worden wären. Dadurch wäre die Stimmung im Westen absolut gekippt. Sie fühlten sich deshalb vom IG Metall-Vize Peters und vom Bezirksleiter Hasso Düvel getäuscht. Die Süddeutsche Zeitung berichtet dazu *„Als Zwickel die Zahlen hörte, fiel ihm fast der Unterkiefer aus dem Gesicht. Bis zu 60000 Beschäftigte im Westen waren bei anhaltendem Arbeitskampf von*

Kurzarbeit bedroht - und das bei nicht einmal 10000 Streikenden im Osten“. Es ist interessant, wie schnell Zwickel seine Erfahrungen aus dem Jahre 1984 verdrängt hat. Er war damals Bevollmächtigter in Stuttgart und müsste eigentlich wissen, mit wie wenigen Streikenden maximale Wirkung, nämlich Fernwirkung, erzielt werden kann. Und interessant ist auch, dass die Vorwürfe gegen Peters nicht von Betriebsräten kamen, in deren Bereichen KollegInnen durch die Fernwirkung nicht arbeiten konnten, sondern von völlig Nichtbetroffenen. Deshalb ist zu vermuten, dass diese Herrschaften auf Kosten der Streikenden eine offene Rechnung begleichen wollten. Sie sahen die Chance gekommen den Vorstandsbeschluss, durch den Jürgen Peters zum designierten Vorsitzenden der IG Metall gemacht wurde, zu kippen. Sie waren Leute des Zwickel-Favoriten Bertold Huber. Die Internas drangen nicht sofort an die Öffentlichkeit. Vorerst wurde der Schein der Solidarität aufrechterhalten. Aber nicht lange. Bereits am Tag darauf wurden Einzelheiten der Frankfurter Veranstaltung in den bürgerlichen Medien verbreitet. Der KBR-Vorsitzende der Opel AG, Klaus Franz, forderte den sofortigen Abbruch des Streiks. Ein anderer nichtgenannter hoher Funktionär der IG Metall meinte laut Süddeutscher Zeitung „der Streik ist das größte Eigentor, das wir je geschossen haben“.

Die Verhandlungen am 26. und 27. Juni

Die schwierige Lage im Streikgebiet, die fehlende Geschlossenheit und die Zerstrittenheit an der IGM-Spitze machte einen Abschluss, selbst mit einem schlechten Ergebnis, zur Notwendigkeit. Die Zeichen dafür standen unter einer solchen Begleitmusik aus den eigenen Reihen unter einem schlechten Stern. Nachdem in der letzten Streikwoche, gefördert durch die Fernwirkung bei den Automobilunternehmen, auch Gesamtmetall, sowie die Ost-Arbeitgeberverbände öffentlich erklärt haben, dass man zu Verhandlungen bereit sei, wurden Verhandlungen für den 25. und 26. Juni vereinbart. Zunächst sollte in Sondierungsgesprächen zwischen der IG Metall-Spitze und Gesamtmetall ausgelotet werden, inwie-

weit überhaupt Lösungsansätze vorhanden sind. Offensichtlich war man auf Seiten der IG Metall notgedrungen zu weitgehenden Zugeständnissen bereit. Wie dann berichtet wurde, war man bereit einer alten Unternehmerforderung nachzukommen und für einen Tarifvertrag über die 35-Stunden-Woche einen sogenannten Zeitkorridor zu akzeptieren. Danach können Betriebe, je nach Auftragslage, wieder bis zu 40 Stunden arbeiten. Bei den eigentlichen Tarifverhandlungen an den Folgetagen waren dann die Unternehmer allerdings nicht bereit, den Arbeitszeitkorridor so zu gestalten, die Arbeitszeit oberhalb der 35 Stunden in ein Zeitkonto fließen zu lassen. Das hätte in der Praxis bedeutet, dass nicht die 35-Stunden-Woche festgeschrieben worden wäre, sondern die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche. Das war für die IG Metall unannehmbar. Teilnehmer der Verhandlungskommission berichteten, dass während der Nacht die Unternehmer von Verhandlungsunterbrechung zu Verhandlungsunterbrechung „zurückgerudert“ seien. Kanegießer von Gesamtmetall verwies darauf, dass der Druck von außen ständig wachse. Er meinte damit den Druck, der aus seinen Mitgliedsfirmen komme. Damit waren die Sondierungsergebnisse des Vortages, soweit es sie gegeben hat, hinfällig. Ob das so war oder nicht, spielt letzten Endes auch keine Rolle. Entscheidend ist, dass die Kapitalisten gewillt waren die IG Metall an die Wand fahren zu lassen! Und das taten sie in dieser Nacht. Angespornt wurden sie zu dieser politischen Haltung mit Sicherheit durch die sichtbar gewordene Spaltung innerhalb der Organisation und die un-solidarischen und schädigenden Verlautbarungen von Spitzenfunktionären in der entscheidenden Streikphase.

Die IG Metall stand vor dem

Abgrund. Was tun? Eine Eskalation in den Streikgebieten schien nicht machbar. Eine Eskalation auf den Westen von den entscheidenden Funktionären nicht gewünscht.

Jürgen Peters zeigt in einem Bericht für den Vorstand folgende Optionen auf, um den Zusammenbruch des Streiks zu verhindern:

„1. Unterbrechung der Tarifver-



handlung unter Aussetzen des Streiks mit dem Ziel, erneut in Verhandlungen eintreten zu können.

2. Beendigung dieser Verhandlungen und Fortführung des Streiks sowie Durchführung von möglichst umfangreichen Solidaritätsaktionen im Westen.

3. Beendigung des Streiks unter Aufgabe unserer Tarifforderung und damit Beendigung der Tarifbewegung.



Im Gespräch mit der Verhandlungskommission wurde dann durch den ersten Vorsitzenden der Vorschlag eingebracht, die Option 3 zu wählen und damit den Arbeitskampf zu beenden. Der Vorschlag, den Streik zunächst nur auszusetzen, wurde aufgrund dieses Hinweises nicht aufgenommen.

Aus heutiger Sicht bleibt theoretisch die Frage, ob die Veröffentlichung des Verhandlungsstandes bei unterbrochenen Tarifgesprächen möglicherweise

den Druck auf die Arbeitgeber, letztlich doch noch zu einer Lösung des Tarifkonfliktes zu kommen, erhöht hätte.“

Ursachen der Niederlage

Die aufgeworfene Frage wird nie beantwortet werden können. Es ist eher unwahrscheinlich, dass der Streik, nach einem Aussetzen wieder aufgenommen hätte werden können. Sowohl VW als auch der Getriebehersteller ZF hatten den Austritt aus dem jeweiligen Arbeitgeberverband angekündigt und gleichzeitig die Bereitschaft zum Abschluss eines Haustarifvertrages am folgenden Montag bekundet. Damit aber wäre die Hauptfront des Arbeitskampfes nicht mehr vorhanden gewesen. Ein Verweigern solcher Tarifverträge wäre ebenfalls schlecht möglich gewesen, nachdem während des Arbeitskampfes bereits mit 9 Firmen solche abgeschlossen worden waren. Welche Alternativen vorhanden gewesen wären, lässt sich deshalb auch heute nicht mit Eindeutigkeit beantworten. Schnelle Antworten, die jetzt manche von sich geben, haben eher Enttäuschung und Wut oder eigennütziges Kalkül zur Grundlage und weniger eine konkrete Analyse der Ursachen für diese Niederlage. Um sich nach einem solchen Niederschlag aber überhaupt wieder aufzurichten ist eine wirkliche Ursachenanalyse unumgänglich.

Die Rahmenbedingungen für einen Arbeitskampf waren von der ökonomischen Situation der Betriebe nicht ungünstig. Die ostdeutschen Betriebe der ME-Industrie sind im Weltmaßstab voll wettbewerbsfähig und unterscheiden sich in ihren ökonomischen Parametern von westdeutschen darin, dass sie mit niedrigeren Lohnstückkosten arbeiten und damit profitabler sind. Allerdings fand die Tarifbewegung in einem schwierigen politischen und wirtschaftlichen Umfeld statt. Im Laufe der Bewegung verschlechterte sich die Konjunktur teilweise beträchtlich, was die Kampffähigkeit von Belegschaften stark negativ beeinflusste.

Die Unternehmerhaltung wurde von der IG Metall falsch eingeschätzt. Offensichtlich war es außerhalb des Vorstellungsvermögens innerhalb ihrer Führung, dass das Kapital tatsächlich soweit gehen würde und der Organisation eine so vernich-

tende Niederlage beibringen würde. Das entsprach nicht der Praxis der zurückliegenden Jahrzehnte und den dort gemachten Kooperations-Erfahrungen mit den Kapitalisten. Letzten Endes betrachtet man Kapitalisten, trotz allen Kriegsgeschreis das manchmal ertönt, als Partner. Im Falle dieser Tarifrunde um so mehr, als es Verhandlungsverpflichtungen für die Tarifgebiete Berlin-Brandenburg, Sachsen und Thüringen gab, sowie Gespräche mit Arbeitgeberverbänden, über die weitere Angleichung an die Tarifbedingungen des Westens. Daraus entstand der Eindruck eines Konsenses in Grundsatzfragen. In



seinem Bericht an den Vorstand schreibt Jürgen Peters: „Es war nicht von Beginn an absehbar, dass sich im Laufe des Arbeitskampfes auf Seiten der Metallarbeitgeber jener Flügel durchsetzen würde, der nicht an einer tarifpolitischen Lösung, sondern an einer politischen Machtprobe mit der IG Metall interessiert war.“ Zu so einer Einschätzung kann nur jemand kommen, der die Äußerungen der herrschenden Klasse zu den Gewerkschaften, zur Tarifautonomie, zur Zerstörungsabsicht der Flächentarifverträge, zur Zerschlagung der Sozialversicherungssysteme nicht richtig ernst genommen hat und auch jetzt noch nicht den ganzen Ernst der Lage wahrnimmt. Wer die Politik der vergangenen Jahre analysiert und die jüngsten Äußerungen der Bourgeoisie und ihrer Hofschranzen wie Merz oder Westerwelle kennt, der weiß was beabsichtigt ist. Die FINANCIAL TI-

MES spricht inzwischen offen aus, was andere noch im Stillen denken. Das Blatt schreibt unter der Überschrift „Für eine schwache IG Metall“: „Wäre es nach Jahrzehnten der übertriebenen Lohnabschlüsse, der erpresserischen Streiks, des politischen Dogmatismus, des unbelehrbaren Vulgär-Keynesianismus und skrupelloser Vernichtung von Arbeitsplätzen nicht wohltuend, wenn zumindest die IG Metall und Verdi für die nächsten 20 Jahre in der Bedeutungslosigkeit verschwinden würden?“ Sie wollen die Zerstörung der Gewerkschaften. Die Unterwerfung, wie zum Teil bereits schon geübt, reicht ihnen nicht. Die Fehleinschätzung über die Ziele der Kapitalisten hat dazu geführt, dass die Vorbereitung der Auseinandersetzung zu oberflächlich erfolgte. Es wurde nicht die gesamte Organisation in all ihren Gliederungen auf die Auseinandersetzung vorbereitet.

Jürgen Peters sieht eine weitere Ursache, die zur Niederlage des Streiks geführt hat, in der Auseinandersetzung um die „Agenda 2010“. Hier sei es den Medien gelungen die Gewerkschaften als „Bremsen und Reformblockierer“ darzustellen und zu diffamieren. Da mag auf den ersten Blick betrachtet etwas daran sein. In der Tat war die Hetze gegen die Gewerkschaften wegen ihres Widerstandes gegen die Regierungspolitik in einem Ausmaß vorhanden, wie sie nur noch durch die Berichterstattung während des Arbeitskampfes übertroffen wurde. Nun hat ja gerade Peters in dieser Auseinandersetzung keine schlechte Rolle gespielt, wofür er jetzt auch von der spezialdemokratischen Mespoke abgestraft wird. Trotzdem ist festzustellen, dass das Konzept der Medien, die Gewerkschaften zu diffamieren, nur deshalb aufgegangen ist, weil dieser Widerstand von den Einzelgewerkschaften halbherzig geführt wurde. Man wollte der Sozialdemokratie nicht schaden, man wollte dem „lieben Gerhard“ nicht wehtun. Deshalb wurde auch kein wirklicher Widerstand, wie beispielsweise in Frankreich oder Österreich, organisiert. Dabei wäre es möglich gewesen, wie eine Streikaktion in Schweinfurt zeigt. Dort legten mehr als 5000 Arbeiter die Arbeit nieder und zogen geschlossen zu einer Protestkundgebung in die Innen-

stadt. Das geschah nur in Schweinfurt. Nirgendwo sonst. Warum eigentlich? Sage niemand, das wäre in anderen Städten nicht möglich gewesen. Die Gewerkschaftsführungen wollten schlichtweg nicht! Der DGB orientierte auf Demos am Wochenende. Zwickel schließlich leitete von der schwachen Beteiligung der KollegInnen an diesen Veranstaltungen ab, dass die „Arbeitnehmer“ Schröders Politik akzeptierten. Und so wurden die Fahnen halt eingerollt. Wen wundert es da, wenn kleinbürgerlich denkende Werktätige die ablehnende Haltung der Gewerkschaften nur als DGB-Gemecker wahrnehmen und sich der Medienhetze gegen die Gewerkschaften öffnen? Die zaudernde Haltung hat die Herrschenden in die Offensive gebracht und den Gewerkschaften geschadet, was sich sicherlich, und da stimmt Jürgen Peters These, auch auf den Arbeitskampf der IG Metall ausgewirkt hat.

Während des vierwöchigen Streiks gelang es in einem konzertierten Zusammenspiel zwischen Arbeitgeberverbänden, Medien und Politik in zunehmendem Maße ein politisches Klima gegen die IG Metall und den Streik zu erzeugen. Es gab nur selten einmal einen Medienbeitrag, in dem man ein Bemühen nach „Objektivität“ feststellen konnte. Es wurden schlicht Fakten unterschlagen, gelogen und gegen die Streikenden fast eine Pogromstimmung erzeugt. Vor den Streiktorern kam es deshalb immer öfter zu Beleidigungen der Streikposten, zu aggressivem Verhalten von Kleinunternehmern, die dort auftauchten und die MetallerInnen anmachten. Mit den Bildern vom Streik bei FEDERAL-MOGUL in Dresden wurde nicht erfolglos der Versuch unternommen den Arbeitskampf zu kriminalisieren. „Blockierer“ aus dem Westen, würden dort „Arbeitswillige „ mit Gewalt von ihrer Arbeit abhalten, wurde berichtet. Dabei wurde billigend in Kauf genommen zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen zu spalten. Der sächsische Ministerpräsident Milbradt verstieg sich sogar zu der Aussage, das würden die aus dem Westen nur machen, damit im Osten keine Konkurrenz für den Westen entstehe. Streikbetriebe wurden von Politikern demonstrativ besucht. Bei

ZF in Brandenburg kündigte der Wirtschaftsminister an, an der Spitze der Streikbrecher in den Betrieb zu ziehen.



Die Kampagne wurde von der gesamten herrschenden Klasse und deren Kofferträgern unterstützt. Das Institut der Wirtschaft verlangte eine Stunde unbezahlte Arbeit für alle.



Angela Merkel forderte die Einführung der 38-Stunden-Woche im Westen. Arbeitgeberpräsident Hundt wollte die Rente mit 70. Auch die Deutsche Bank meldete sich zu Wort. Deren Chef-Volkswirt will, dass der Urlaub in Zukunft ohne Bezahlung erfolgt. DIHT-Präsident Braun wollte von jedem Arbeitnehmer 500 unbezahlte Arbeitsstunden im Jahr um die Wirtschaft wieder flott zu machen. Bundeswirtschaftsminister Cle-

ment forderte ebenfalls eine Verringerung von Urlaubstagen und Feiertagen für alle Deutschen. SPD-Dohnany meinte, die IG Metall würde eine Blutspur durch den Osten ziehen und der „großartige Demokrat“ Merz vertrat die schlichte Auffassung den Streik ganz einfach zu verbieten.

Alle diese Vorstöße hatten nur den alleinigen Zweck, die Werkträger zu verunsichern, zu entsolidarisieren, das Streikziel ad absurdum abzutun und dem ganzen Arbeitskampf den Stempel des Abenteuerstums aufdrücken, vom Zaun gebrochen durch einige machtbesessene Funktionäre.

Diese Hetzkampagne zeigte Wirkung, nicht zuletzt im Westen, wo manche über die undankbaren Osis nur die Köpfe schüttelten.

Letzten Endes ging aber der Streik durch die eigene organisatorische Schwäche verloren. Die enormen Widerstände denen sich die Streikenden gegenüber sahen, hätten einer weiteren Streikeskalation bedurft. Die vorhandenen Ressourcen waren aber erschöpft und bei den Belegschaften, die sich im Streik befanden, zeigten sich zum Teil Erosionserscheinungen. Obwohl der Streik stand und in den Kampfbetrieben mutig und engagiert gekämpft wurde, kam es in manchen Streikbetrieben während der Auseinandersetzung zu äußerst prekären Situationen, die aber glücklicherweise nicht öffentlich wurden. In beiden Tarifbezirken waren insgesamt 38 Betriebe, von rund 130 Betrieben in den Konflikt einbezogen. Mehr ging nicht.

Geschwächt wurde die Streikfront auch durch Abschlüsse von Haustarifverträgen. Mit dem Abschluss eines solchen Tarifvertrages war der Betrieb aus dem Streik raus. Die Verweigerung eines Abschlusses wäre allerdings, wie schon dargestellt, schwierig gewesen. Trotzdem ist die IG Metall hier in die taktische Falle der Kapitalisten gelaufen. Die Verträge kamen in auffallend hohem Verhältnis in den Betrieben zustande, wo der Streik eine rasche Fernwirkung gezeigt hätte.

Besser wäre auch gewesen, wenn man den Streik nicht langsam eskalieren hätte lassen. Dies gilt zumindest für die Automobilzulieferer. Dazu hätte die Urabstimmung zeitgleich in Sachsen und Branden-

burg stattfinden müssen und nicht wie geschehen eine Woche zeitversetzt. Dadurch hätte der Produktionsausfall schneller gewirkt und der Stimmungsaufbau gegen die IG Metall hätte weniger Zeit gehabt.

Eine gewaltige Unterstützung der Streikenden wären natürlich Arbeitsniederlegungen im Westen gewesen. Sie hätten mit Sicherheit den Kompromisswillen bei den Unternehmern wachsen lassen. Warum diese nicht zustande kamen, wurde beschrieben. Intrigen, Eigennutz und Verrat haben das bewirkt. Das ist für eine Organisation existenzbedrohend, für die die Solidarität so wichtig ist wie die Luft zum Leben.

Trotzdem, wenn ein Streik erfolgreich geführt werden soll, dann muss die Kraft im Kampfgebiet so groß sein, dass man das Streikziel aus eigener Kraft auch erreicht. Diese Kraft war nicht in dem erforderlichen Maße da. Und das ist die bittere Wahrheit.

Die Festlegung der Sündenböcke

Was zur Zeit an der Spitze der IG Metall stattfindet, ist ohne Beispiel in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Die Selbsterfleischung und gegenseitige Schuldzuweisung nimmt unerträgliche Formen an. Die Auswirkung dieser rücksichtslosen Schlammschlacht wird der IG Metall mehr schaden als die Streikniederlage. Die Analyse der Niederlage spielt dabei keinerlei Rolle. Dagegen werden Legenden ge-

strickt, die die Niederlage auf zwei Köpfe reduziert. Peters und Düvel sind schuld. Sie haben die falsche Streiktaktik entwickelt und den Vorstand, so Zwickel, getäuscht.

Der Streikbeschluss wurde in dem 41-köpfigen Vorstand einstimmig gefasst. Die Streiktaktik wurde vorgestellt und diskutiert. Das lassen interessierte Kreise jetzt gerne unter den Tisch fallen. Es wäre darauf die Aufgabe des ganzen Vorstandes gewesen, die Streikvorbereitungen im gesamten Organisationsbereich zu organisieren und die gesamte Mitgliedschaft auf eine harte Auseinandersetzung vorzubereiten. Eine Auseinandersetzung, bei der es nicht nur um die Angleichung der Ost-Arbeitszeit ging, sondern auch um die Grundsatzfrage, welche Politik in Zukunft in der BRD vorherrscht. Es ging konkret auch um die Zurückdrängung der neoliberalen Reaktionäre. Dieser Verantwortung wurden große Teile des Vorstandes nicht gerecht. Das gilt zu allererst für den ersten Vorsitzenden Zwickel. Stattdessen wurde die sich abzeichnende Streikniederlage dahingehend instrumentalisiert, mit dem designierten Vorsitzenden Peters abzurechnen. Hier bot sich für die Strömung, die eine andere Gewerkschaft will, eine günstige Möglichkeit den ungeliebten Kandidaten vor dem Gewerkschaftstag noch zu kippen. Inwieweit bei dem Spiel die SPD-Spitze mitgemischt hat, liegt im Bereich der Spekulation. Zuzutrauen wäre es ihr. Nicht ohne Hintergrund hat Schröder jetzt der IG

Metall empfohlen sich ein Beispiel an der kooperativen IG BCE zu nehmen. Ein Mann wie Schmoldt wäre Schröders Wunschkandidat an der IG Metall-Spitze. Ob Chemiesierung der IG Metall gelingt, wird die Zukunft zeigen. Auf jeden Fall geht ein Riss durch die Organisation, der diese vermutlich vorerst handlungsunfähig macht und lange Zeit nicht zu kitten

sein wird.

Konsequenzen aus der Niederlage

Die Kapitalisten haben mit der Niederlage der IG Metall im Osten einen strategischen Sieg errungen. Es ist nicht davon auszugehen, dass sie sich jetzt mit dem erreichten Stand zufrieden geben werden. Die Zementierung der Arbeitszeit im Osten wird ihnen Hebel sein, um auch im Westen die Arbeitszeitpolitik der Gewerkschaften zurück zu rollen. Die formulierte Absicht, den gesamten Osten zur Sonderwirtschaftszone zu machen, wird vorangetrieben. Und mit Gewissheit wird es im Sozial- und Arbeitsrecht zu weiteren tiefen Einschnitten kommen, die wenn es nicht gelingt Widerstand zu entwickeln, die Gewerkschaften noch mehr schwächen werden. Der totale Umbau zum neoliberalen Staat steht für die Bourgeoisie auf der Tagesordnung. Viel hängt jetzt davon ab, dass sich die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften energischer als in der Vergangenheit in die Politik ihrer Organisationen einmischet. Ob das gelingt ist ungewiss. Aber es gibt keine Alternativen.

Stand 11.07.03

Anzeige

SoZ Sozialistische Zeitung
monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos
Probeabo (4 Ausgaben)
gegen 10-Euro-Schein
(keine automatische Verlängerung)

SoZ-Verlag
Dasselstr. 75-77
D-50674 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96
Fax (02 21) 9 23 11 97
<redaktion@soz-plus.de>
<www.soz-plus.de>

SoZ Sozialistische Zeitung
Tim und Struppi im Kongo



Anzeige

NEUERSCHEINUNG
Hartmut Krauss
Faschismus und Fundamentalismus



Varianten totalitärer Bewegung im Spannungsfeld zwischen 'prämoderner' Herrschaftskultur und kapitalistischer 'Moderne'

Teil 1: Dialektik der 'Moderne' und die Entstehung totalitärer Bewegungen
Teil 2: Sozialhistorische, gesellschaftsstrukturelle und geisig-moralische Voraussetzungen und Konstitutionsbedingungen des deutschen Faschismus
Teil 3: Religion - 'Moderne' - Fundamentalismus: Die 'Wiederkehr des Religiösen' als (neo-)totalitäres Phänomen
Teil 4: Zur Konstitution des islamischen Fundamentalismus

Nachwort: Der 11. September 2001 und seine umstrittene (Be-)Deutung

312 S. broschiert - ISBN 3-00-010883-1 - 12,80 €

HINTERGRUND Verlag

Bestellungen über den Buchhandel und/oder direkt beim HINTERGRUND-Verlag in 49078 Osnabrück - Zum Rott 24
☎ (05 41) 44 42 29 - FAX (05 41) 44 53 73

Mit Peters ein Schritt vor – zwei zurück?

Zum Demokratieverständnis in der IG-Metall-Führung



In den politisch tristen Zeiten von heute ist nicht schon links, wer sich den famosen „Erneuerern“ anschließt, die es nicht erwarten können, das auf den Misthaufen der Geschichte zu werfen, was sie gestern noch vertreten hatten. Manche Linke mit Vorschußlorbeeren gegenüber Peters und den Seinen könnten noch manch blaues Wunder erleben.

Der Preis für die Einigung der politisch uneinigen IGM auf das Führungsternchen Peters – Huber scheint im umgehenden Zurückweichen des Peters-Flügels vor den rechtsgewirkten Reformern zu bestehen und zwar in einem Ausmaß, das zur Besorgnis Anlass gibt. Nicht nur, dass der Tarifbereich Peters entzogen und Huber überantwortet wurde. Zudem soll nach vier Jahren Huber der Chefposten zufallen. Karrieristen wissen also, wer in Zukunft das Sagen haben wird. Sie werden sich dementsprechend verhalten. Noch schlechter: Der Druck von rechts in der Zentrale und durch die Betriebsratsfürsten scheint Peters zu veranlassen sich nicht nur selbst zu zensieren, um ja nicht bei den Huber-Leuten anzustoßen, sondern auch andere. Hatte Peters noch vor einiger Zeit die Distanzierung von der SPD gefordert und die Agenda 2010 einen „Scheißdreck“ genannt, will er nun - kaum im Sattel - stärker auf die noch reaktionärere CDU und CSU zugehen: „Wir werden

uns mit den Unionsparteien sehr viel stärker beschäftigen müssen. Wir werden offener (?) sein, als wir es bis dato waren.“ Sollte diese Anbiederung an die Union aus taktischen Gründen erfolgt sein, als eine Drohgebärde

gegenüber Schröder, so ging sie bestimmt ins Leere, Zudem stärkt man mit solchen Winkelzügen die ohnehin schon bestehende politische Verwirrung.

Was in seiner Ägide unter Meinungsfreiheit in der Organisation zu verstehen ist, dafür hat er schon ein skandalöses Beispiel geliefert. Das DGB-Organ „Einblick“ berichtete ohne Kommentar:

„Claus Eilrich, 54, seit 1997 Pressesprecher der IG Metall und seit 2000 Leiter der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Chefredakteur der Mitgliederzeitung *metall*, ist am 5. August vom amtierenden Vorsitzenden Jürgen Peters und von Hauptkassier Bertin Eichler mit sofortiger Wirkung und ohne Begründung seiner Ämter enthoben worden. Anlass war ein Artikel in *metall - extra Nr. 1/Juli 2003* zum Rücktritt des Vorsitzenden Klaus Zwickel, in dem es hieß, Zwickel habe „viele wichtige, nicht immer erfolgreiche und auch nicht unumstrittene ... Initiativen angestoßen. Das *metall-extra* wurde – soweit noch nicht versandt – eingestampft.“

Ruth Gruber, 52, seit November 2001 Redaktionsleiterin von *metall* und *direkt*, ist wegen des umstrittenen *metall - extra* abgemahnt worden. Ob sie die Redaktionsleitung behält, soll Anfang September geklärt werden.“

Da werden also IGM – Spitzenleute nur wegen eines Satzes gefeuert, der weder eine Beschimpfung enthält noch unsachlich ist. Nach Peters und Eichler ist es also eine Majestätsbeleidigung, über den bisherigen ersten Vorsitzenden nicht nur in Lobhudelei auszubrechen. Das ist umso verwunderlicher, da sich herausgestellt hat, dass Zwickel – wie sein Vorgänger Steinkühler – Dreck am Stecken hat. Die Gewerkschaften, die immer so hohe Töne spucken bezüglich der Verteidigung von Pressefreiheit und Demokratie, gehen in diesem Fall mit schlechtem Beispiel voran.

Protestiert gegen dieses Diktat und fordert die Rückgängigmachung der Entlassungen!

Anzeige

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

express

In der aktuellen Ausgabe (8/03) u.a.:

- ◆ Wolfgang Schaumberg zum Streikabbruch: »Dat is doch wie in der Politik«
- ◆ »O(st)-Töne zum Streik« - Interviews mit Bevollmächtigten und Betriebsräten der IGM
- ◆ KollegInnen von DaimlerChrysler Bremen: »Eine Niederlage für alle Beschäftigten«
- ◆ Anne Alex über Hartz 4: »Der Bierstisch regiert«
- ◆ Max Müller: »Tausend Mal ist nichts passiert«, MigrantInnen kämpfen erfolgreich gegen Lohnraub
- ◆ »So lean, bis nichts mehr geht«, Gespräch mit IT-Berater Ingo Ochs, Teil II
- ◆ Peter Strotmann: »Halsabschneiderwettbewerb«, über Robert Brenners Boom & Bubble
- ◆ Janice Fine: »Organizing by Workers Centers«, MigrantInnen in den USA formieren sich

- Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vk.)

PF 10 20 62- 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 88 50 06 - Fax (069) 82 11 16
Email: express-afp@t-online.de

Streik bei FEDERAL-MOGUL Schluss mit lustig ...!



Der Streik in Ostdeutschland wurde, als er am 2. Juni im Stahlbereich und bei der ME-Industrie im Raum Zwickau begann, von den Medien relativ niedrig gehalten. Es wurde zwar darüber informiert, dass er stattfand, aber es war nichts sensationelles an der Berichterstattung. Das änderte sich dann in der dritten Streikwoche. Der Streik zeigte Wirkung. In der westdeutschen Automobilindustrie wurden die Teile knapp. Bandstillstand drohte, oder es gab ihn schon. Insbesondere BMW und Audi standen unmittelbar vor solchen Problemen. Für das Kapital und die mit ihm verbundenen Medien bestand nun die Anforderung, eine verschärfte Stimmung gegen die Gewerkschaft und den Arbeitskampf zu machen. Mit dem Streik bei dem Dresdener Kolbenringhersteller FEDERAL-MOGUL fanden sie dann auch was sie suchten. Die Form der Auseinandersetzung dort, provoziert durch die Geschäftsführung des Unternehmens, war für die Medien der willkommenen Anlass, den gesamten Arbeitskampf der IG Metall im Osten in den Mittelpunkt der Medienberichterstattung zu rücken. Es gelang ihnen am Beispiel FEDERAL-MOGUL (FM), diese Auseinandersetzung zu diffamieren und zu kriminalisieren. Dabei wurde das Bild über die Ereignisse vor dem Werkstor derart überzeichnet, dass vom Wahrheitsgehalt der tatsächlichen Geschehnisse nur wenig übrig blieb. Die folgende Darstellung will deshalb versuchen die Vorgeschichte und den Streikablauf

in diesem Betrieb aus Sicht der Betroffenen zu beleuchten.

Die Vorgeschichte

FEDERAL-MOGUL gehört seit Mitte der 90er Jahre zu einem US-amerikanischen Konzern der Automobil-Zulieferindustrie. Der Betrieb ist keine Industrie-Neuansiedlung, sondern aus dem DDR-Kombinat IFA, über die westdeutsche AE Goetze GmbH zu den Amis gekommen. Der Betrieb ist ein reiner Produktionsbetrieb, also verlängerte Werkbank des Westunternehmens mit Sitz in Burscheid. Ökonomisch steht der Betrieb mit seinen 280 Arbeitern und 40 Angestellten auf sicheren Beinen. Seit Jahren werden Profite in ansehnlicher Höhe aus den Werkstätigen herausgeholt, woran auch eine verkürzte Wochenarbeitszeit nichts geändert hätte.

Im Betrieb bestanden gewerkschaftliche Strukturen. Es gab einen reinen IG Metall-Betriebsrat, Vertrauensleute mit einer VK-Leitung und nicht zuletzt einen relativ guten IG Metall-Organisationsgrad. Die Voraussetzungen waren also vorhanden, um die Belegschaft in einen Arbeitskampf zu führen, zumal ein Streik in diesem Betrieb einen maximalen Druck auf die Kapitalisten und ihre Verbände verursacht hätte. Von der örtlichen IG Metall wurde deshalb die Mitgliedschaft systematisch auf eine Tarifauseinandersetzung vorbereitet. In Betriebsversammlungen wurde mit System für die Angleichung an die 35-Stunden-Woche agitiert, die Funktionäre wurden zum Thema geschult und entwickelten Flugblätter,

die exakt auf den Betrieb zugeschnitten waren.

Aber auch Gesamtmetall bereitete sich vor. Ein Vorgang, dem von IG Metall-Seite sicherlich nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Bereits im März dieses Jahres führte der sächsische Metallarbeitgeberverband, zusammen mit der gesamten Spitze von Gesamtmetall, eine Pressekonferenz just in diesem Betrieb durch. Dabei positionierten sie sich mit großem „Tam-Tam“ gegen die Gewerkschaftsforderung. Das Medienecho war den Kapitalisten sicher. Von der überregionalen bis zur regionalen Presse bestand die einhellige Meinung, dass eine Forderung in der Qualität, wie sie die IG Metall aufmache, die Reste der ostdeutschen Wirtschaft zerstören würde. Sicher war es kein Zufall, dass Gesamtmetall FEDERAL-MOGUL für diese Pressekonferenz ausgesucht hat. Auch bei Kannegießer muss klar gewesen sein, dass die Automobilzulieferer die entscheidenden Faktoren im Falle eines Arbeitskampfes sind. Wenn es gelänge, in diesen Betrieben den Streik zu verhindern, bzw. zu brechen, wäre ein Gesamterfolg der IG Metall fraglich. Zumindest wäre es möglich einen Tarifabschluss so zu verwässern, dass er von der Kostenbelastung für die Betriebe nicht ins Gewicht fallen würde. Die folgenden Ereignisse zeigen, dass genau diese Taktik von Gesamtmetall gewählt worden war. In allen Zulieferbetrieben wurde in verschärftem Maße Stimmung gegen die IG Metall gemacht. Während des Arbeitskampfes versuchte man in allen

diesen Betrieben planvoll und konsequent den Streik zu brechen. Das gilt gleichermaßen für die Gelenkwelle in Zwickau wie für die ZF Getriebewerke in Brandenburg und natürlich auch für FEDERAL-MOGUL. In Zwickau und Brandenburg konnten sie den Streik nicht brechen. In Zwickau trat deshalb die Gelenkwelle mit sofortiger Wirkung aus dem Verband aus und schloss mit der IG Metall einen Haustarifvertrag ab. Bei ZF wurde das gleiche Vorgehen für den 30. Juni angekündigt.

Die Scharfmacher bei FEDERAL-MOGUL in Dresden waren der Werkleiter Heiland und der „Arbeitsdirektor“ des deutschen Konzerns, ein gewisser Martiny. Beim ersten handelt es sich um einen ehemaligen einfachen SED-Kader, beim zweiten um einen ehemaligen Offizier der Bundeswehr. Das war die richtige Ost-West-Mischung, mit der reaktionäre Kapitalpolitik durchsetzbar wird. Gestützt auf die mittlere Leitungsebene des Betriebes leitete

„Ich vertraue meiner Geschäftsleitung mehr ...“ Wir drucken im Kasten unten ein Artikel aus der Sächsischen Zeitung vom 21. Juni, um deutlich zu machen, unter welchen schwierigen Bedingungen der Streik im Osten geführt wurde und auch um zu dokumentieren, wie es um das Bewußtsein mancher Kollegen im Streikgebiet bestellt war und ist.

Heiland mit Rückendeckung von Martiny die Propagandaoffensive gegen die IG Metall und deren Forderung ein. Einzelgespräche mit den Beschäftigten wurden geführt, durch die Meister, durch Abteilungsleiter, durch den Werkleiter. Abteilungsversammlungen wurden durchgeführt. Belegschaftsversammlungen unter Ausschluss der örtlichen IG Metall fanden statt. Überall ertönte die gleiche Panikmache: die IG Metall macht die Arbeitsplätze kaputt. Die 35-Stunden-Woche ist nicht bezahlbar. Die Amerikaner investieren nicht mehr in Dresden und die Produktion wird nach Polen verlagert. Die Belegschaft im Betrieb war dem reinen Psychoterror ausgesetzt. Trotzdem stimmten auch die IGM-Mitglieder bei FEDERAL-MOGUL bei der Urabstimmung Ende Mai überzeugend für den Arbeitskampf.

Der nächste Schritt der Geschäftsführung des Konzerns war der Austritt aus dem Verband VSME Anfang Juni. Aufforderungen seitens der IG Metall, umgehend Tarifverhandlungen zu einem Haustarifvertrag aufzunehmen, wurden mit Termingründen so weit wie es nur ging hinausgeschoben. Verhandelt wurde schließlich am Sonntag, dem 15. Juni. Wie erwartet gab es keinerlei Ange-

bot und Entgegenkommen seitens Martiny und Heiland, worauf die IG Metall das Scheitern der Verhandlungen erklärte. Auch hier ist im Rückblick die Handschrift von Gesamtmetall erkennbar. Der Zulieferer F-M sollte so lange wie möglich aus dem Arbeitskampf herausgehalten werden, um Fernwirkungen auf die Automobilindustrie zu verhindern. Diese Taktik ging auf. Durch die Verschleppungspolitik konnte der Betrieb durch die Gewerkschaft erst in der dritten Woche in die Auseinandersetzung geführt werden.

Die Zeit zwischen dem Verbandsaustritt und dem Streikbeginn wurde zur Vorbereitung des Streikbruchs durch die Geschäftsführung genutzt und generalstabsmäßig vorbereitet. Das ging von Absprachen mit Unternehmern, deren Betriebe an das F-M Gelände angrenzen, bis zu den Hubschraubern, deren Einsatz der publizistische Höhepunkt gegen die IG Metall werden sollte. Hier wird ebenfalls im Rückblick sichtbar, welche einflussreiche Verbündete Gesamtmetall und die F-M-Manager insgesamt haben mussten. Die Genehmigung von privaten Hubschrauberflügen über bewohntes Stadtgebiet und das Landen dieser Fluggeräte außerhalb der dafür vorgesehe-



Ich arbeite, weil...

Warum ein Federal-Mogul-Arbeiter den Streik verweigert hat

Vögel zwitschern. Einen Tag nach dem Hubschrauberlärm und den Kampfparolen ist vor dem Federal-Mogul-Gelände die Idylle eingeekehrt. Die 14-Uhr-Schicht hat begonnen, problemlos - kein Streikposten blockiert den Eingang.

„Die letzten Tage waren pures Chaos, so was will ich nicht mehr erleben“, sagt Jürgen Singer, 44, seit neun Jahren Maschinenarbeiter bei Federal-Mogul. „Ich musste hinten am Gelände über den Zaun klettern, um arbeiten zu können. Hier vorne ging es richtig gewalttätig zu. Wie ein Haufen Rechtsradikaler haben die ge-

pöbelt.“ Singer ist 1992 aus der IG Metall ausgetreten und ist sauer. „Der Hohn ist doch, dass eigentlich alle von uns arbeiten wollten. Und die Gewerkschaft schafft einfach 300 Fremde ran und macht auf Blockade. Die vertreten unsere Interessen bestimmt nicht“, sagt er leise und legt die Stirn in Falten. Er versucht ruhig zu bleiben. „Ich finde es auch nicht gerecht, dass man im Westen für mehr Geld weniger arbeiten muss. Aber ich habe in erster Linie Angst um meinen Arbeitsplatz. Wenn es hier auch bald die 35-Stunden-Woche bei gleichem Lohn gibt, bricht doch die ganze Wirtschaft zusammen.“ Was

meint er zu den streikenden VW-Kollegen? Er stockt. „Tja ... ich glaube nicht, dass die sich einen Gefallen tun. Aber die würde es auch nicht so treffen wie uns. VW ist viel größer und kann Einbußen viel leichter wegstecken.“

Fierabend für Jürgen Singer. Zusammen mit einem Kollegen geht er zur Bahnhaltestelle. „Eins ist sicher“, sagt er noch, „ich vertraue meiner Geschäftsleitung mehr als denen von der IG Metall. Unsere Chefs wollen nur unser Bestes. Die Gewerkschaft denkt nur an die eigene Macht.“ (SZ/das)

nen Stellen bedarf nach Recherchen der IG Metall, üblicherweise eines langwierigen, wochendauernden Prozederes. Im Falle des Dresdener Kolbenringherstellers konnte das dann auf wenige Tage abgekürzt werden. Sage da noch jemand, in der BRD wären die Bürokraten nicht flexibel!

Signale über die Streikbruchvorbereitung erreichten die örtliche Streikleitung durch die Funktionäre aus dem Betrieb. Diese wurden noch unterstrichen durch gefaxte Unterschriftenlisten von rund 100 Beschäftigten, die sich gegen den Streik aussprachen. Die Signale wurden dahingehend ernst genommen, dass man davon ausging, dass es nicht leicht werden würde, in dem Betrieb den Streik zum Erfolg bringen zu können. Auf der anderen Seite gab es das positive Urabstimmungsergebnis im Betrieb und auch die Einschätzung, dass die Unterschriften, die überwiegend von Unorganisierten geleistet worden waren, nicht aus freiem Willen zustande gekommen waren, sondern unter dem suggestiven Einfluss der Vorgesetzten. Deshalb wurde der Beschluss, den Betrieb mit seiner strategischen Bedeutung zum Streik aufzurufen, aufrechterhalten.

Streikbeginn, 17. Juni 2003

Die örtliche und betriebliche Streikleitung versuchte der komplizierten Situation Rechnung zu tragen. So wurde der Streikaufruf vorerst auf 3 Tage befristet. Außerdem wurde Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen aus anderen IG Metall-Verwaltungsstellen organisiert. Auch aus West-Verwaltungsstellen erfolgte die Unterstützung. So war je ein Bus der Daimler-Chrysler-Betriebe in Untertürkheim und Sindelfingen angereist, sowie ein Bus mit KollegInnen aus Schweinfurt. Die solidarische Unterstützung des Streiks durch diese KollegInnen war für die Medien der Anlass die These aufzustellen, die IG Metall würde Streikposten aus der ganzen BRD zusammenkarren, um im Osten Betriebe, deren Belegschaften gar nicht streiken wollten, zu blockieren! Der Löwenanteil der Unterstützung kam, zur Klarstellung, aus dem Streikgebiet selbst. Es waren Streikende des Volkswagenwerkes in Zwickau, die während der gesamten Streikdauer bei F-M mit Streikposten

für Unterstützung sorgten. Insgesamt waren am ersten Streiktag fast 400 Streikposten aufgeboten. Mit dieser Massierung von Streikposten wollte die Streikleitung den Beschäftigten des Betriebes die „Entscheidung“ abnehmen, ob sie dem Streikaufruf der IG Metall oder der Aufforderung der



Vor F-M ist „fast“ alles dicht, bis der Durchbruch der Streikbrecher bemerkt wird (Bild Mitte).

Werkleitung, Streikbruch zu begehen, Folge leisten sollen. Der Betrieb hatte zwar nur ein Zugangstor, war aber durch seine Lage am Rande des Industriegebietes im Dresdener Norden über einen Wald im Grunde zugänglich. Das war ein weiterer Grund für die große Anzahl von Streikposten. Es galt das gesamte Gelände zu sichern.

Mit der Frühschicht begann am 17. Juni der Streik. Zunächst hatte es den Anschein, als ob alles planmäßig laufen würde. Die Streikposten standen vor dem Tor, Streikbrecher wa-

ren nicht in Sicht. Das änderte sich gegen halb acht Uhr. Streikposten bemerkten, wie eine große Zahl von Streikbrechern vom Gelände des Nachbarbetriebes, einem Container-Verleih, über den Zaun von F-M in den Betrieb eindrangten. Über den Zaun des Container-Unternehmens drangen darauf die Streikposten ebenfalls in das Gelände ein und verhinderten, dass alle Streikbrecher die Fabrik von F-M erreichten. Diese wurden auf das Gelände des Containerbetreibers zurückgedrängt und hielten sich, abgeschirmt durch Streikposten, bis zur Mittagszeit dort auf. Natürlich war sofort die Polizei da, die sich aber nicht aktiv einmischte. Die Streikposten ließen sich, solange sich die Streikbrecher auf dem Gelände aufhielten, trotz der Strafanzeige gegen die Verantwortlichen, nicht von dort vertreiben.

Der Streikbruch war angeführt von dem Werkleiter Heiland. Die Streikbrecher hatten sich fernab vom Betrieb getroffen und waren, in Absprache mit dem Containerverleiher, auf dessen Gelände gefahren. Die Absperrung dieses Zugangs war von der Streikleitung versäumt worden, ein Fehler, der sich bitter rächen sollte. So war es in der Frühschicht des ersten Streiktages 80 Personen gelungen den Betrieb zu betreten. Sie hatten sich dem Druck der Geschäftsführung und deren Vasallen gebeugt. In den meisten Fällen gegen die eigene Überzeugung.

Am Nachmittag wurde ein weiterer Versuch gestartet, Streikbrecher in den Betrieb zu bringen. Nachdem der Weg über die Containerfirma nicht mehr möglich war, versuchte man es diesmal über das offizielle Werkstor. Dieser Versuch hatte natürlich keine Chance, das wussten auch Heiland und Martiny, der inzwischen angereist war. Er wurde trotzdem gemacht, weil inzwischen ein ungeheurer Medienauftrieb vorhanden war. Die Journaille musste mit Bildern gefüttert werden. Diese bekam sie dann auch, spätestens mit dem Beginn der Hubschrauberflüge am späten Nachmittag. Und sie verbreitete die Bilder im Sinne der herrschenden Klasse. Die Kriminalisierung des Streiks und der Streikenden sowie deren Unterstützer hatte begonnen.

Der zweite Tag, der 18. Juni 2003

Der zweite Streiktag begann wieder mit dem massiven Einsatz von Streikposten aus dem Zwickauer VW-Werk. Während der ganzen drei Tage waren immer zwischen 150 bis 400 Streikposten vor dem Tor. Die Streikbrecher des gestrigen Tages hatten im Betrieb übernachtet und die Presse berichtete, dass weitere Streikbrecher mit dem Hubschrauber eingeflogen worden wären. Überhaupt waren die Medienberichte von einer ungeheuerlichen Parteilichkeit gegen die IG Metall geprägt. Da wurde gelogen was das Zeug hielt. So sollten die Streikbrecher von den „Blockierern“ ausgehungert werden, oder es hätte am Werktor gewalttätige Auseinandersetzungen mit den vielen hergekarrten Wessis gegeben. Es wurde auch behauptet den „Arbeitswilligen“ wäre das Verlassen des Betriebes verweigert worden. Untermalt wurden die Lügen mit sentimentalen Berichten und Bildern von Streikbrechern, die zum Erhalt ihres Arbeitsplatzes „für ihre Firma kämpften“ und an der Maschine im Schlafsack nächtigten. Garniert wurde das Ganze durch Siegesmeldungen der Werkleitung. Die Produktion würde zu 90 Prozent laufen und Dank der Hubschraubereinsätze könnten die wichtigsten Kunden beliefert werden.

Der Versuch über das Werktor weitere Streikbrecher in den Betrieb zu bringen wurde an dem zweiten Tag nicht gemacht. Dafür flogen den ganzen Tag insgesamt drei Hubschrauber aus dem Werk und ins Werk. Begleitet wurde das Ganze von einem noch größeren Medienrummel als am Vortag. Am Nachmittag sickerte durch, dass FEDERAL-MOGUL eine einstweilige Verfügung vom Arbeitsgericht Dresden erlangt habe, wonach neben anderen Auflagen auch eine 3 Meter breite Gasse vor dem Werkseingang gebildet werden müsse. Dadurch solle der ungehinderte Zugang zum Betrieb gewährleistet werden. Der Gerichtsbeschluss ging der Streikleitung an dem Tag nicht mehr zu, so dass der Eingang zum Betrieb dicht blieb.

Der dritte Tag, der 19. Juni 2003

Am Morgen war es dann amtlich. Die Gasse musste gebildet und

jedem der das wünschte, der freie Zugang gewährt werden. Für jede Zuwiderhandlung wurde ein Zwangsgeld in Höhe von bis zu 25.000.- Euro angedroht. Trotzdem gelang es der Streikleitung die Bildung der Gasse bis zum Nachmittag hinauszuziehen. Bereits am Vormittag wurde sichtbar, dass auch die



Die Streikbrecher werden mit dem Bus reingekarrt (Oberes Bild).

Der sächsische Arbeits- und Wirtschaftsminister Gillo läßt es sich nicht nehmen, Front gegen die Streikenden zu machen. Auf dem mittleren Bild marschiert er durch die Streikbrechergasse, nachdem er die Streikbrecher besucht hat.

Die medienwirksame Unternehmerpropaganda: Der Hubschrauber zur Freude der versammelten Journaille.

Landesregierung bereit war, sich ohne Zurückhaltung für die Kapitalseite in den Konflikt einzumischen. Der Wirtschafts- und Arbeitsminister

der Landes Sachsen, Martin Gillo, verurteilte den Streik aufs Schärfste. Sämtliche Investoren würden dadurch verschreckt. In einem Fall hätte bereits ein amerikanisches Unternehmen seine Zusage zurückgezogen, in Sachsen eine Fabrik zu bauen. Gillo selbst, ein ehemaliger Manager bei dem Chiphersteller AMD in Dresden und ein Mann mit doppelter Staatsbürgerschaft - er ist auch US-Bürger - versteht sich, ohne das ideologisch zu kaschieren, als direkter Sachwalter der Kapitalisten. Sicher ist auch ihm mit zu verdanken, dass am Vormittag rund um den Konfliktbetrieb eine ganze Hundertschaft Polizei in voller „Antidemo“-Ausrüstung Stellung bezog. Unterstützt wurden diese Kräfte durch eine Reiterstaffel, die im Wald in Bereitschaft stand. Offensichtlich wollte man mit dieser Machtdemonstration zeigen, dass man bereit war, notfalls auch mit Gewalt gegen die Streikposten vorzugehen.

Gegen 15.00 Uhr war dann die Gasse gebildet und der Fahrzeugverkehr wurde aufgenommen. Eines der ersten Fahrzeuge die in den Betrieb fuhren, war ein Reisebus, in dem 5 Streikbrecher saßen. Auch das war eine Machtdemonstration des Unternehmens gegenüber den Streikenden, die zeigen sollte, wie viele Verbündete es auf seiner Seite hatte. Wie um das zu unterstreichen erschien der Wirtschaftsminister persönlich zu einem Besuch im Betrieb. Offensichtlich wollte er der Werkleitung und den Streikbrechern damit den Rücken stärken. Seinem Besuch vorausgegangen war der Besuch des stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag Arnold Vaats, dem „Helden von 1989“, der damals mit an der Spitze gegen die SED in Dresden stand. Auch er stand auf der Seite des Streikbruchs. Er zeigte damit sein wirkliches Verständnis von Demokratie: Demokratie ist, was dem Kapitalisten nutzt! Bezeichnend war, dass keiner der beiden „Herren“ beim Verlassen des Werkes, trotz der Aufforderung durch die Streikleitung bereit war, mit den Streikposten zu sprechen und zu diskutieren. Diese interessierten nicht. Mit versteinertem Gesicht rannten sie an den KollegInnen vorbei, hinein in den Dienstwagen und weg waren sie.

Durch die Gassenbildung war

die Auseinandersetzung in eine prekäre Situation gekommen. Der Betrieb stand jetzt offen. Die Streikleitung organisierte zwar bereits die Streikposten für das Wochenende, suchte aber andererseits nach einer Lösung, ohne wesentlichen Gesichtverlustr den Streik zu beenden. Diese fand sich in der Bereitschaft der FEDERAL-MOGUL-Geschäftsführung, am folgenden Montag, dem 23. Juni, in Verhandlungen über einen Haustarifvertrag einzutreten.

Fazit der Auseinandersetzung

Rückblickend war es ein Fehler die KollegInnen bei F-M zum Streik aufzurufen. Trotz aller zielgerichteter Vorarbeit war es nicht gelungen eine wirkliche Grundlage für einen Arbeitskampf zu schaffen. Während des Arbeitskampfes hielten sich rund 2/3 der Belegschaft im Betrieb auf. Wie heute bekannt ist, war die Produktion erheblich gestört, was sicherlich zur Bereitschaft beitrug, mit der IG Metall in Verhandlungen zu treten. Trotzdem war es für die IG Metall und die Streikenden eine bittere Niederlage. Besonders die KollegInnen, die solidarisch mit vor dem Werkstor standen, hatten und haben die Niederlage auszulöffeln. Diskriminierung und Mobbing steht in dem Betrieb jetzt auf der Tagesordnung. Der Betriebsrat hat sich inzwischen dem Druck, der in stiller Abmachung mit der Werkleitung durch die Streikbrecher ausgeübt wird, gebeugt und ist zurückgetreten. Sicherlich setzen sich die „Freunde der Werkleitung“ auch bei den anstehenden Betriebsratswahlen durch, was die gesamte Situation nicht besser macht.

Von der örtlichen IG Metall und der zentralen Streikleitung war nicht richtig eingeschätzt worden, wie labil eine Belegschaft wird, wenn der Druck einer Werkleitung nur brutal genug ist. Sie knickt weg, wie das Beispiel F-M zeigt. Um dem Druck zu begegnen bedarf es des entsprechenden politischen, wenigstens aber eines gewerkschaftlichen Bewusstseins. Weder das Eine noch das Andere ist heute in den Betrieben im Osten vorhanden.

Auf der anderen Seite ist jeder Streik die Schule des Klassenkampfes. Während der Auseinandersetzung machten die vielen hundert

Streikposten auch neue Erfahrungen als ArbeiterInnen. Kaum eine/r von ihnen hatte zuvor für die eigenen Interessen gekämpft. Das was sie jetzt erlebt haben ist neu. Sie stellten fest, dass die Mächtigen keinerlei Rücksicht kennen, wenn sie die eigenen Interessen durchsetzen wollen. Dass sie im Grundsatz zu jedem Mittel greifen, wenn es ihnen nur nützt. Diese Erkenntnisse sind die Voraussetzung dafür, dass bei dieser ArbeiterInnen-Generation Klassenbewusstsein neu entsteht.

Diejenigen, die diese Erfahrung

gemacht haben, sind in Ostdeutschland allerdings eine Minderheit. Die Mehrheit hat die Erfahrung der Niederlage gemacht und die vielen, die Abseits standen, vertreten die Auffassung, dass man ja doch nichts verändern kann. Diese Mehrheit wird es in der Zukunft schwer machen, Widerstand in jeder Form zu entwickeln. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird deshalb über Jahre hinaus die IG Metall, aber auch die anderen Gewerkschaften, im Osten nicht handlungsfähig sein.

Inge Stockmann verstorben

In Bremen hat das letzte Gruppenmitglied aus der alten Generation uns verlassen.

Inge war, seit wir sie kannten, nicht nur aktive Teilnehmerin an den Diskussionen unseres Kreises, sie hat auch ihre Erfahrung als Angestellte in verschiedenen Betrieben weitergegeben. Die interessanteste Zeit war für uns wegen der heutigen inhaltlichen und technischen Verschiebungen die Aufbauarbeit bei der Zeitung (Weser-Kurier) und die damit einhergehende ideologische Veränderung der öffentlichen Meinung. Aus dem überparteilichen Blatt mit alliierter Lizenz wurde durch Aufnahme neuer Herausgeber während des „kalten Krieges“ und nach Übernahme der Konkurrenz vor Ort das staatstragende Monopol.

Dies konnte sie zusammen mit Schorse, ihrem Mann, jahre-

lang direkt beobachten. Schorse wurde Betriebsratsvorsitzender und später Gewerkschaftssekretär der damaligen IG Druck und Papier in Bremen. Der kritische Kurs gegenüber dem Landesbezirk und der Gewerkschaftsführung zeichnete beide aus.

In der heutigen „Großgewerkschaft“ ver.di suchte Inge oft nach Anknüpfungspunkten, für eine Interessenvertretung von unten, die sich nicht nur in Aufrufen o.ä. erschöpfen sollte.

Neben Kritik zu Tagesaktuellem ging es Inge immer auch um die geschichtliche Perspektive der Politik, z.B. der Filz in der Senatspolitik oder Macht und Gewalt in der neuen Weltordnung.

Nach einer schweren Operation ist sie im 84. Lebensjahr unerwartet gestorben.

Peter Welter verstorben

In Berlin starb Ende April nach langer Krankheit Genosse Peter Welter im Alter von 59 Jahren. Peter war lange – mit einer Unterbrechung – Mitglied der Gruppe Arbeiterpolitik. Er arbeitete jahrelang an der Errichtung eines Archivs der Gruppe. Auch wir hatten mit ihm Verbindung, ging es ihm doch auch um Texte der KPD-O und der IVKO (Internationale Vereinigung der Kommunistischen Opposition). Spe-

ziell bemühte er sich um diesbezügliche Dokumente aus der Zeit des Faschismus. Peter hatte die mühevollen Beschaffung der Archivstücke und ihre Einordnung unter persönlich schwierigen Verhältnissen gemeistert. Mit seiner Beharrlichkeit und Selbstlosigkeit hat er einen archivarischen Grundstock geschaffen, auf dem – so ist zu hoffen – andere weiterbauen.

Triumph der „Reformlinken“

Die PDS und ihre außerordentliche Parteitagstagung



Der Kanzler der Konzerne Schröder hat das, was mit der „Agenda 2010“, mit Hartz, Rürup und dem Kabinettsbeschluss vom 13. 8. 2003 bewirkt werden soll, „die größten Veränderungen in der Sozialgeschichte der Bundesrepublik“ genannt. In der Tat ist das - wie 1929 zuvor von Unternehmerverbandsfunktionären geforderte - durch die „rot-grüne“ Regierung und alle maßgeblichen Parteien ins Werk gesetzte Abwracken des Sozialstaats mit massiver Schröpfung der Arbeiter, Angestellten, Erwerbslosen und Angehörigen des Mittelstands, von Azubis, Rentnern, Gebrechlichen und Armen zugunsten der Reichen und Mächtigen das Ärgste, was es seit 1945 gegeben hat. Die staatsmonopolistische Demolierung des Sozialwesens auf den Stand vor Bismarck, die Zerstörung von Bildungsinstitutionen, Kultur und großer Teile des Verkehrswesens gehen über das hinaus, was Hitler in Deutschland leistete. Um so schlimmer ist, dass Gleiches in allen entwickelten kapitalistischen Ländern geschieht. Zusammen mit der wachsenden Unbewohnbarkeit von Teilen der Erde mittels Umweltvernichtung wächst zudem die Kriegsgefahr, heute in Gestalt beliebiger imperialistischer Unterdrückungsaktionen. Hindukusch-Noske Struck hat das mit dem Satz gerechtfertigt, dass Deutschland eben da verteidigt werden müsse.

Lage und Entwicklungstendenz machen eine ernsthafte demokratische und sozialistische Opposition wider den Kurs der Herrschenden

dringlich. Hier jedoch liegt vieles im Argen. So mussten wir in letzter Zeit Folgendes erleben:

➔ das definitive Ende der „alten Sozialdemokratie“ (*ArSti* 140) und ein Führerkorps, das vom Sozialdemokratismus zum Sozialdarwinismus übergewechselt ist und mit Generalsekretär Scholz neben dem Gerechtigkeitsziel auch dem demokratischen Sozialismus abgesagt hat;

➔ den raschen Übergang der meisten DGB-Größen von vorge-täuschter Kampfbereitschaft für Mitgliederinteressen zur vollen Unterwerfung unter Kanzler und Kapital. Hierzu gehört der Verrat an den ostdeutschen Metallarbeitern, die für die 35-Stunden-Woche und damit Gleichstellung mit ihren westdeutschen Kollegen streikten. Der personalpolitische Coup, Peters und Düvel durch den Konzernherrscher genehme Funktionäre zu ersetzen, misslang allerdings;

➔ der offensichtlich nicht mehr aufhaltbare Verfall der PDS zur „zweiten SPD“ und Hilfswilligen der ersten.

Es ist müßig, darüber zu streiten, welcher Vorgang der schlimmste ist. Alle zusammen sind sie für den systemoppositionellen Kampf katastrophal. Vor allem deshalb, weil auf der Linken als einziger Kraft, die eine neue Kampffront aufbauen kann, Verwirrung, Zersplitterung und Ohnmacht andauern.

„Roter Schwanz am rosafarbenen Hund“

Unter Hegemonie der innerparteilich Hauptverantwortlichen für die

Schlappe bei der Bundestagswahl 2002 ist die PDS, heute „langsamster Segler im neoliberalen Strom“ (Sahra Wagenknecht), auf bestem Wege, sich zum „roten Schwanz am rosafarbenen Hund“ (Gabi Zimmer) zu mausern. Zwar war sie der vom rechten resp. „reformlinken“ Flügel erzwungenen Außerordentlichen Tagung des 8. Bundesparteitags am 28./29. 6. 2003 wegen wieder einmal in den Schlagzeilen. Doch wurde so nur der Rückgang ihrer Bedeutung in höherem Maße transparent. Verwunderlich ist er nicht. Wer, vor allem in Berlin, eine Koalitionspolitik mitbetreibt, die gegen das Gros der eigenen Wähler und möglichen Anhänger gerichtet ist, wer wie der Werdauer PDS-Oberbürgermeister beim Arbeitskampf der Metaller mit zum Streikbruch aufruft oder - wie *Neues Deutschland* - dreimal hintereinander Anzeigen des Unternehmerverbands gegen die 35-Stunden-Woche schaltet, stößt tatsächliche oder potentielle Verbündete vor den Kopf. Genauso ist das bei den fortgesetzten Versuchen, sozialistische durch prokapitalistische Programmatik zu ersetzen und einen Beschluss zu erwirken, der die Zustimmung zu Militäreinsätzen außerhalb der BRD ermöglicht. Da gleichzeitig das taktische Erfordernis fortbesteht, sich bei aller rechtsorientierten politischen Praxis als Linke auszugeben, um Gefolgsleute bei der Stange zu halten, sind Denken und Verlautbaren der PDS-Oberen von Schizophrenie beherrscht. Immer wieder verletzen sie zugleich Parteiprogramm und Statut, wird unter Hinweis auf eigene, angeblich höhere Moralprinzipien gelogen und Geschichte verbogen, wird in der Führungsschicht intrigiert.

In der Vorbereitungsphase

zum außerordentlichen Parteitag blieb die Initiative beim rechten Flügel. Repräsentiert wurde er durch die „gewendete“ Bundesvorsitzende Zimmer sowie durch Lothar Bisky, ihren Amtsvorgänger und zugleich Nachfolger in spe. Dahinter standen außer dem Kreis um Gregor Gysi die Landes- und Fraktionsvorsitzenden Ostdeutschlands, aber auch die Chefs der kleinen PDS-Verbände in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bremen und Schleswig-Holstein. Sie attackierten den stellvertretenden Parteivorsitzenden Diether Dehm und Bundesgeschäftsführer Uwe Hiksich wegen ihres Versuchs, den Kurs des Geraer Parteitags durchzusetzen. Erst wurden diese, dann der ganze gewählte Bundesvorstand von den Parteitagsvorbereitungen und fast jeder Parteiarbeit ausgeschlossen, welche die „Reformlinke“ durch Zimmer und Bisky in eigene Regie nahm. Die Basis schluckte das. Ein Grund hierfür war, dass sich der „reformlinke“ Flügel als undogmatisch und vorwärtsgerichtet darzustellen vermochte. Ein anderer, dass es ihm gelang, aus fortwährenden Ost-West-Gegensätzen rührende Spannungen gegen die einstigen BRD-Sozialdemokraten Hiksich und Dehm zu nutzen. Gern beuteten dabei die Rechten Hiksichs Äußerung aus, westdeutsche Linke und Intellektuelle würden nicht für eine PDS streiten, die ostdeutsche Regionalpartei oder Westentaschenreserve der SPD sei.

Am 2. 6. 2003 eröffneten Bisky und Zimmer mit den Parolen „Vorwärts, zurück in die Politik“ und „Neustart“ die unmittelbar zum Sonderparteitag führende Kampagne. Der „Neustart“ sollte angeblich dem Gründungskonsens zur Jahreswende 1989/90 entsprechen. Allerdings würde das bedeuten, sich außer gegen Stalinismus für den Sozialismus und innerparteilichen Pluralismus zu entscheiden - so aber ist das sicher nicht gemeint. Am 11. 6. stellten Zimmer und Bisky ihren Leitantrag zur außerordentlichen Parteitagstagung, „Gerechtigkeit ist das Brot des Volkes“, vor. Er war am Vorstand vorbei von André Brie mit erarbeitet, durch 52 Personen, darunter die ostdeutschen Landesvorsitzenden, der Berliner Landeschef und zwei westdeutsche Landessprecher, unterzeichnet worden und wird uns beim Darstellen

des Parteitagsverlaufs beschäftigen. Bisky, damals Fraktionschef im Brandenburger Landtag, präsentierte sich während der Pressekonferenz am 11. 6. wie Zimmer als über Flügeln und Fraktionen schwebend, nämlich Vertreter einer „demokratisch-sozialistischen Grundströmung“ der PDS, die fortan „Zentrum der Partei“ sein und deren Vorstandsarbeit prägen müsse. Die bislang existierenden Flügel – gemeint war allein der linke – müssten den Platz dazu freigeben. Seine Berliner Genossen verteidigend stellte Bisky fest, Senatoren sollten nicht „in jeder einzelnen Frage an die PDS gebunden sein“.

In den folgenden Wochen waren er und Zimmer arbeitsteilig tätig. Bisky befasste sich mit Personalpolitik. Er legte eine Liste für die Wahl zum künftigen Bundesvorstand vor, die aus den Abschnitten „Wunschkandidaten“, „weitere Vorschläge“ und „Abzulehnende Kandidaten“ bestand: Es gehe nicht an, dass „aus jeder Gruppierung irgendeiner im Vorstand sitzt“. Das richtete sich gegen den zum Grundkonsens der Partei gehörenden Pluralismus.

Zimmer stellte unterdes die PDS-Krise so dar, als sei sie nicht wegen neoliberaler Politik der „Reformlinken“ entstanden, sondern wegen von links geschürter „Lagerkämpfe“, bei denen sich „ein avantgardistisch-verbalradikaler und ein avantgardistisch-pragmatischer Flügel“ gegenüberständen. Gleich Bisky forderte Zimmer beide Seiten zum Verzicht auf Vorstandskandidaturen auf – von den „Pragmatikern“ galt das nur Ex-Bundesgeschäftsführer Bartsch, der sowieso nicht antreten wollte. Ihre sich steigernde Kritik galt einzig den „Verbalradikalen“, die ihr in Gera den Posten gerettet hatten. Sie bezichtigte Hiksich und Dehm, Kräfte zwecks PDS-Spaltung zu bündeln, und bewertete den Geraer Parteitag 2002 als „Absturz in die kulturelle Barbarei“ allen Ansprüchen gegenüber, die demokratische Sozialisten in ihrer politischen Arbeit nach 1990 jemals formuliert und gelebt hätten.

Unter massivem Druck verzichtete am 26. 6. Uwe Hiksich auf eine erneute Vorstandskandidatur. Dehm hielt die seine aufrecht und unterlag beim Parteitag.

Wegen einer vorangegangenen

Darstellung von PDS-Vorgängen bin ich auf Kritik gestoßen, weil darin allein die Rechten als diejenigen erschienen sind, welche die Entwicklung vorantreiben. Hierauf antworten konnte ich nur, dass es nun einmal so gewesen sei. In der Folge ist es leider so geblieben. Hiksich, der Koordinierungsrat der Kommunistischen Plattform, seine Sprecherinnen Wagenknecht und Brombacher und andere wehrten in den Wochen vor dem außerordentlichen Parteitag rechte Attacken ab, stellten unwahre Behauptungen richtig und übten ihrerseits Kritik, waren aber stets in der Defensive. So im Falle „reformlinker“ Forderungen, Themen der „Agenda 2010“ zu akzeptieren, zu Lasten der Bevölkerungsmehrheit indirekte Steuern zu erhöhen oder – wie das durch die Resolution aller Parteien des Berliner Abgeordnetenhauses zum 50. Jahrestag des 17. Juni geschah - diesen als Anfang der Bemühungen um das „gute, friedliche, demokratische Ende“ der DDR 1989/90 hinzustellen. Die Linke wandte sich gegen Erwägungen der Bundestagsabgeordneten Pau und Löttsch, den Kongoeinsatz einer europäischen „Friedenstruppe“ zu billigen - was glücklicherweise nicht geschah - und von MdEP Kaufmann, den Vertragsentwurf zu einer Europaverfassung mit zu unterzeichnen, obwohl durch ihn EU-Militärinterventionen und einer gemeinsamen Rüstung der Weg gebahnt werden soll. Die Unterzeichnung geschah am 10. 7. Höflicherweise nur unter Erwähnung seiner eigenen Gruppe, des „Geraer Dialogs“, konstatierte Winfried Wolf, man habe an Dynamik verloren. Die Offensive der „Reformer“ treffe auf den gleichen Widerstand wie „Messer in weicher Butter“.

Gleich dem „Geraer Dialog“ warnten die Schriftsteller Daniela Dahn, Sabine Kebir, Jean Ziegler und Gerhard Zwerenz sowie der Regisseur Manfred Weckwerth die PDS-Rechte davor, die „ungute Tradition des Ausgrenzens unbequemer Denkansätze“ wieder aufleben zu lassen. In einer Zeitungsannonce vertraten sie die Ansicht, im Parteivorstand sollten weiter auch jene vertreten sein, „die vom heutigen System schon länger desillusioniert wurden... Gerade, weil sie mit ihren antikapitalistischen Forderungen weiter gehen,

wenn sie gegen Bankenmacht mobilisieren oder gegen die Abschirmung unsittlicher Fonds, gegen Einschnitte in der Bildung.“ Dahn veröffentlichte im „Neuen Deutschland“ vom 28./29. 6. – passend zum Parteitag – einen Artikel „Antikapitalismus ist realistisch und zeitgemäß“, dessen Inhalt dem Titel entsprach.

Parteitagstagung im Tempodrom

Ein „reformlinkes“ Berliner Nachwuchstalente hatte bekundet, „richtig Muffensausen“ vor der Außerordentlichen Tagung des 8. Parteitags zu haben. Dies war unbegründet. Auch am 28./29. 6. im Berlin-Kreuzberger Tempodrom fuhr das Messer durch die Butter. Die Parteirechte hatte weder Mühe noch Kosten gescheut, um zu einem ihr genehmen Bundesvorstand zu kommen und letzte Hindernisse für das ihr entsprechende neue Programm aus dem Weg zu räumen. Die Mühe reichte von Verweigerung der Mitarbeit nach der eigenen Niederlage in Gera über das Verhindern einer ernstlichen Analyse des Bundestagswahlergebnisses, wütende Attacken in und außerhalb bürgerlicher Medien wider linke Gegenspieler, Gehirnwäsche im Fall der aus dem eigenen Lager stammenden, sich nach freundschaftlichem Kontakt mit ihm zurücksehenden Gabi Zimmer, das Nutzen der Vorsitzenden als Blockierinstrument, Sprachrohr und Waffe wider die Vorstandsmehrheit, die mit pauschaler Diskriminierung des „Realsozialismus“ einhergehende Rechtfertigung asozialer „Realpolitik“ ostdeutscher Länderminister und Fraktionen bis zum erfolgreichen Putsch gegen den Bundesvorstand und zur statutenwidrigen Machtübernahme rechter Funktionäre und Mandatsträger in der PDS. Immaterielle wie finanzielle Kosten der erforderlichen Winkelzüge und Kraftakte wurden der Partei aufgebürdet. Die über 100 000 Euro für den hier zu betrachtenden Parteitagsteil, einen von dreien in diesem Jahr, machte man durch Vorgriff auf den seit der Bundestagswahl arg verminderten Etat 2004 locker.

Für das Ausbleiben von Überraschungen bei der außerordentlichen Parteitagstagung war vorgesorgt. Die meisten der 381 als Vertreter von knapp 71 000 Mitgliedern

anwesenden Delegierten hatte die von Zimmer mit heraufbeschworene Spaltungsgefahr erschreckt. Sie entschieden sich wie weiland SED-Genossen, damals und heute auch solche der SPD für weitere Einheit, egal unter wem und wofür. Selbst die Linke war beim Parteitag so diszipliniert, nicht nach Ursachen der PDS-Krise zu fragen oder die Verletzung innerparteilicher Demokratie gehörig anzuprangern. Die rigorose Parteitagsgesetzgebung wurde zusätzlich dadurch abgesichert, dass die Delegierten aus Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern fast alle in Blöcken beisammen saßen, dementsprechend agierten und abstimmten.

Beim Eröffnen der Tagung mahnte Ehrenvorsitzender Modrow,



Ist die PDS, der „langsamste Segler im neoliberalen Strom“? Saira Wagenknecht

über die miserable Lage der Partei besorgt, das Festhalten an sozialistischen Gesinnungen und am Pluralismus an: „Wer ihn einschränkt oder wegreformiert, raubt der Partei ein entscheidendes Lebens-, ja Überlebenselixier.“ Berlins Landesvorsitzender Liebich bog das in seiner Begrüßungsrede dahingehend um, dass er zwecks Fortdauer der Parteieinheit für seinen Verband und die Senatoren weitest gehende Freiheit von Kritik erheischte. Der „Vorwurf des Opportunismus, des Einknickens, des Neoliberalismus und Karrierismus“ usw. sollte nicht mehr erhoben wer-

den. Liebich verteidigte den neoliberalen „Sparkurs“ in Berlin damit, dass die Stadt 27 Prozent der Steuereinnahmen als Schuldzinsen direkt an die Banken weiterleitet und das „eine gigantische Umverteilung von unten nach oben“ ist, was zutrifft, aus diesem Munde aber wie Hohn klingt. Dass die Schulden wesentlich durch nonchalante Fehlinvestitionen und verantwortungslose, Reichen und Schweinefondsinhabern Geld in die Tasche schiebende Politik verursacht wurden und weiter verursacht werden, übergang der Landes- und Fraktionschef. Dafür steigerte er sich bis in die Definition hinein: Weil „Berlins gigantische Verschuldung nur den Banken nutzt, ist Konsolidierung“ – faktisch weiteres Sanieren von Abzockern zu Lasten der Allgemeinheit – „kein neoliberales Teufelszeug, sondern Bedingung für soziale Gerechtigkeit!... Das... ist sozialistische Politik!“

Die als Bundesvorsitzende scheidende, als Verantwortliche für die Programmdebatte bleibende Gabriele Zimmer verband in ihrer Rede Wahrheit und Dichtung. Einesteils räumte sie ein, die PDS sei im Widerstand gegen Sozial- und Demokratieabbau kaum noch wahrnehmbar. In der Geraer Diskussion hätten es die meisten Mitglieder nicht mehr ertragen, „dass Parteitage das eine beschließen und Spitzenpolitiker und –politikerinnen anschließend anderes tun“. Hieraus zog Zimmer ebenso wenig Konsequenzen wie aus ihrer z. T. treffenden Kritik am Schröderkurs. Andernteils kolportierte sie erneut die Unwahrheit, ihre Kontrahenten im Vorstand hätten die zuvor beschlossene Diskussion über Alternativen zur Regierungspolitik „nicht verschoben, sondern per Beschluss abgesetzt“. Am Schluss stand die groteske These, mehr als 20 Anträge zum Leitantrag zeugten wiederum davon, dass Entscheidungen des in Gera gewählten Parteivorstands „unmöglich geworden sind“.

Bundesgeschäftsführer Hiksich versuchte in der ihm zugestandenen Redezeit auf zahme, „diplomatische“ Art den von rechts her lahmgelegten und entmachteten Vorstand zu rechtfertigen.

Lothar Bisky räumte in seinem Referat ein, die PDS habe ihre treuesten Wähler enttäuscht, auf viele

Entscheidungen in der Gesellschaft und durch politische Gegner „gar nicht oder spät oder lauwarm oder akademisch und langweilig“ reagiert. „Die PDS kann und darf – und das war wahrscheinlich der folgenschwerste Fehler des Wahlkampfes 2002 – primär keine wahlarithmetische Manövriermasse sein, weder positiv für das Zustandekommen von SPD-Regierungen, noch für die Verhinderung einer Stoiber-Regierung.“ Hiermit endete der Analyseansatz. Die Parteikrise erklärte der alt-neue Vorsitzende damit, „dass die PDS in und nach Gera ein Spielplatz für interne Reibereien und für Selbstbeschäftigung war und ist“. Als Mittel zur Krisenlösung bezeichnete er wieder den „Neustart“, an den er sechs Bedingungen knüpfte, besonders die Annahme seiner Personalvorschläge, den Verzicht Dehms und anderer auf erneute Kandidatur und „die Beendigung ideologischer Grabenkriege“. Schröders „Agenda 2010“ kennzeichnete Bisky dank guter Rede vorlage zu diesem Punkt treffend als entscheidenden Schritt beim Realisieren „jenes sozialen Abriss-Konzeptes, das der Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände bereits seit einem Jahrzehnt einfordert“. Sie kündige eine fortgesetzte und dramatische Verschärfung dieses Kurses, Zerschlagung sozialstaatlicher Grundstrukturen und weitreichende Schritte zur Unterwerfung der Lohnabhängigen unter die Profitinteressen an. Im Gegensatz zur offiziellen Propaganda sei der Anstieg der Lohnstückkosten seit mehr als zwei Jahrzehnten der niedrigste nach Japan, derzeit sanken diese Kosten sogar. Andererseits habe sich die reale Steuerquote aus Unternehmensgewinnen binnen 25 Jahren von 30 auf 15 Prozent des Gesamtaufkommens halbiert. Bisky zog keine politischen Schlussfolgerungen aus diesen Tatsachen. Er stellte sich erneut hinter die PDS-Exekutoren neoliberaler „Sparpolitik“ zugunsten der Reichen und Superreichen und meinte, man dürfe die Genossen „nicht in die Regierung schicken und... dann im Regen stehen lassen“.

In der anschließenden Generaldebatte kritisierten linksstehende Delegierte die gewerkschaftsfeindli-

che Politik in Berlin und besonders den Ausstieg aus dem Flächentarifvertrag, mit dem sich der SPD-PDS-Senat zum Vorreiter beim Einreißen bundesweiter Sicherungssysteme machte. Ellen Brombacher wandte sich gegen weiteres Mitregieren in Berlin und stellte klar, die Parteikrise resultiere nicht aus vermeintlichen innerparteilichen Differenzen, son-



Gewendet und geläutert. Die „Neoreformlinke“ Gabi Zimmer.

dern aus dem horrenden Vertrauensverlust bei Wählern, die von der PDS soziales Gewissen und ein klares Bekenntnis wider den Sozialabbau erwartet hätten. Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner wurde von jungen Parteitagsgästen mit einem Transparent begrüßt, worauf stand: „Antikapitalismus statt Sachzwanglogik. Für eine sozialistische PDS“. Sie verteidigte ihren Anteil am Abbaukurs damit, dass es in Berlin wegen der Finanzlage „nichts zu verteilen gibt und es demzufolge an einer Schraube für soziale Gerechtigkeit fehlt“. Der parteilose Sprecher der Berliner Attac-Gruppe Pedram Shahyar griff Wissenschaftssenator Thomas Flierl wegen der Einführung sogenannter Studienkonten an, die nichts anderes als die – von der PDS vormals zurückgewiesenen – Studiengebühren seien. Die Partei sei mitverantwortlich dafür, dass die finanziell notleidende Stadt einer von den Großkonzernen eingerichteten Managerschule kostenlos das Staatsratsgebäude zur Verfügung stellte und ihr damit ein Millionengeschenk machte. PDS-Senatoren sollten endlich aufhören, „neoliberale Zwangsvollstrecker mit sozialistischem Antlitz“ zu

sein. Der rechtsstehende Bürgermeister von Hildburghausen, Harzer, warf Shayar hierauf vor, „verdiente Genossen unflätig beschimpft“ zu haben. Er beantragte Zeit für eine Verteidigungsrede Flierls, die mäßig ausfiel. Der erreichte intellektuelle Tiefstand wurde durch Wirtschaftssenator Bürgermeister Harald Wolf unterboten, welcher den kostenlosen Gebäudeverleih an die Konzernschule als Grundstücksschenkung mit nachträglicher Zugabe von 30 Mill. € „missverstanden“, wovon er nie etwas gehört habe. Parteiratssprecherin Kersten Naumann kam den bedrängten „Reformlinken“ zu Hilfe. Sie verlangte, dass Regierungsbeteiligung „endlich von der gesamten Partei angenommen“ und ein Vorstand, der „an einem Strang zieht“, gewählt wird, damit dann auch das neue Parteiprogramm unter Dach und Fach gebracht werden kann.

Zu den vom Kongress angenommenen Beschlüssen zählt eine Resolution „**Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**“, in der die PDS sich mit den Forderungen der ostdeutschen Metaller nach stufenweiser Einführung der 35-Stunden-Woche solidarisch erklärte, u. a. weil die Arbeitsproduktivität im Osten in den letzten fünf Jahren dreimal so schnell wie im Westen gestiegen sei. Leider wurde die Entschließung erst angenommen und bekannt, als Kanzler, Kapital und IGM-Vorsitzender im Verein mit den Medien den Streik abzuwürgen begannen.

Eine spezielle Diskussion ergab sich am 29. 6. durch den **Berlin-Antrag** Wagenknechts und anderer. Danach sollten die PDS-Vertreter dem jüngsten Haushaltsentwurf des Senats wegen seines antisozialen Charakters nicht zustimmen und Nachverhandlungen führen. Gleichzeitig wurde im Antrag eine kritische Debatte zwischen Bundesvorstand, Berliner Landesvorstand und Abgeordnetenhausfraktion über die Situation seit Senatsbeitritt in Berlin gefordert. Liebich setzte die Zurückweisung des ersten Teils dieses Entwurfs mit der Feststellung durch, ein Veto gegen den Etat käme dem Austritt aus der Koalition gleich und man könne nicht mit einem Parteitagsschluss dem Parlamentsentscheid vorgreifen. Zugleich erwirkte er, dass

ein Grundsatzgespräch zwischen Parteivorstand und Berlin-Verantwortlichen der PDS über Konsequenzen der Berliner Koalitionspolitik zwar stattfinden soll, aber mit zusätzlicher Beteiligung der Schweriner Koalitionäre. Eine Entscheidung im Sinne der Rechten würde damit noch sicherer.

AGENDA SOZIAL 2010, Leitantrag Bisky/Zimmer und Vorstandswahlen

Der folgende wichtige Vorgang ist selbst in linken Publikationen allenfalls kurz erwähnt worden. Die Gemeinschaftsausgabe von PDS-Pressedienst und „Disput“ zum Sonderparteitag, ansonsten Hauptgrundlage für diesen Bericht, unterschlug ihn und kaschierte die dadurch entstandene Lücke. Es handelt sich darum, dass die Gruppe „Geraer Dialog“ den von Bisky und Zimmer unterbreiteten Leitantrag mit einem Antrag **„Für eine AGENDA SOZIAL 2010“** gekontert hatte. In deren Einleitung übte sie an der Parteirechten Kritik, die zwar ihr Drängen auf einen Sonderparteitag mit dem Erfordernis begründete, endlich auf die Schröder-Agenda zu antworten, selbst aber keinen überzeugenden Resolutionsentwurf dazu vorlegte. Erstens weil es ihr um das Auswechseln des Parteivorstands und nicht um alternative sozialistische Positionen gehe; zweitens, weil die Parteitags-Interessenten selbst z. T. Anleihen beim neoliberalen Programm machten. Ein historischer Bezug, der im Leitantrag fehlt, findet sich hier insofern, als an die Weltwirtschaftskrise erinnert wird, auf die westliche Regierungen ähnlich reagierten, wie es heute, während der längsten repressiven Phase seit 1929-1933, durch die „Agenda 2010“ des Kanzlers geschieht.

In den acht Punkten ihres Gegenantrags stellen die Autoren, auf die Arbeit von Experten unter dem bisherigen Parteivorstand gestützt, der Schröder-Agenda Forderungen demokratischer Sozialisten gegenüber. Sie verlangen Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit statt gesteigerter Ausbeutung; Stärkung der Tarifautonomie und der Gewerkschaften statt Abbau der Rechte Lohnabhängiger; Erhalt und Ausbau sozialer Sicherungssysteme statt finanziellen Druck auf Erwerbslose und Sozi-

alhilfeempfänger; Gesundheit für alle durch Befreiung der Kassen von versicherungsfremden Leistungen, Heranziehung aller Einkommensarten zur Finanzierung der Behandlungskosten statt Schröpfen ärmerer Versicherter; Altersvorsorge im Rahmen eines solidarischen Systems und weitere Rentendynamisierung statt Schröpfen und Diskriminieren auch der Senioren sowie Erhöhung des Rentenalters; Ausbau der Grundversorgung und des Bildungswesens, Wende in der Energie- und Verkehrspolitik sowie ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor statt destruktiver Privatisierungswahn; Beseitigung des West-Ost-Gefälles, Anheben des niedrigeren sozialen Standards im Osten auf Westniveau statt Absenken des Letzteren; Stop aller Auslandseinsätze der Bundeswehr und Abrüstung statt Teilnahme an weiteren, nun auch europäischen Militärinterventionen und neuer Angriffswaffenprojekte.

Unter Hinweis auf die Verdoppelung der privaten Geldvermögen 1990-2003 von 1500 auf 3000 Mrd. € und einen gleichzeitigen Profitanstieg um mehr als 50 Prozent konstatieren die Verfasser, dass für die Realisierung der von ihnen erhobenen Forderungen genug Geld da ist. Allein durch Wiedereinführung der in den letzten Jahren gestrichenen Vermögenssteuer, der Steuern auf Vermögensbeteiligungen und Veräußerung solcher Beteiligungen sowie Rücknahme der Reduktion von Körperschaftssteuern würden Einnahmeverluste von jährlich 40 Mrd. € im Staatshaushalt wettgemacht. Die AGENDA SOZIAL 2010 verlangt, auf weitere Maßnahmen zur Umverteilung von unten nach oben zu verzichten, so auf das Vorziehen einer weiteren Stufe der sogenannten Steuerreform und Subventionen für Großkonzerne. Sie propagiert den Verzicht auf Projekte wie Trans- und Metrorapid, die Orientierung des Arbeitgeberanteils an Wertschöpfung statt Beschäftigtenzahl und die Kürzung der Rüstungsausgaben.

Um eingehenden Erörterungen über den Antrag vorzubeugen, stellte Tagungsleiterin Petra Pau ihn mitten in der Generaldebatte am 28. 6. zur Abstimmung und erteilte nur der niedersächsischen PDS-Vorsitzenden Dorothee Menzner als Vertreterin der

Gruppe „Geraer Dialog“ zu einer kurzen Begründung das Wort. Die weitaus meisten Delegierten lehnten die AGENDA SOZIAL 2010 ab. Kritikwürdig am Verhalten anderer linker Gruppen ist, dass sie sich allein auf mögliche Änderungen des Bisky-Zimmer-Antrags konzentrierten, anstatt zuerst geschlossen für das Papier des „Geraer Dialogs“ zu stimmen.

Der am 11. 6. von Zimmer und Bisky unterbreitete Leitantrag **„Gerechtigkeit ist das Brot des Volkes“** geht von halbherziger, beim Beschreiben stecken gebliebener Kritik am traurigen Zustand der Partei aus. Diese sei ihrer Aufgabe, Alternativen zum neoliberalen Kurs zu weisen und sichtbar die Interessen, Sorgen und Hoffnungen der Menschen zu vertreten, nicht nachgekommen. Verantwortliche hierfür werden nicht genannt, ebenso wenig wird der Kern der innerparteilichen Auseinandersetzungen analysiert. Als Konsequenz aus dem erreichten Zustand propagieren die Verfasser den „Neustart“. Hierzu gehörten das Ziehen von Lehren aus der Parteikrise, die Vorbereitung eines erfolgreichen Parteitag und diverser Wahlkämpfe, das Ausarbeiten einer Strategie zur Entwicklung als gesellschaftlich wirkungsvolle Partei, die globalisierungskritischen und sozialen Gruppen gegenüber offen ist, eine Weiterentwicklung des Profils als Antikriegspartei und Beförderung der „dringend notwendigen Parteireform“. Doch soll das nicht die PDS besorgen, vielmehr wird damit der neue Bundesvorstand beauftragt. In den Antragsabschnitten zum Sozialstaatsabbau und zur „Agenda 2010“ wird die neoliberale Verfahrensweise, sich mit Schwachen anzulegen, die auf den Sozialstaat angewiesen sind, fälschlich als „politische Mut- und Hilflosigkeit“ der Akteure gekennzeichnet, die These, dass „sich jeder selbst helfen muss und auf die Allgemeinheit und das Allgemeinwohl kein Verlass ist“, ebenso falsch als „Lebenslüge der herrschenden Politik“. Gleichzeitig findet sich hier auch der Satz: „Wer wirklich den Sozialstaat für die nächsten Jahrzehnte umbauen will, (...) muss bereit sein, sich mit den wirklich Mächtigen anzulegen und darf vor der privaten Versicherungswirtschaft, der pharmazeutisch-chemischen Industrie,

den großen Konzernen und Vermögen nicht feige kuschen.“ Zwar ist der SPD-entlehnte Begriff „Umbau des Sozialstaates“ hinreichend fragwürdig, um ihn besser nicht zu nutzen. Doch widerspricht der Ruf zum Kampf gegen die Mächtigen in bemerkenswerter Weise der PDS-Praxis besonders in Berlin und Schwerin, die akkurat dem Kuschen und sich Anbiedern gleicht. Diese Praxis allerdings ist kein Gegenstand des Antrags. In dem Teil, der für eine „Agenda Sozial“ wirbt, finden sich ähnliche Forderungen wie im Resolutionsentwurf des „Geraer Dialogs“; sie werden aber nicht wie dort mit der Schröder-Agenda konfrontiert. Es gibt auch keinen derart deutlichen Hinweis auf Einkünfte und Vermögen der Reichen als Finanzierungsmittel für Sozialausgaben. Die Autoren erklären sich hingegen bereit, über mögliche, sozial gerechte Einsparungen am Staatshaushalt zu diskutieren. Sie unterstützen den Appell von PDS-Politikern, einen Sozialkonvent aus Vertretern politischer und gesellschaftlicher Institutionen, diverser Klassen und Schichten zum Thema Reform des Wirtschafts- und Sozialsystems zustande zu bringen.

Zum Leitantrag lagen der Tagung im Tempodrom 119 Änderungsanträge vor. Die kritischen stammten meist von der Kommunistischen Plattform und der AG Betrieb und Gewerkschaften. Einigen stimmten bis zu 40 Prozent der Delegierten zu. Im Ergebnis wurde der Bisky-Zimmer-Antrag nicht in seinem Charakter, aber in diversen Details modifiziert. Einerseits kam z. B. die ursprüngliche Absage an eine PDS als „Mehrheitsbeschafferin der deutschen Sozialdemokratie“ in Fortfall, andererseits wurden ihr nun „eindeutig antikapitalistische Positionen“ zugeschrieben. Im Innern sei „der Einfluss der Mitglieder“ sicherzustellen. „Auffassungen, wonach Kriege als Ultima Ratio zu akzeptieren seien, treten wir entschieden entgegen. Die PDS lehnt eine politische Logik des Denkens und Handelns in militärischen Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegsführungskategorien grundsätzlich ab.“ Gleich dem Satz, „dass der Gang an die Börse steuerpolitisch unattraktiver werden muss als Investitionen in Arbeitsplätze“ kam auch der folgende in Fort-

fall: „Mehr Gerechtigkeit bei den direkten Steuern auf Einkommen und Gewinne würde es schließlich auch ermöglichen, eine weitere Senkung der Sozialbeiträge durch höhere Verbrauchssteuersätze zu erwägen.“ Das entsprechende Ansinnen des früheren „Mannes fürs Grobe“ Dietmar Bartsch während des Parteitags, die Mehrwertsteuer bis auf 20 Prozent heraufzusetzen, wurde abgelehnt. Gleichzeitig fand sich keine Mehrheit dafür, das Vorziehen der nächsten Stufe der „Steuerreform“ zurückzuweisen, das den Großverdienern weitere 6 Mrd. € einbringen soll. Rechter Ablehnung fiel der Antrag zum Opfer, die in Gera beschlossene Position zu bekräftigen, möglich sei auch ein Mitregieren als „Teil des Widerstandes gegen die ‚Höllmaschine‘ des Neoliberalismus (Pierre Bourdieu)“.

Bei den **Vorstandswahlen** folgten die Delegierten in der Regel den Vorgaben Biskys. So gelangten seine Kandidaten – außer ihm waren das Dagmar Enkelmann, Katja Kipping und der stellvertretende Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns, Wolfgang Methling als Vizeparteivorsitzende, Rolf Kutzmutz als neuer Bundesgeschäftsführer und Uwe Hobler als Bundesschatzmeister – sämtlich in den engeren Führungskreis, den geschäftsführenden Vorstand. Somit kommen nunmehr vier seiner sechs Mitglieder aus Brandenburg. Die anderen 14 Vorstandsmitglieder standen vorher ebenfalls meist auf Biskys Wunschliste. Nur als Nachfolgekandidaten wurden hieraus allerdings Sylvia-Yvonne Kaufmann, Ingrid Mattern und Klaus-Rainer Rupp gewählt, denen es insoweit genauso wie dem vorher zum Erzbösewicht deklarierten Diether Dehm ging. Außerplanmäßig sind Sahra Wagenknecht, Harald Werner, Heidemarie Ehlert und der Ex-Olympiasieger in Turnen Klaus Köste in den Bundesvorstand eingezogen. Keines seiner Mitglieder außer Ulla Lötzer (NRW) gehört noch einem westdeutschen Landesverband an. Der PDS-Drang nach Westen hat spürbar nachgelassen.

Aus **Biskys Schlusswort** ist ein Bonmot zu vermelden, das wie die Faust aufs Auge zum außerordentlichen Parteitag passt. Es lautet: „Hier hat niemand gesiegt und niemand ist unterlegen. Gewonnen hat die Partei

des Demokratischen Sozialismus.“ Der Spiritus rector des „reformlinken“ Flügels **Gregor Gysi**, der den in Gera gewählten Vorstand schon am 15. 10. 2002 faktisch für abschussreif erklärt hatte, weil das „keine wirkliche Führung“ sei, brillierte im Kreuzberger Tempodrom mit einer in der Tagesordnung nicht vorgesehenen Rede. Er wandte sich darin gegen Schröderpolitik und Neoliberalismus, verkündete aber zugleich, es genüge nicht, nur gegen die „Agenda 2010“ zu sein. Man müsse auch die Veränderungen unter den Beschäftigten und die demographischen Wandlungen berücksichtigen. Die PDS seien mindestens zwei Parteien in einer. Er bitte um Solidarität mit dem Berliner Landesverband und dessen Senatoren. Der Redner wurde mit starkem bis frenetischem Beifall belohnt.

Nachrufe auf die Partei und ein neues „Weiter so!“

Das Parteitagsergebnis wurde auf der Linken als verheerend, wenngleich vorhersehbar, empfunden, meist auch als Anfang vom endgültigen Ende der einst zukunfts-trächtigen deutschen Linkspartei. Ekkehard Lieberam vom Geraer Dialog urteilte in der Kölner *SoZ* Nr. 8, nun sei „die Chance einer sozialistischen Erneuerung vorüber und die PDS wohl irreversibel auf dem Kurs in Richtung auf eine zweite SPD“. Die Berliner *taz* vom 30. 6. schrieb: „Die PDS befindet sich im freien Fall ins historische Nichts. Kann die Partei von sich behaupten, sie habe etwas begriffen, wenn sie jetzt plötzlich feststellt, dass sie abstürzt, hektisch mit den Armen rudert und um Hilfe schreit? Die Frage lässt sich mit Isaac Newton ganz einfach beantworten: Wer fällt und nichts dagegen unternimmt, stürzt unbegrenzt weiter.“ Die *junge Welt* vom selben Tage meinte: „Für Parteilinke hätte spätestens dieser Vorgang der letzte Beweis sein müssen, dass sie in dieser Partei definitiv nichts mehr verloren haben. Natürlich, außerhalb der PDS gibt es keine starke linke Kraft. Dass es sie jetzt ihre Kräfte bündeln. Statt dessen wursteln sie weiter innerhalb ihrer Gruppen und konkurrieren gar um die bessere Strategie zur Veränderung der Mehrheitsverhältnisse in

der PDS, die mittlerweile nur noch die Funktion der Integrationstante für enttäuschte SPD-Wähler hat, der sie die entlaufenen Schäfchen via Koalition wieder ins Gatter treibt.“

Sprecher der Kommunistischen Plattform, des Marxistischen Forums und des „Geraer Dialogs“ forderten übereinstimmend dazu auf, die Partei jetzt nicht zu verlassen. Eben das taten aber neben weniger bekannten Genossen auch zwei Prominente, der Mediziner Prof. Moritz Mebel und die einstige Punkerin, stellvertretende Parteivorsitzende und Bundestagsabgeordnete Angela Marquardt. Sie hatten es aus z. T. unterschiedlichen Gründen endgültig satt. Florian Havemann, parteiloser Dramatiker und Brandenburger Verfassungsrichter, Sohn des berühmten Dissidenten und 2002 PDS-Bundestagskandidat, warnte nach der Außerordentlichen Tagung vor dem Erpressungspotenzial, das Bisky und Gysi wieder erfolgreich eingesetzt hätten. Die Partei müsse sich zuerst von Gregor Gysi emanzipieren, bevor sie glaubwürdig emanzipatorische Politik einfordern kann. Auf Kritik von rechter PDS-Seite hin distanzierte sich Havemann vom Tenor seiner Äußerungen, nicht aber von diesen selbst. Astrid Krauss vom bundesweiten Attac-Koordinierungsrat verdeutlichte, dass potentielle Verbündete der Partei zunehmend misstrauen. Im *Neuen Deutschland* vom 4. 7. bemerkte sie, die PDS wolle sozial sein, sei aber zu feige, um für die von ihr proklamierten Werte zu streiten. Ihre Vertreter in Berlin und Schwerin machten sich durch Unterordnen unter scheinbare Sachzwänge der Globalisierung „zu willfähigen Vollstreckern der neoliberalen Logik“. Die Partei könnte für soziale Bewegungen nur Partnerin sein, wenn diese sicher sein könnten, dass in der außerparlamentarischen Opposition verfochtene Inhalte nicht anderntags wieder über Bord geworfen werden.

Die neue PDS-Führung und ihre Mitstreiter halten unbeirrt am Kurs des „Weiter so!“ fest, von dem Gabi Zimmer in ihrer Geraer Phase erkannt hatte, dass das tödlich wäre. Berlins Landesvorsitzender Liebich, Mecklenburg-Vorpommerns Arbeitsminister Holter und MdB Pau schätzten die Außerordentliche Tagung als

Korrektur von Gera ein und verlangten, Regierungssozialisten dürften nun nicht mehr der innerparteiliche „Sündenbock“ sein. Der Brandenburger Landeschef Christoffers, der Ende April 2003 als erster das Signal zu



Die „Bösewichte“ in der PDS.
Uwe Hixsch und Diether Dehm

Putsch und Sonderparteitag gegeben hatte, bekundete nach seinem SPD-Kollegen Ministerpräsident Platzeck die Chance künftiger Regierungspartnerschaft auch in Potsdam. Der neue Bundesvorstand engagierte sich bei seiner Klausur am 5./6. 7. für die Grundlinie des vorliegenden Programmentwurfs, der im Oktober in Chemnitz beschlossen werden soll und in seinen Auswirkungen etwa dem Godesberger SPD-Programm von 1959 gleichkäme. Er bestellte

André Brie zum Leiter für den Bundestagswahlkampf 2006 und gab der Europaabgeordneten Kaufmann grünes Licht, den EU-Verfassungsentwurf zu unterzeichnen.

Am 28. 7. 2003 stellten Bisky und Holter das „Acht-Punkte-Programm für eine Wende Ost“ mit dem Obertitel „Herausforderung 80“ vor. Als Weiterentwicklung eines „Impulspapiers“ der ostdeutschen Landesgrößen vom Juni zielt es darauf ab, durch Verkauf von Goldreserven und Vorziehen der Gelder aus dem sogenannten Solidarpakt, „mutige Deregulierungen“ und Gesetzeskorrekturen Mittel und Möglichkeiten zu schaffen, um durch staatliche Begünstigung von Kapitalanlagen dem Faktum zu wehren, dass „der Osten kippt“. Propaganda hierfür versteht die Parteispitze als „erste Etappe auf dem Weg der PDS zurück in die Politik“.

Auch einige bürgerliche Tageszeitungen sehen im tatsächlichen politischen Abgang dieser Partei einen Verlust für das Land. So die *Frankfurter Rundschau*, die am 30. 6. feststellte, es sei „wirklich schade: In Deutschland gibt es keine sozialistische Partei, die zu den brennenden Sozialstaatsdebatten etwas Bemerkenswertes zu sagen hätte.“ So die *Berliner Zeitung* vom selben Tage, in der es hieß, schlecht sei, dass die PDS in der öffentlichen Wahrnehmung nur mehr als Sekte erscheine und dort, wo sie mitregiere, als eigenständiger Faktor gar nicht zu erkennen sei. „Es wäre doch erfrischend, eine linke, ja eine sozialistische Partei zu haben, die sich angesichts des liberalen Einerleis von Union bis SPD noch traute, radikale Gegenentwürfe zu diskutieren und zu präsentieren. Eine Partei, in der noch intellektuell anspruchsvoll und redlich daran gezweifelt würde, ob die ungebremste Macht des globalisierten Kapitals wirklich die letzte Antwort auf den Zusammenbruch des Staatssozialismus ist. Eine Partei, welche von SPD und Grünen aufgegebenen Positionen für eine solidarische, ökologische Position im Inneren und Äußeren aufnehmen und weiterentwickeln würde.“

In der Tat ist eine derartige Partei – oder eine derartige Bewegung – dringend notwendig. Sie muss so bald als möglich zustande kommen.

B. M., August 2003

GATS (General Agreement on Trade in Services)

Weltrecht des Kapitals?

Privatisierung und Kapitalverwertung



„Der globale Kapitalismus ist seit den 1970er Jahren mit dem Problem einer chronischen und anhaltenden Überakkumulation konfrontiert.“

David Harvey, *Der „neue“ Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung*, Supplement zu „Sozialismus“ 5/ 2003, S. 2

Diese seit Jahren anhaltende Überakkumulation des Kapitals ist zugleich Folge des Mißverhältnisses zwischen Produktionskapazitäten und kaufkräftiger Nachfrage und Ursache des Überangebots an Arbeitskräften, d. h. der Arbeitslosigkeit, die ihrerseits zur weiteren Verringerung der kaufkräftigen Nachfrage, also der Realisationsmöglichkeiten des produzierten Mehrwerts führt.

Aus diesem Dilemma muß das gesellschaftliche d. h. heute globale Gesamtkapital um seiner Existenz willen heraus. Die Wege sind mannigfaltig. Territoriale Ausdehnung (Kolonien) wie noch zu Zeiten des aufkommenden Imperialismus, wie ihn Hilferding, Luxemburg und Lenin beschrieben, kann nicht mehr der **einzige** Weg sein. Wie u. a. der Krieg im Irak beweist, ist Eroberung wichtiger Territorien aber immer noch eine der Alternativen.

Der Ausweg der Akkumulation in Finanzkapital schien bis Anfang

Gewerkschaftsdemonstration in Frankreich gegen die Rentenreform

2000 erfolgreich. Nach dem Crash auf den Finanzmärkten mit erheblicher Stornierung fiktiver Kapitale scheint der Weg der extremen Börsenspekulation, d. h. die Antizipation künftiger vermuteter Gewinne in Form von „Wert“steigerungen von Kapitaltiteln jedenfalls bis zur nächsten Spekulationswelle verbaut, da die erwarteten Supergewinne in der „new economy“ weit hinter den Erwartungen zurückblieben.

Die Privatisierung ermöglicht die Erschließung von Märkten, die dauerhaft Profite versprechen und wo stabile Absatzmöglichkeiten erwartet werden.

Als weites Feld bietet sich eine intensivere Erweiterung der Verwertungsmöglichkeiten in die Bereiche bisher öffentlich und/oder durch natürliche Bedingungen gewährleister Bedürfnisbefriedigung. Privatisierung bisher öffentlich betriebener Transportmittel oder der Aus- und Weiterbildung oder bisher frei verfügbarer bzw. durch traditionelle Rechte geregelter Naturgüter wie z. B. Wasser ist das Ziel der zuständigen Kapitalagenten.

Im wesentlichen handelt es sich dabei um Dienstleistungen. Durch internationale Vereinbarungen sollen einheitliche quasi-gesetzliche Bedingungen für risikoarme und profitab-

le Verwertung geschaffen werden (vgl. Kasten 1).

Bei den „weiteren Dienstleistungen“ in Kasten 1 scheint mir die zunehmende Verlagerung militärischer Aufgaben (z. B. Wartungsarbeiten, Softwareentwicklung, Logistik, Wachdienste) auf private Dienstleister erwähnenswert.

Gemeinsam an den bevorzugten Zielfeldern der Privatisierung ist die sichere Absatzmöglichkeit zu Preisen, die die Realisierung des geschaffenen Mehrwerts gewährleisten.

Die Schaffung „freien Wettbewerbs“ von dem die Verbraucher durch geringere Preise und sichere Versorgung profitieren sollen, ist die erste von vielen Lügen der Privatisierer. Das Gegenteil ist richtig: Gegebene Transportwege wie bei Eisenbahnen oder der Energie- und Wasserversorgung bieten Möglichkeiten, unerwünschte Konkurrenz abzuwehren; unflexible „Kunden“ wie z. B. Kranke, die in der Regel nicht beurteilen können welche Medikamente, Therapien oder Diagnosemittel nötig bzw. wirtschaftlich sind, Schüler/innen, die zur Erlangung von Abschlüssen vorgeschriebene Lehrpläne abarbeiten müssen u. v. a. m. schaffen geschützte Märkte für Konzerne und damit die Möglichkeit über längere Zeiträume Preise zum oder über dem Wert durchzusetzen.

Sichere Absatzmärkte sind in Zeiten der Stagnation wichtig. „Kaufzurückhaltung“ ist schwierig. Wer nicht genügend Kaufkraft hat, fliegt aus dem „Kundenkreis“ raus und wird bestenfalls zwecks Notversorgung an staatliche Stellen abgeschoben. Es ist dabei gleichgültig, ob die privaten Betreiber den Preis ihrer Dienste direkt vom Verbraucher (z. B. Schulgeld bzw. Studiengebühr, Energie- oder Wasserpreise) oder aus staatlichen Transfers (z. B. für privatisierte Haftanstalten in Großbritannien) beziehen.

Der gesetzliche Rahmen

„Im Falle rechtlicher Auseinandersetzungen liegt die letztendliche Ent-

scheidung beim ‚Schiedsgericht‘ der WTO, einer Jury von sehr zweifelhafter demokratischer Legitimität.“ (MEMO-Forum, Zirkular der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Nr. 29, S. 32)

„Das GATS-Abkommen soll den weltweiten Dienstleistungsmarkt liberalisieren, als einen von zwölf Sektoren auch die Bildung. Die Kernprinzipien: Alle Handelspartner sind gleich; der Markt steht allen offen; ausländische Unternehmen dürfen gegenüber Inländern nicht diskriminiert werden.“ Die Zeit, 28. 5. 2003

Im Frühjahr 1994 beschloß die WTO (World Trade Organisation) in Uruguay das GATS. 1995 trat es offiziell in Kraft. Es war zunächst eine Absichtserklärung. Die Übereinkunft war bewußt vage und wenig aggressiv formuliert. Wer könnte etwas gegen „fairen Wettbewerb“ haben? Der

Was umfaßt das GATS?

- Energie- und Wasserversorgung
- medizinische & soziale Dienste (z.B. Krankenhäuser)
- Bildung und Kultur
- Post & Telekommunikation
- Banken und Versicherungen
- Tourismus
- Transport
- Und weitere Dienstleistungen

Grundsätzlich ist kein Dienstleistungssektor vom GATS ausgenommen.

Kasten 1

Teufel steckt im Detail.

Für das Ausgreifen des Kapitals in neue Verwertungsgebiete sind Absicherungen wichtig. Quasi-gesetzliche Sicherheit für Investitionen, freie Übertragung von Gewinnen, Schutz vor nationalen Eingriffen wie z. B. verschärfte Umweltschutzbestimmungen sind für internationale Konzerne Voraussetzung für weitere Expansion.

Die Einzelheiten des GATS wurden unter weitgehendem Ausschluß der Öffentlichkeit in 12 Sektoren ausgehandelt. In Cancun (Mexiko) werden die bisherigen Verhandlungsergebnisse im September 2003 auf den Gebieten Trinkwasserversorgung, Gesundheit und Bildung im WTO vorgestellt und verhandelt. Im nächsten Jahr sollen dann verbindliche WTO-Richtlinien dafür beschlossen

werden.

Einige grundsätzliche Feststellungen sind jetzt schon möglich:

Produktionssphären, die bisher nationalstaatlicher Gesetzgebung, Rechtsprechung und Exekutive unterlagen, werden durch übernationale Gremien (WTO) reguliert. Ein weiterer Schritt zur Aushöhlung nationalstaatlicher Souveränität. Nationale Gesetzgebung und Rechtsprechung sind insoweit außer Kraft gesetzt.

Parlamentarische Rechte und öffentliche Diskussion werden soweit möglich übergeben. Wo Ratifizierung durch nationale Parlamente oder das Europäische Parlament nicht zu vermeiden sind, werden deren Entscheidungen präjudiziert: Ablehnung wäre Abkoppelung von globalen Festlegungen, wirtschaftliche Isolation, Investitionsbremse usw. Selbst in Ländern, in denen die neoliberale Ideologie noch nicht den Rang einer Staatsreligion erreicht hat, wird es schwierig sein, sich gegen WTO-Beschlüsse zu stellen.

Nur neue WTO-Beschlüsse können einmal getroffene Richtlinien ändern. In der Praxis heißt das: Sie sind nicht mehr oder nur in Übereinstimmung mit den zuständigen Kapitalfraktionen veränderbar – jedenfalls nicht gegen den Willen mächtiger Industriestaaten, vor allem der USA. Selbst wenn einzelne Staaten oder Staatengruppen die Behebung von Mißständen verlangen, können sie diese in der Praxis nicht durchsetzen.

Die Industriestaaten, allen voran die USA, verfügen über die Hegemonie (Vorherrschaft) in der WTO. Instrument dieser Hegemonie sind u. a. Kredite bzw. deren Zusage, Kündigung, Moratorien usw., Zoll- und Einfuhrbestimmungen. Weltbank und Internationaler Währungsfond sind zwar formal unabhängig, werden aber genau von denselben Kapitalgruppen beherrscht wie die WTO selbst.

Gewerkschaften und soziale Gruppen und deren Organisationen spielen bei der Festlegung von WTO-Richtlinien keine Rolle. Das wird gewöhnlich durch einige leere Phrasen überdeckt. Leider geben sich die Gewerkschaften damit zufrieden. Ausschlaggebend sind die Interessen transnationaler Konzerne bzw. von

diesen beherrschte internationale Organisationen: „Die WHO (Weltgesundheitsorganisation) verfolgt nicht nur Ziele eines unregulierten freien Marktes (und handelt insofern im Rahmen der WTO-Beschlüsse, Anm. d. Verf.). Sie will sich auch von den Schuldnerländern ihre Außenstände auf diese Weise gegen die Vermarktung (von) deren nationaler Grundversorgung begleichen lassen.“ SZ v. 31. 5./1. 6. 2003 (Kasten 2: Was regelt das GATS)

Die Definition von staatlichen Zuschüssen als wettbewerbsverzerrende Maßnahmen, die das GATS verhindern will, wirkt als zusätzlicher Antrieb für beschleunigte Privatisierung. Soziale Belange, die solche „Subventionen“ einst begründeten (z. B. ausreichende Versorgung auch für Arme) werden ignoriert.

Was regelt das GATS?

Das GATS erfaßt einen großen Teil des Dienstleistungssektor und enthält diese zentralen Prinzipien:

- Transparenz: Regierungen müssen alle Gesetze, Normen und Standards offen legen, die den Handel mit Dienstleistungen behindern könnten
- Meistbegünstigung: kein/e ausländische/r Arbeiter, Arbeiterin darf schlechter gestellt werden als ein/e andere
- freier Marktzugang (Art. XVI)
- Inländerbehandlung (Art. XVII): ausländische Dienstleistungsanbieter dürfen nicht schlechter gestellt werden als inländische.

Kasten 2

Grundbedürfnisse als neue Verwertungsräume

„Der Charakter selbst der kapitalistischen Produktion schließt übrigens die Beschränkung auf kapitalistisch produzierte Produktionsmittel aus. ... Die unaufhörliche Steigerung der Produktivität der Arbeit andererseits als wichtigste Methode zur Steigerung der Mehrwerttrate schließt die schrankenlose Nutzbarmachung aller von der Natur und der Erde zur Verfügung gestellten Stoffe und Bedingungen ein und ist an eine solche gebunden. Das Kapital verträgt in dieser Hinsicht seinem Wesen und seiner Daseinsweise nach keine Einschränkung.“ Rosa Luxemburg, Die Akku-

mulation des Kapitals, Kap. 26

Ich beschränke mich hier darauf, 2 der wichtigen Verwertungsgebiete: Wasser- und Energieversorgung und Aus- und Weiterbildung (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) zu skizzieren.

Wasser und Energie

„Die andere Seite der Kapitalakkumulation vollzieht sich zwischen dem Kapital und nichtkapitalistischen Produktionsformen. Ihr Schauplatz ist die Weltbühne.“ Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, Kap. 31

Der Zugriff des Kapitals gilt keineswegs **nur** den Ressourcen in unentwickelten Ländern wie z. B. Indien. Zur Zeit scheinen die kommunalen Stadtwerke Deutschlands bzw. entsprechende Einrichtungen in öffentlichem Besitz quantitativ ein bevorzugtes Objekt der Aneignung durch Konzerne zu sein.

In Deutschland entwickelte sich die kommunale oder regionale Wasserversorgung und Abwasserentsorgung im 19. Jahrhundert als Reaktion auf die verheerenden Cholera-Epidemien in den meisten deutschen Großstädten, die sich durch verseuchtes Wasser schnell und flächendeckend ausbreiten konnten. Gas-, Strom- und Fernwärmeversorgung wurden im Verlauf der technischen Entwicklung von diesen meist in kommunalem Besitz befindlichen Monopolisten über die Leitungen auf kommunalem Grund übernommen.

Eine Privatisierung soll Bürokratie abbauen, Kosten einsparen, Raum für technische Erneuerung schaffen und dadurch billigere Preise bei gleicher oder besserer Versorgungssicherheit gewährleisten – so soll die Übernahme durch die Konzerne der Bevölkerung schmackhaft gemacht werden.

Die bisherigen Erfahrungen beweisen das Gegenteil. Die Liberalisierung des deutschen Strommarktes brachte Großabnehmern, also großen Industrieunternehmen, weitere Rabatte. Die Masse der Privatkunden zahlt heute höhere Preise als vor der „Freigabe“, weil die bisherigen Gebietsmonopole durch Aufkäufe in der Fläche erweitert, das Monopol über die Versorgungsleitungen aber de facto behalten haben. Es ist äußerst schwierig, arbeitsaufwendig und kaum billiger, bei Stromanbietern

ohne eigenes Leitungsnetz Strom zu kaufen. Wo bisher städtische und regionale Eigenbetriebe zu (im wesentlichen) Kostpreisen lieferten, müssen nun überregionale kapitalistische Konzerne mindestens durchschnittliche Profitraten erzielen.

Ähnlich verhält es sich mit der Versorgungssicherheit. Die Stadtwerke München GmbH (Alleingesellschafter noch die Stadt) haben z. B. die „vorsorgende Wartung“, mit der Lecks im Leitungsnetz frühzeitig erkannt und repariert werden konnten, eingespart. Im letzten Winter fiel die Fernwärme in einigen Blocks in Neuperlach aus.

Daß vielleicht da und dort Bürokratie (d. h. Arbeitsplätze) abgebaut wurde, mag sein. Daß Filz und Vetternwirtschaft in kommunalen Betrieben nicht ungewöhnlich sind, ist richtig. Allerdings sind diese Mißstände (in größerem Umfang) auch in privatisierten Betrieben zu finden (nicht allein in der Müllverbrennung in Köln).

Die Konzentration vor allem auf dem Gebiet Wasserversorgung nimmt zu. Großkonzerne – in Deutschland vor allem RWE – bestimmen in internationalem Umfang über die Versorgung mit diesem wichtigsten Grundnahrungsmittel des Menschen. Die Verwertung läuft nach immer demselben Schema: Preiserhöhungen, denen die Konsumenten kaum ausweichen können; Senkung der Lohnkosten durch Personalabbau und Arbeitsintensivierung; Substanzabbau durch Hinausschieben oder Unterlassen von Reparaturen und Ersatzinvestitionen zu Lasten der Versorgungssicherheit sorgen für hohe Profite.

Immerhin ist in Europa und den USA die Grundversorgung noch einigermaßen gesichert.

In unterentwickelten Ländern greifen Konzerne auf natürliche Wasserreserven zu, die bisher als „freie Gabe der Natur“ (Marx) der Bevölkerung zur Verfügung standen. „Vandana Shiva berichtete, daß in Kerala, einem der wasserreichsten Staaten Indiens, der Staat 1,5 Millionen Liter Wasser an Coca Cola verkaufte. Die Folge: In zwei Monaten sank der Grundwasserspiegel und Seen trockneten aus. 400 Frauen wurden verhaftet, die gegen diese Wasserprivatisierung protestierten. An

dem schon verkauften Fluß Sheonath patrouillieren Polizeikräfte im Auftrag des Privateigentümers und verhafteten Männer und Frauen, die im Fluß fischen, baden, ihre Kleider waschen und das Wasser zur Bewässerung ihrer Felder nutzen wollen. Das gilt jetzt als Diebstahl.“ (Prof. Maria Mies, aus „Frauen stoppt GATS“, Reader der GEW, Landesverband Bayern, Arbeitsgruppe Perspektiven zum Seminar am 12. 7. 03)

Gegen diese Privatisierung liefen so starke Proteste, daß sie (vorläufig) zurückgenommen werden mußte. Aber: „Der größte Wasser-Multi der Welt, der französische Konzern Suez ... haben einen Vertrag der indischen Regierung, das Wasser der ‚Heiligen Mutter‘ Ganges zu privatisieren.“ (ebd.)

Durch solche und ähnliche „legale Enteignungen“ von Bevölkerungen erwerben Konzerne Naturprodukte gegen Zahlungen an Regierungen bzw. örtliche Machthaber, die bisher freien Naturprodukte werden durch Investitionen in Leitungsnetze und Abfüllstationen für den Verkauf aufbereitet; sie bekommen dadurch Tauschwert, werden Ware. Das heißt nicht in jedem Fall, daß die bisherige Verteilung gerecht war. Großgrundbesitzer u. a. hatten häufig Vorrechte. Doch durch Privatisierung werden bisher vom Kapital ungenutzte Teile der Natur in den Verwertungsprozeß einbezogen. Da der Verbrauch von Wasser (vor allem in wasserarmen Regionen der Erde) nicht oder nur geringfügig verringert werden kann, sind sichere Realisierungsmöglichkeiten für erzielte Profite (oft Surplusprofite) gewährleistet.

Für die Statistik der Weltbank hat dies zusätzlich den Vorteil, daß das Bruttoinlandsprodukt der betreffenden Länder um die Erlöse des verkauften Naturprodukts ansteigt. Scheinbar werden Staaten wie Indien dadurch reicher. Die Globalisierer und Privatisierer können so für sich in Anspruch nehmen, sie trügen zu steigendem Wohlstand in unterentwickelten Ländern bei. Gut für die Statistik – nur die Menschen haben davon gar nichts (siehe Bild 1).

Aus- und Weiterbildung

„Higher education is an industry.“ Terry Hilsberg von der Global University Alliance lt. SZ v. 31. 5./1. 6.

2003

„Steht es frei, ein Beispiel außerhalb der Sphäre der materiellen Produktion zu wählen, so ist ein Schulmeister produktiver Arbeiter, wenn er nicht nur Kinderköpfe bearbeitet, sondern sich selbst abarbeitet zur Bereicherung des Unternehmers. Daß letzterer sein Kapital in einer Lehrfabrik angelegt hat, statt in einer Wurstfabrik, ändert nichts an dem Verhältnis.“ (Marx, Kapital, Bd. 1, Kap. 14)

Die „Bearbeitung von Kinderköpfen“, d. h. der Bildungsbereich (natürlich auch für Erwachsene), wird „auf jährlich 27 bis 50 Billionen Dollar geschätzt“ (Horst Bethge, zit. nach „Die Demokratische Schule“ Sept./Okt. 2002, S. 22). Ein erheblicher Teil davon ist bereits in privaten Händen. Vor allem im Bereich Erwachsenenbildung tummeln sich vorwiegend private Firmen – aber zunehmend international organisierte.

Schul- und Universitätsausbildung wird in den meisten europäischen Ländern noch als ureigenste Aufgabe des Staates angesehen. Auch wenn es Privatschulen, kirchliche und andere weltanschaulich orientierte Bildungsstätten, Sponsoring usw. gibt. Doch auch für diese gibt der Staat die Kriterien für anerkannte Abschlüsse vor und übt eine wie immer ausgestaltete Aufsicht aus. Staatliche Schule und allgemeine Schulpflicht galt als ein wichtiger Fortschritt gegenüber religiös gebundenen oder privaten Schulen z. B. Fabrikschulen oder von Gutsherrn unterhaltenen und beaufsichtigten Schulen. Geistliche Schulaufsicht gab

gleiche Ausgangsbedingungen für alle Kinder.

Mit dem Zugang zu höheren Schulen bzw. Universitäten hört die Gleichheit dann spätestens auf. Nach wie vor sind Kinder von Arbeitern und kleinen Angestellten unterrepräsentiert. Die Grundschulausbildung sollte aber immerhin einen Mindeststandard sichern. Das scheint gegenwärtig nicht mehr für nötig gehalten zu werden.

Insofern bildet die Schulpolitik das Anforderungsprofil des Kapitals an die Lohnarbeit ab: Relativ wenigen hochqualifizierten Arbeitern (bzw. Angestellten) steht ein wachsender Anteil an Niedriglohnbeschäftigten mit geringer Qualifikation gegenüber. Der Wert der Arbeitskraft kann dadurch gesenkt werden, da zu den gesellschaftlichen Reproduktionskosten der Arbeitskraft auch Schule und Ausbildungsmöglichkeiten (z. B. an Berufsschulen) gehören. Die Löhne als Preis der Ware Arbeitskraft werden sich dem über kurz oder lang angleichen. Dieser Prozeß ist in vollem Gange. Berufliche Ausbildung wird ohnehin von den Unternehmern zunehmend boykottiert, weil längerfristig sinkender Bedarf erwartet wird. Soweit berufliche Ausbildung noch notwendig ist, soll sie nicht mehr dual sondern vom Kapital organisiert werden.

Was einst als unumstößliche öffentliche Aufgabe galt, wird so immer mehr durchlöchert. Einige Beispiele: „Nach den Sommerferien 2002 wurde in den Kollegien der Hamburger Berufsschulen publik, daß die Handelskammer der Stadt beabsichtigt, die Berufsschulen in ihre Trägerschaft zu übernehmen. ... Die Berufsschulen sollen das Einfallsstor darstellen, durch das man langfristig einen Angriff auf das gesamte Schulsystem fahren kann. ... Von Seiten der Handelskammer gibt es außer dem Hinweis auf die

In den USA ist man schon weiter: Konzerne wie Edison Inc. bieten Gemeinden an, gegen fixe Geldbeträge deren Schulen zu betreiben. Edison soll bereits über 1.000 Schulen übernommen haben.

Angenehm erfreut sich das Modell immer größerer Beliebtheit: Die Gemeinden schaffen sich den Ärger mit steigenden Kosten bzw. geringer Qualität der Schulen vom Hals. Profite werden zu Lasten der Lehrer und Schüler erwirtschaftet. Middle- und upper-class-Eltern werden schon dafür sorgen und bezahlen, daß ihre Kinder auf bessere Schulen kommen. Der Angriff auf die allgemeine Schule als öffentliche Aufgabe erfolgt also von 2 Seiten: Privatisierung gegen Schul- bzw. Studiengelder für höhere Ansprüche; Übernahme durch „Lernfabriken“ für Mindeststandards.

Die Zulassung von immer mehr privaten Universitäten in Deutschland (in den USA waren sie es schon immer) liegt auf dieser Linie.

Ob die Befürchtungen von Attac in der bisher geäußerten Form zutreffen, wage ich noch nicht einzuschätzen: „Attac fürchtet ein Zweiklassensystem in der bundesdeutschen Bildung: Ausländische Unternehmen und Universitäten drängen auf den liberalisierten deutschen Markt und bieten für viel Geld attraktive Wirtschaftsstudiengänge an; finanzkräftige Studenten exilieren an diese Privat-Unis und kaufen sich dort gute Bildung, ihre weniger betuchten Kommilitonen bleiben außen vor.“, die General-Motors-Uni macht dann BWL, die staatliche Uni nur noch Soziologie.“ Die Zeit v. 28. 5. 03

Als „wohlfeiles Zündeln“, wie die Zeit-Redaktion die Befürchtungen von Attac abqualifiziert, würde ich das aber auch nicht bezeichnen.

Es ist wichtig, die Entwicklung im Bildungsbereich als gesellschaftliche Frage – auch als Machtfrage – zu begreifen und der Bevölkerung begreiflich zu machen. Die Polemik der bürgerlichen Medien, die das Problem als das überprivilegierten Lehrer darstellen (Schröder: „Faule Säcke“), ist auf jeden Fall falsch.

Kritik an den „Globalisierungsgegnern“
„Seit geraumer Zeit ist der Begriff ‚Globalisierung‘ aus der Fachterminolo-

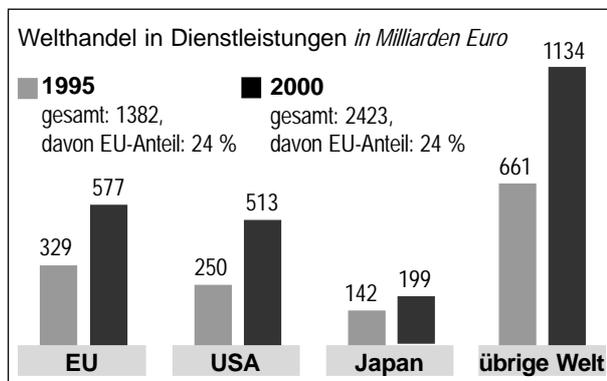


Bild 1

es zwar in Bayern noch bis 1919 – trotzdem galt die „allgemeine Schule“ als Fortschritt, als Verwirklichung der Ideen der Aufklärung. Die öffentlichen Grundschulen sichern (zumindest dem Anspruch nach)

notwendige Effizienzsteigerung keine weitere Begründung dafür, warum man die Berufsschulen übernehmen wolle, das heißt man will einsparen, abspecken, verschlanken usw.“ (Arbeiterpolitik v. 27. 11. 2002, S. 14)

gie ...in die Alltagssprache eingegangen ... Zugleich wird aber auch immer wieder das Bedürfnis nach Präzisierung der Bedeutung bekundet. ... Diese ist naheliegend, reicht der ausdrückliche oder implizite Wortgebrauch doch vom interessenbestimmten Ideologem zur Rechtfertigung aller Arten von Sozialabbau, über eine Ursachenbehauptung für alle aktuellen sozioökonomischen Problem- und Krisenphänomene bis zur Erweiterung zum Synonym für den gegenwärtigen Kapitalismus schlechthin. Am letzteren ist allerdings richtig, daß die Ausdehnung der räumlichen Dimension tendenziell unbeschränkter Wirtschaftsaktivitäten der gesamten ökonomischen Ökumene auf den Weltmaßstab, wie sie bereits Marx als ‚Tendenz, den Weltmarkt zu schaffen‘ erkannte, ‚im Begriff des Kapitals selbst unmittelbar gegeben ist‘. ‚Insofern muß, pauschal formuliert, die kapitalistische Produktionsweise als Voraussetzung, als das Übergreifende verstanden werden und Globalisierung als eine ihrer strukturell-funktionalen Tendenzen,‘ (K. G. Zinn)“

aus Hansgeorg Conert, Vom Handelskapital zur Globalisierung, S. 375/376

Daß eine heterogene Bewegung kein einheitliches Programm haben und auch nicht entwickeln kann, liegt auf der Hand. Doch einige weitergreifende Diskussionen zur Vereinheitlichung der Meinungsbildung (was Pluralität ja nicht ausschließt) könnten vielleicht verhindern, daß die Anti-Globalisierungsbewegung das Schicksal anderer Anti-Bewegungen teilt: Einige Jahre Aufschwung, Massenmobilisierung ohne inhaltliche Annäherung, Verfall und bestenfalls das Übrigbleiben einiger mehr oder weniger frustrierter „Kerne“. Anti-Nachrüstung, Anti-Notstands, Anti-Wiederaufrüstung sind nur einige Beispiele.

Ansätze zu inhaltlichen, tendenziell zu größerer Vereinheitlichung führender Auseinandersetzungen könnten sein:

Überwindung der Geschichtslosigkeit: Globalisierung ist kein neues Phänomen auch wenn sie in unserer Zeit ein bisher nicht gekanntes Ausmaß und damit eine neue Qualität erreicht. Ausgreifen über Ländergrenzen hinaus (den Weltmarkt zu schaffen, Marx) ist dem Kapitalismus immanent. Die ellenlangen Zitate in diesem Artikel haben

nicht nur den Zweck die geneigte Leserschaft zu nerven; sie sollen (wie unvollständig auch immer) Ansatzpunkte früherer Analysen aufzeigen.

Zusammenhänge herstellen:

Es mag schwierig sein, zwischen der Enteignung der Bevölkerung eines unterentwickelten Landes von ihren natürlichen Ressourcen (Wasser, Heilpflanzen usw.) und der Privatisierung eines Stadtwerkes in einem Industriestaat Zusammenhänge darzustellen. Für die Entwicklung einer kontinuierlichen Arbeit vor Ort **und** in internationalem Zusammenhang ist es aber notwendig. Großdemonstrationen zu G8-Gipfeln mögen zwar für die Teilnehmer sehr erhebend sein –derlei nutzt sich ab.

Globalisierung akzeptieren:

Der gegenwärtige Kapitalismus (die Entwicklung der Produktivkräfte) sprengt die Grenzen der Nationalstaaten ebenso wie der Frühkapitalismus mit den Resten feudaler Strukturen aufräumte. Eine Rückkehr zu nationalstaatlichen Formen – um Entscheidungen demokratisch beeinflussen zu können – ist anachronistisch (selbst wenn sie wünschenswert wäre). Worauf es ankommt ist, dem Bestreben nach bestmöglicher Kapitalverwertung möglichst enge Grenzen im Interesse der Lohnabhängigen und der Verbraucher zu setzen solange die Aufhebung des Kapitalverhältnisses noch nicht möglich ist. Das geht nur in internationaler Zusammenarbeit über Demonstrationen hinaus.

Genug der Vorschläge. Es wird voraussichtlich nicht viel nützen. Vielleicht bleiben von dieser Anti-Bewegung ein paar mehr und etwas weniger enttäuschte Überreste als von früheren Bewegungen. Das wäre schon viel.

Ausblick

Das gegenwärtige Tempo der Privatisierung, die fast einheitliche Medienpropaganda überrollen die traditionellen Organisationen der Arbeiterklasse ebenso wie die neuen „sozialen Bewegungen“. Letztere erwerben sich zwar Verdienste durch häufig sehr fundierte Recherche von Einzelercheinungen. Zu einer übergreifenden Analyse und darauf aufbauender Strategie sind sie ebenso wenig in der Lage wie die ersteren (z. B. Gewerkschaften).

In den bürgerlichen Medien ist Privatisierung eine heilige Kuh. Sie ist immer gut, fortschrittlich, macht das Leben leichter und billiger – man fühlt sich an das Märchen vom Schlaffenland erinnert. Gegen entgegengesetzte Erfahrungen ist diese Propaganda immun. Trotzdem müssen wir mit den bescheidenen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, gegen diese Märchenwelt die tatsächlichen Erfahrungen setzen. Diese sind: Preiserhöhungen, Versorgungsunsicherheit, Lohnkürzungen für die Beschäftigten in den Privatisierungsbetrieben, Personalabbau. Dies wird in verschiedenen Kombinationen angewandt. Anders kann es auch nicht sein. Die Profite, wegen derer privatisiert wird, fallen ja nicht vom Himmel und so viel Rationalisierungspotential gibt es auch in Staatsbetrieben schon lange nicht mehr.

Die unterschiedlichen Erscheinungsformen machen einheitliche Kampfformen schwierig bis unmöglich. Mit Protest- und (begrenzten) Solidaritätsaktionen werden GATS und weitere Privatisierung nicht verhindert werden können. Als Mittel zur Aufklärung der Lohnabhängigen und anderer Betroffener haben sie Sinn. Die kleine Minderheit der aktiven „Globalisierungsgegner kann sich nur so verbreitern und vielleicht sogar begrenzt vereinheitlichen. Faustregel: Widerstand ist immer sinnvoll.

Stand: 12. 8. 2003

Anzeige

**WERDET MITGLIED IN
DER ROTEN HILFE**



ROTE HILFE e.V.

Bundesgeschäftsstelle
Postfach 3255, 37022 Göttingen
Tel.: 0551 – 770 80 08 (Di. & Do. 15⁰⁰ – 20⁰⁰ Uhr)
Fax: 0551 – 770 80 09
bundesvorstand@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Kontonummer: 19 11 00 – 462
BLZ: 440 100 46
Postbank Dortmund

Ein Lehrstück in Sachen Demokratie Der Putsch in Chile vor 30 Jahren



Am 11. September dieses Jahres war der 30. Jahrestag des Militärputsches in Chile. Damals stürzte die Armee den Präsidenten Dr. Salvador Allende. Er war der erste Marxist, der im Rahmen einer bürgerlich-demokratischen Verfassung die Regierung eines kapitalistischen Landes übernehmen konnte. Wie viele andere auch wollen wir diesen blutigen Staatsstreich nicht in Vergessenheit geraten lassen. Droht doch die Erinnerung daran vom Gedenken an die Opfer der Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001 verdrängt zu werden. Bürgerlichen Kräften kommt diese Entwicklung entgegen. Haben doch ihre chilenischen Gesinnungsfreunde gezeigt, daß demokratische Grundsätze von ihnen manchmal eine seltsame Auslegung erfahren. Es dürfte einmalig in der Geschichte sein, daß ein Parlament das Militär zum Putsch und damit zu seiner eigenen Entmachtung aufgefordert hat. Das zeigt aber nur, daß im Klassenkampf andere Regeln gelten als die, die im Sozialkundeunterricht als das Wesen bürgerlicher Demokratie gelehrt werden.

Eine Linke, die den Übergang vom Kapitalismus zu einer sozialis-

tischen Gesellschaft anstrebt, darf im Gegensatz zu den übrigen politischen Strömungen der Gesellschaft den Militärputsch und vor allem die Regierungszeit Allendes nie vergessen. Damals hat die chilenische Linke gezeigt, daß es möglich ist in einer bürgerlichen Demokratie über die Sachzwänge einer kapitalistischen Ordnung hinauszugehen. Dadurch ist sie mit Problemen konfrontiert worden, für die sie keine Lösung gefunden hat und die die internationale Linke bis heute nicht beantworten kann. Möglicherweise kann der Neoliberalismus, der mit dem Putsch von Chile seinen Triumphzug um die Welt antrat, erst dann erfolgreich bekämpft werden, wenn das geleistet ist.

Zur Erinnerung: Im September 1970 hatte Salvador Allende als Kandidat der Unidad Popular (Volkseinheit) die Wahlen gewonnen. Sein Erfolg war das Resultat der Spaltung des bürgerlichen Lagers. Sowohl die Sozialdemokraten in Gestalt der Christdemokratischen Partei und die Rechte hatten eigene Bewerber ins Rennen geschickt. Sie konnten sich nicht, wie 1964, auf einen Einheitskandidaten verständigen. Der damals gewählte Christdemokrat hatte in seiner Amtszeit eine halbherzige Land-

reform begonnen. Die dazu notwendige parlamentarische Mehrheit holte er sich bei den Abgeordneten der Unidad Popular. Damit hatten sich in den Augen vieler Rechter die Christdemokraten mit den Kommunisten verbündet. Für sie war nun die Wahl eines christdemokratischen Bewerbers undenkbar.

Diese Ausgangslage kam der Linken zugute. Sie hatte schon seit den 50er Jahren den Sozialisten Allende als gemeinsamen Kandidaten bei Präsidentschaftswahlen aufgestellt. Diese Allianzen firmierten unter wechselnden Namen hatten aber als Basis die Zusammenarbeit zwischen Sozialistischer und Kommunistischer Partei. Dazu kamen weitere kleinere linke und radikaldemokratische Parteien. Nur der sich an modifizierten Ideen Che Guevaras orientierende MIR (Bewegung der Revolutionären Linken) blieb außerhalb, rief aber zur Stimmabgabe für Allende auf.

Im Gegensatz zu anderen unter der Bezeichnung sozialistisch firmierenden Politikern hat Allende tatsächlich versucht sein Programm umzusetzen. Seine Regierung hat einige Erfolge aufzuweisen, obwohl sie keine parlamentarische Mehrheit besaß.

Die Kupferminen wurden nationalisiert, die Landreform forciert, Banken verstaatlicht und durch ihre Wirtschaftspolitik sank die Arbeitslosigkeit auf 3,1 %. Diese niedrige Rate war in Chile bis dahin noch nie und ist seitdem auch nie mehr erreicht worden. Allendes wohl bekannteste Maßnahme ist aber die Ausgabe von täglich einem halben Liter Milch an jedes Kind. Diese Politik ist in Chile unvergessen. In den unteren Klassen steht Allende für eine Zeit, in der niemand Hunger hatte.

Die Einschränkung seiner Bewegungsfreiheit konnte das nationale und internationale Kapital nicht hinnehmen. Sie taten alles um Allende wieder loszuwerden. Gleich von Anfang an wurden alle legalen und illegalen Möglichkeiten, einschließlich eines Putsches, ins Auge gefaßt. Nachdem sein Amtsantritt nicht verhindert werden konnte, wurden ihre Pläne Schritt für Schritt umgesetzt. Eine der Maßnahmen zur Zerrüttung der chilenischen Ökonomie war der Verkauf von strategischen Kupfervorräten der USA. Damit fiel der für Chile wichtige Kupferpreis von 0,85 \$ pro Kg auf 0,49 \$. Auf der anderen Seite wurden ultrarechte Gruppen finanziert, die eine bürgerkriegsähnliche Situation herbeiführten.

Doch nicht nur das Kapital bereitete Allende Probleme. Sein Regierungsantritt löste bei einem Teil seiner Anhänger eine revolutionäre Dynamik aus. Sie gingen weiter als es der legale Rahmen zuließ. So streikten Arbeiter für die Sozialisierung ihrer Betriebe und Landarbeiter besetzten Güter, die nicht unter das Landreformgesetz aus christdemokratischer Zeit fielen. Dagegen ging Allende nicht so vor, wie es in bürgerlichen Gesellschaften normalerweise üblich ist. Das brachte ihm von seinen Gegnern den Vorwurf ein, gegen die geltenden Gesetze zu verstoßen. Doch er bewegte sich damit in dem Ermessensspielraum den Gesetze normalerweise vorsehen. In kapitalistischen Gesellschaften profitieren davon aber meist nur Unternehmer und staatstragende Politiker.

Diese Differenzen innerhalb der

sozialistischen Bewegung verstärkten sich mit der Zunahme gewalttätiger Aktionen der Rechten. Ein Teil, politisch repräsentiert durch den MIR, wollte den von Allende eingeleiteten Prozeß durch das Voranschreiten hin zur bewaffneten sozialistischen Revolution verteidigen. Dagegen stand die Position: „Das Erreichte sichern.“ Durch eine Verständigung mit den Christdemokraten sollte ein Staats-



streich verhindert werden. Hauptvertreter dieser Richtung war die KP. Die Christdemokratie tat sich aber mit der Rechten zusammen. Dieser Block, man muß es sagen auch wenn es uns Linken nicht gefällt, repräsentierte eine Mehrheit der chilenischen Bevölkerung. Er verabschiedete im August im Abgeordnetenhaus eine Erklärung, in der das Militär zum Einschreiten aufgefordert wurde. Nicht gerade eine demokratische Art und Weise einen ungeliebten Präsidenten loszuwerden. Sie hätten nur drei Jahre warten müssen um die Regierung Allende abzuwählen. Das hätte vielen Menschen, darunter auch Christdemokraten, das Leben gerettet. Dieses Verhalten sollte man immer im Hinterkopf haben, wenn von Rechts vermeintlich oder tatsächlich undemokratische Vorgänge in Ländern wie Cuba oder Venezuela kritisiert werden. Sie haben nämlich nur ein instrumentelles Verhältnis zur Demokratie. Solange sie ihnen einen Vorteil verschafft, ist sie gut! Wendet sich aber der demokratische Willensbildungsprozeß gegen ihre Interessen haben sie nichts gegen ihre Abschaffung.

Allende wollte mit einem Referendum das drohende Eingreifen der Streitkräfte abwenden. Dafür sollte sein Regierungsprogramm dem chi-

lenischen Volk zur Abstimmung vorgelegt werden. Nach Lage der Dinge wäre er unterlegen. Das Lager der Unidad Popular hat bei keiner überregionalen Wahl jemals die 50 % Marke übersprungen. Doch hätte diese Niederlage der Linken geholfen sich halbwegs geordnet zurückzuziehen. Allende hätte so auf eine vermittelbare Weise zurücktreten können. Doch eine Rückkehr zum Status quo ante wollten seine Gegner nicht. Allende teilte am 10. September den Generälen, die er als Zugeständnis an die Christdemokraten in sein Kabinett aufgenommen hatte, seinen Entschluß zum Referendum mit. Sie überredeten ihn, die öffentliche Bekanntgabe um einen Tag aufzuschieben. Doch die Bevölkerung sollte diese Entscheidung Allendes erst sehr viel später erfahren. In der kommenden Nacht lösten die Putschisten den, eigentlich erst für die

nächste Woche geplanten, Staatsstreik aus. Der Präsidentenpalast wurde bombardiert, Allende starb und mit ihm 3 bis 4-tausend seiner Anhänger. Die damals beginnende Diktatur unter Pinochet sollte 17 Jahre dauern und das Land grundlegend verändern.

In der Linken gibt es große Unterschiede bei der Bewertung der Person und der Politik Allendes. Sie reicht von seiner Einordnung als Revisionist über die Etikettierung als Reformist bis zur Wertschätzung als aufrechter Revolutionär. Allende als Revisionisten zu bezeichnen ist eine Unverschämtheit. Damit positionieren sich ihre Vertreter eigentlich außerhalb der Reihen der sozialistisch/kommunistischen Bewegung. Schließlich ist kein klassischer Revisionist im politischen Kampf für den Sozialismus gefallen.

Über die Wertungen Reformist oder Revolutionär läßt sich ausgiebig streiten. Vorausgesetzt daß unter Reformist eine Person verstanden wird, die mit Reformen zu einer sozialistischen Gesellschaft gelangen will. Aber häufig versteht man darunter jemanden, der seinen Frieden mit dem Kapitalismus gemacht hat und nur dessen Auswüchse eindämmen möchte. Und das wollte Allende nicht!

Da es in der Geschichte kein Beispiel gibt, wie man von einem bürgerlichen Parlamentarismus zu einer sozialistischen Gesellschaft gelangt, ist diese Auseinandersetzung eigentlich überflüssig. Niemand weiß wie groß der Anteil von reformistischen und revolutionären Maßnahmen bei so einem Übergang sein wird. Das was wir wissen ist folgendes: Allende und die chilenische Linke haben versucht den Kapitalismus zu überwinden. Sie sind gescheitert. Die Probleme, die dabei sichtbar geworden sind, müssen von allen Sozialisten ernsthaft diskutiert werden. Es reicht nicht aus Allende vorzuwerfen, daß er das Volk nicht bewaffnet hat. Man

muß dann schon konkret sagen, wie er es hätte machen sollen.

Die wichtigsten Fragen die sich aus der chilenischen Erfahrung für die Linke stellen sind:

- Wie verhindert man eine anti-sozialistische Blockbildung zwischen den Rechten und dem sozialdemokratischen Teil der Gesellschaft?

- Wie kann man die bewaffneten Organe des Staates in die Handlungsunfähigkeit treiben, so daß sie nicht mehr gegen die Linke einsetzbar sind?

- Wie organisiert man einen erfolgreichen gesellschaftlichen Rückzug wenn deutlich wird, daß der Gegner noch zu stark ist, ohne dabei den

Teil der sozialistischen Bewegung der Repression auszuliefern, der Richtung Revolution vorwärts stürmen will?

Ob sich die deutsche Linke diese Fragen stellt und welche Antworten sie hat, werden wir im nächsten Heft bei einer Betrachtung der zu diesem Anlaß veröffentlichten Texte sehen.

Dieser Rückblick konnte nur auf einige wenige Ereignisse aus Allendes Regierungszeit eingehen. Wer tiefer in das Thema einsteigen möchte, dem sei die Chile-Serie in den Ausgaben der Arbeiterstimme Nr. 121 bis Nr. 124 empfohlen.



China – gestern und heute

1. Einleitung

Es ist einige Zeit her, daß China für die Linke hierzulande, wie auch international, ein Thema war. In den 70ern bezogen sich viele positiv auf das maoistische China, dessen Kulturrevolution und „permanenten Klassenkampf“. Im Gegensatz zur Sowjetunion, die auch nach Stalin vom Bürokratismus und Führungsanspruch geprägt war, erschien manchen China als ein Land, das auf dem Weg zum Kommunismus sei. Nach außen formulierte China seine Opposition zum sogenannten „Sozialimperialismus“ der SU sowie die Solidarität gegenüber den „Weltdörfern“ der „Dritten Welt“ und nach innen wurde ein hohes Maß an Kollektivismus praktiziert, begleitet von regelmässi-

gen Kampagnen zur Überwindung feudaler, bürgerlicher und bürokratischer Denkweisen.

30 Jahre später wird China wieder zum Thema: Jedoch nicht aufgrund seiner Ausstrahlungskraft auf die weltkommunistische Bewegung, sondern wegen seiner mittlerweile großen Bedeutung für die Weltökonomie. Während Kapital-Jongleure schon seit Jahren ganz praktisch und profitabel die neuen Möglichkeiten im „Reich der Mitte“ nutzen, sind sich Linke uneins über den Charakter des Landes, das unter Führung einer kommunistischen Partei marktwirtschaftliche Wachstumserfolge feiert. Handelt es sich um einen bürokratisch gelenkten Konkurrenzkapitalismus, dessen momentan erfolg-

reiches Modell der Exportindustrialisierung zusammenbrechen wird¹ oder um „die Anfangsphase des Sozialismus mit vielen Elementen vorsozialistischer Verhältnisse“, die wirtschaftlich und gesellschaftlich erfolgreich verläuft und der „Kommunisten, alle aufrechten Linken“ ihre „Solidarität, Sympathie und besten Wünsche“ nicht versagen sollten?²

Angesichts des politisch eingeschränkten Nachrichten- und Informationsflusses aus China und der allgemeinen Distanziertheit, die man als Europäer zu diesem Thema mitbringt, kann es im Folgenden nur um eine Annäherung gehen. Viele Sachverhalte und Bewertungen des nachrevolutionären China sind aufgrund des historischen Abstands eher un-

strittig. Sie werden in Umrissen dargestellt um daran anknüpfend die Mosaiksteine aktueller Entwicklungen zusammenzutragen.

2. 1949-1966

Die chinesische Revolution, die offiziell am 1. Okt. 1949 in die von Mao am Tian-an-men-Platz proklamierte „Volksrepublik China“ mündete, war keine Revolution lohnabhängiger ArbeiterInnen sondern eine der Bauernschaft.

Im April 1927 wurde die proletarische Linke, als sie im Begriff war, von Shanghai ausgehend, revolutionäre Regierungen in den größeren Städten zu bilden von den Truppen der verbündeten Guo-Min-Dang (GMD) und mit Duldung der westlichen Mächte niedergeschlagen. Während in den Folgejahren die kommunistische Bewegung in den Städten praktisch ausgerottet wurde, organisierte eine Fraktion um Mao Zedong die im Vergleich zum kleinen Proletariat Chinas (3 Mio.) riesige Bauernschaft (400 Mio.).³

Es gelang, trotz unbeschreiblicher Entbehrungen und Opfer eine Rote Armee aufzubauen, diese auf dem legendären „Langen Marsch“ schließlich nach Shaanxi zu führen und dort eine Räterepublik und revolutionäre Festung inmitten des von den GMD beherrschten Chinas zu errichten.

In einem erneuten Bündnis mit den Truppen der GMD gewannen die chinesischen Kommunisten und Kommunistinnen den Kampf gegen Japan und sahen sich ein Jahr nach dessen Kapitulation im August 1945 in einem Bürgerkrieg mit den von den siegreichen Westmächten sowie der Sowjetunion unterstützten GMD. Nach drei Jahren Bürgerkrieg mußten die GMD Festland-China räumen und zogen sich nach Taiwan unter US-amerikanische Obhut zurück.

Die Hinwendung der KPCh zur Bauernschaft und die Politik der Einkreisung der Städte hatte sich als erfolgreich herausgestellt. Rund 20 Jahre nach der Niederschlagung der Arbeiterbewegung hatte die Bauernbewegung unter der Leitung der KPCh nicht nur im Bündnis mit den GMD die japanischen Invasoren besiegt, sondern auch die Macht im bevölkerungsreichsten Land der Erde übernommen.

2.1. Die Revolution von 1949

Daß die Revolution von 1949 keine sozialistische sein konnte, hatte Mao bereits 1940 in seiner Schrift „Über die neue Demokratie“ dargelegt. Erst müssten die feudalen Besitzverhältnisse auf dem Land sowie die ausländische Herrschaft überwunden werden.⁴

So wurde in einer Landreform der Grund der Landlords an die kleinen Bauern verteilt, von denen nun jeder Kleineigentümer wurde. Die jahrtausendelange Herrschaft der Gentry kam an ihr Ende.⁵

In den Städten wurden Banken und Großunternehmen verstaatlicht, kleine und mittlere Unternehmen blieben jedoch im Besitz der nationalen Bourgeoisie.

In den ersten Jahren der Volksrepublik wurde also Privateigentum an Produktionsmitteln nicht nur zugelassen sondern auch als Motor einer nachholenden bürgerlichen Entwicklung begriffen.

Die im Oktober 1953 verkündete „Generallinie für den Übergang zum Sozialismus“ sah einen allmählichen, 15 Jahre dauernden Übergang zum Sozialismus vor und beinhaltete den ersten Fünf-Jahres-Plan, der sich stark an das sowjetische Modell einer rapiden Industrialisierung anlehnte. Die Sowjetunion und andere Staaten des Ostblocks lieferten in dieser Zeit um die 200 Betriebe und schufen damit „das Rückgrat der chinesischen Industrialisierung“.⁶ Zwar führte dies zu enormen Wachstumsraten industrieller Produktion (ca. 18%⁷), ließ jedoch die Entwicklung der Landwirtschaft stagnieren.

2.2. Der Große Sprung

Mit der Politik des „Grossen Sprungs“ sollte diese Stagnation überwunden und das Bauerntum völlig neu geordnet werden. Alle Bauern und Bäuerinnen wurden in 25.000 Volkskommunen organisiert, die neben landwirtschaftlicher Produktion nun vor allem die Erzeugung von Stahl mittels kleiner Schmelzöfen zur Aufgabe bekamen. Dieser Versuch, das Bauerntum in große Einheiten kollektivistischer Agrar- und Industrieproduktion zu überführen scheiterte vollends. Die landwirtschaftliche Produktion erlahmte, während sich überall Stahlberge türmten. 40 Millionen Menschen star-

ben in diesen Jahren u.a. an den Folgen dieser Politik, zumeist an Hunger.

2.3. Der Kurswechsel von 1960

Die chinesische Regierung reagierte auf diese Katastrophe mit einer Aushöhlung der Volkskommunen (die weit kleineren Produktionsgruppen erhielten nun viele entscheidende Funktionen), Wiedereinführung privater Landbewirtschaftung und leistungsbezogener Löhne (z.B. Akkord), was insgesamt zu wachsenden sozialen Ungleichheiten führte.

Ähnlich der Entwicklung in der Sowjetunion entstand ein bürokratischer Apparat unter der Dominanz der KPCh, der sich streng hierarchisch über das ganze Land ausbreitete.⁸

2.4. Die Kulturrevolution

Die zunehmende Bürokratisierung wurde immer deutlicher und 1966 kam es zu offenen Beschuldigungen gegen hohe Parteimitglieder und Funktionäre, sie wären konterrevolutionär, revisionistisch und würden „den kapitalistischen Weg gehen“. Mao setzte sich an die Spitze der Kritiker und inszenierte, getragen von weiten Kreisen der Partei und Armee, die Kulturrevolution. Sie sollte reaktionäre, bourgeoise Autoritäten bekämpfen, alte Sitten und Gewohnheiten überwinden und diejenigen Funktionäre der KPCh stürzen, die „den kapitalistischen Weg eingeschlagen hätten.“⁹ Nach dem Vorbild der Pariser Kommune von 1871 sollten revolutionäre Komitees und Räte die Städte regieren.

Millionen von Rotgardisten überzogen daraufhin die Städte Chinas mit agitatorischen und physischen Angriffen auf „rechte Abweichler“ und feudale Kultur. Die Bewegung entglitt jedoch und Mao konstatierte: „Die Roten Garden spalten sich ..., im Sommer waren sie revolutionär, im Winter sind sie konterrevolutionär geworden ... jetzt breitet sich der Anarchismus aus, alles wird in Zweifel gezogen, alles wird umgestürzt, ... so geht das nicht.“¹⁰

Die Kommune von Shanghai wurde aufgelöst und die Volksbefreiungsarmee ging gegen die Roten Garden vor. Am Ende waren 400.000 – 500.000 Tote zu verzeichnen, 12 Mil-

tionen jugendliche Aktivisten wurden zur Umerziehung aufs Land geschickt, die Kulturrevolution wurde dennoch für erfolgreich beendet erklärt.

Nach dem Großen Sprung scheiterte so der 2. grossangelegte Versuch, mit einer Massenkampagne kommunistische Prinzipien gegen die Entwicklungsdynamik der politischen Ökonomie durchzusetzen.

Mao mußte zwar nicht wie nach der Katastrophe des Großen Sprungs ins zweite Glied zurücktreten, konnte jedoch auch nicht verhindern, daß der Voluntarismus der permanenten Revolution mittels Massenkampagnen an sein Ende kam. Nach 20 Jahren war dieser politische Ansatz praktisch und theoretisch erledigt.

Die ökonomische Bilanz des nachrevolutionären Chinas bis in die 70er Jahre war uneinheitlich. Die immer neuen Massenkampagnen und Versuche einer sprunghaften Entwicklung führten zu erheblichen Akkumulationsschwankungen, rüttelten jedoch nicht an der generellen Industrialisierung der chinesischen Gesellschaft. Entsprechend dem Vorbild des stalinschen Akkumulationsmodells, holte sich der Staat vom Bauerntum durch Kollektivierung und staatliche Getreideabnahme bei festgesetzten, niedrigen Preisen das bäuerliche Mehrprodukt und verwendete es zum Aufbau der Industrie.

Mitte der 70er Jahre produzierte China Lastwagen und schwere Traktoren, Hochseeschiffe und Jet-Flugzeuge. Der Anteil der Industrie am materiellen Nettoprodukt Chinas betrug bereits 50%, der der Landwirtschaft nur noch 34%. 78% der Industrieunternehmen waren staatlich, 22% waren Kollektiv- bzw Kommunalunternehmen.¹¹

Die Situation auf dem Land war hingegen bescheiden: Die Getreideproduktion hatte sich im Vergleich zu 1957 nicht erhöht, Bauern und Bäuerinnen verzeichneten keine materiellen Verbesserungen trotz erhöhter Arbeitszeit.

2.5. Eingliederung Chinas ins Weltssystem

Außenpolitisch war China bis 1970 weitgehend isoliert. War bereits 1960 der Bruch mit der Sowjetunion vollzogen worden, erreichte 1969 die Einschätzung des „sozialimperialis-

tischen“ Nachbarn als Feind seinen Höhepunkt. Dies führte zu einer Annäherung an die USA und auch Japan und infolgedessen vor dem Hintergrund der US-amerikanischen Niederlage in Vietnam zur Aufnahme in die UNO anstelle Taiwans. China wurde dabei ständiges Mitglied des Sicherheitsrats mit Vetorecht.

Die Abnabelung Chinas von der UdSSR führte auch praktisch zur Aufgabe jeglichen Außenhandels, mit dem Ergebnis, daß China 1975 zwar wirtschaftlich wenig entwickelt, aber völlig frei von Auslandsschulden war.

3. 1978-1997

3.1. Die Wende nach Mao

Nach dem Scheitern der Kulturrevolution, der Stagnation in der Landwirtschaft und 20 Jahren fortwährender Kampagnen, die die Bevölkerung stark forderten, drängten die Verhältnisse nach neuen politischen und ökonomischen Akzenten. Es dauerte einige Jahre bis sich nach dem Tod Maos eine neue Linie in der KPCh etablieren konnte, deren Leitlinie nicht mehr die Erziehung des Menschen nach einem Ideal kollektiven bäuerlichen Lebens war, sondern die kontinuierliche Entwicklung der nationalen Produktivkräfte. Unter der neuen Führungsfigur Deng Xiao Ping nahm die 3. ZK-Vollversammlung offiziell Abschied von der Politik des „permanenten Klassenkampfes“ und proklamierte stattdessen eine Politik der „4 Modernisierungen“, d.h. Modernisierung von Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft & Technik sowie der Armee.¹²

3.2 Privatisierung der Landwirtschaft

Für die Landwirtschaft bedeutete Modernisierung zunächst eine Rückkehr zur privaten Bewirtschaftung. Die Volkskommunen wurden aufgelöst und Familien erhielten Nutzungsrecht über eine bestimmte Anbaufläche, jedoch kein Eigentumsrecht¹³. Was über die festgesetzte Menge an Erzeugnissen, die an den Staat zu liefern war, hinausging, konnten Bauern und Bäuerinnen frei verkaufen.

Die landwirtschaftliche Produktion explodierte und wuchs jährlich um mehr als 9%.

Die Landnutzungsrechte konnten ab 1988 auch verkauft und vererbt werden, was der Einführung des Privateigentums an Grund und Boden schon sehr nahe kam.

3.3. Ländliche Industrialisierung

Auch die Industrieproduktion auf dem Lande wurde dereguliert und die Möglichkeit zur Konsumgüterproduktion gegeben. Die Verantwortung für Produktion und Rentabilität wurde vorsichtig nach unten, d.h. auf Provinz-, Kommunal- oder Betriebsebene verlagert und damit dezentralisiert. Parallel zur Entwicklung der Landwirtschaft wuchs so auch die ländliche Industrie rasch, vor allem in den Küstenprovinzen. Die Privatisierung der Landwirtschaft setzte ein Heer an Arbeitskräften frei, die nun häufig in der Baustoff- oder Textilproduktion wie auch in Dienstleistungsunternehmen eine neue Verwendung fanden. Der Zwang wie auch die Möglichkeit für Städte und Gemeinden mittels eigener Unternehmen zumindest teilweise in die eigene Tasche zu wirtschaften etablierte ein System frühindustrieller Konkurrenz. Forciert wurde diese Entwicklung durch die Zulassung privater Unternehmen 1984, die zwar nur 7 Beschäftigte erlaubte, ihrerseits aber lediglich die Legalisierung des Status Quo war und als solche die weitere, oft verdeckte, Ausweitung der Betriebsgrößen privater Unternehmen nicht verhindern konnte.¹⁴

3.4. Städtische Entwicklung

Entsprechend der Einführung von Wettbewerbsmechanismen auf dem Lande vollzog sich die Wandlung in den Städten: Das duale Prinzip der Führung von Staatsunternehmen, nach dem jedem Betrieb eine Produktions- und eine Parteileitung vorstand, wurde vorsichtig aber zielgerichtet aufgegeben. Die Betriebe sollten sich zusehends an rein ökonomischen Gesichtspunkten orientieren und ihre sozialen Funktionen wie das Ausbezahlen einer Rente oder die Bereitstellung von Wohnraum, abbauen.

Staatsunternehmen wurden allmählich in ihre eigene betriebliche Verantwortung entlassen, mit der Gewinnerzielungsmöglichkeit auf

der einen und dem drohenden Bankrott auf der anderen Seite.

Auch in den Städten wurde die Tendenz zu wachsenden Privatunternehmen zugestanden, die Begrenzung auf 7 Beschäftigte 1988 aufgehoben.

3.5. Öffnung nach außen

Um die Modernisierung Chinas in dem gewünschten Maße vorantreiben zu können, mußten ausländisches Kapital sowie führende Standards in Wissenschaft und Technik ins Land geholt werden. 1979 wurden dazu zunächst 4 Sonderwirtschaftszonen eingeführt, in denen es ausländischem Kapital ermöglicht wurde, die günstigen chinesischen Produktionskosten zu nutzen. Bald schon wurden 14 weitere SWZ eingerichtet und von einer zwingenden chinesischen Beteiligung im Rahmen von Joint-Ventures abgesehen. Die Küstenregion entwickelte sich in den 80ern so zu einer verlängerten Werkbank Hongkongs und Taiwans, die ihre arbeitsintensiven Produktionen im Textil- und Konsumgüterbereich nun von den billigen chinesischen Nachbarn erledigen liessen.

1986 stellte China bei der GATT-Runde einen Aufnahmeantrag, wurde jedoch abgewiesen.

Die für die Modernisierung erforderlichen Investitionen in Planung, Infrastruktur usw. wurden über Kredite bei japanischen und anderen ausländischen Banken finanziert und China avancierte zum größten Darlehensnehmer der Weltbank.¹⁵ Das Außenhandelsvolumen stieg von 21 Mrd. \$ im Jahre 1978 auf 325 Mrd. \$ im Jahre 1997.¹⁶

3.6. Allgemeine Entwicklung in den 80ern

Nachdem das Experimentieren mit Sonderwirtschaftszonen, privater Landwirtschaft und Wettbewerb aus Sicht der chinesischen Führung erfolgreich verlief, d.h. zur gewünschten Modernisierung beitrug und überdies die materiellen Verhältnisse der chinesischen Bevölkerung allgemein verbesserte, wurde der Kurs beibehalten und intensiviert. In den Städten etablierten sich teils kilometerlange Bauernmärkte, ehemals graue Kleinstädte an der Küste mauserten sich zu glitzernd-sterilen Hochhausburgen und hunderttau-

sende von Studenten und Studentinnen gingen nach USA, Japan und andere westliche Länder um von dort als Betriebswirte und Ingenieure kapitalistischer Prägung heimzukehren.

Doch mit Einführung marktwirtschaftlicher Elemente und Einbindung ins kapitalistische Weltsystem kamen auch neue soziale Widersprüche. Auf dem Lande setzte die Privatisierung der Landwirtschaft Arbeitskräfte frei, die in diesem Ausmaß auch von der stark wachsenden ländlichen Industrie nicht aufgefangen werden konnten. Und wer einen Job in einem der ländlichen Unternehmen ergatterte, lebte „in einer frühkapitalistischen Welt des hire and fire“¹⁷. In den Städten kamen viele der Staatsunternehmen in die Krise. Soziale Funktionen gerieten ihnen zum immensen Konkurrenznachteil, das Lohnniveau der ehemals privilegierten Staatsarbeiterschaft sank bzw. Löhne oder andere Sozialleistungen konnten gar nicht mehr bezahlt werden. Gleichzeitig entstand eine neue Klasse an Emporkömmlingen, die sich als Partei-, Gemeinde- oder Stadtfunktionäre Filetstücke unter den Nagel rissen und Karrieren als Kapitalisten begannen.

So breitete sich allmählich Unzufriedenheit unter den Beschäftigten der Staatsbetriebe und auch unter den StudentInnen aus. Die Aufrechterhaltung der repressiven Herrschaft der KPCh ließ eine „Demokratiebewegung“ entstehen, die an dem Führungsanspruch der 40-Millionen-Mitglieder-Partei rüttelte. Die chinesische Regierung ging jedoch entschlossen gegen die Bewegung vor, nachdem der nationale Volkskongress bereits 1980 die in der Verfassung von 1978 gewährten „4 Freiheiten – Redefreiheit, Pressefreiheit, Demonstrations- und Streikrecht“ wieder aufgehoben hatte¹⁸.

Studentendemonstrationen für eine von der KP unabhängige studentische Vertretung wurden unterdrückt, kamen jedoch Ende der 80er umso stärker wieder hoch. Im April 89 demonstrierten zunächst 80.000, danach 300.000 und schließlich am 17.Mai 1 Mio. am Platz des Himmlischen Friedens. Viele Enttäuschte und durch die Modernisierung Deklassierte wie die ArbeiterInnen der Staatsunternehmen solidarisierten sich mit den StudentInnen. Wie in der

Sowjetunion sah sich der bürokratische Apparat einer enormen Mobilisierung auf der Strasse gegenüber. Als die 27.Armee den Platz des Himmlischen Friedens von protestierenden StudentInnen räumen sollte blockierte die Pekinger Bevölkerung die Zufahrtsstraßen. Anders als die 38.Armee, die sich geweigert hatte, auf die widerständige Bewegung zu schießen, bahnte sich die 27. Armee einen blutgetränkten Weg zum Platz des Himmlischen Friedens, nicht ohne selbst erhebliche Verluste erlitten zu haben. Die Ereignisse am Platz des Himmlischen Friedens, die weltweit als „Tiananmen-Massaker“ bekannt wurden, schildert Konrad Seitz, ehemaliger deutscher Botschafter in China, Berater von Genscher und sicher kein Freund der KPCh wie folgt: *„Ob Menschen auf dem Platz starben und – falls das zutrif – wie viele starben, ist bis heute umstritten. Die chinesische Regierung behauptet, auf dem Platz selbst sei niemand getötet worden. Viele westliche Beobachter stimmen dieser Behauptung zu, andere wollen vereinzelte Tote gesehen haben. Falsch ist jedenfalls die bis heute im Westen verbreitete Vorstellung, die die ersten Presse- und Fernsehberichte erzeugten, dass auf dem Platz Hunderte, wenn nicht Tausende Studenten niedergeschossen und von Panzern in ihren Zelten zermalmt wurden. Das ‚Tiananmen-Massaker‘ fand außerhalb des Platzes statt – dort, wo sich die Bevölkerung Pekings der Armee entgegenwarf, um ihr Vordringen zum Platz zu verhindern. Hier starben Hunderte. Fast alle waren Arbeiter und einfache Pekinger Bürger, keine Studenten.“*¹⁹

Mit der Niederschlagung des Protests hatte die chinesische Regierung die innenpolitische Krise überstanden. Jedoch folgten einige Jahre außenpolitischer Isolierung, die zu überwinden nicht allzu schwer fiel. Waren doch gerade jene Mächte besonders an den Märkten Chinas interessiert, die das Embargo gegen China am lautesten proklamierten. Zunächst begann China 1991 eine Zusammenarbeit mit der ASEAN (Association of South East Asian Nations)²⁰ und in den folgenden Jahren normalisierten sich auch die Beziehungen zu den westlichen Staaten wieder.

Die ideologische Ausrichtung der KPCh befand sich im Sog des

Modernisierungserfolges, die Entwicklung der Produktivkräfte wurde zum alles dominierenden Maßstab. Zhao Ziyang, damals Generalsekretär der KP, formulierte auf dem 13. Parteitag 1987 den Weg zu einem Sozialismus „chinesischer Prägung“: *„Die Produktivkräfte zu entwickeln ist zu unserer zentralen Aufgabe geworden. (...) Was immer ihrem Wachstum förderlich ist, stimmt überein mit den fundamentalen Interessen der Menschen und ist daher für den Sozialismus notwendig und darf sein. Umgekehrt steht, was immer dem Wachstum der Produktivkräfte abträglich ist, im Widerspruch zum wissenschaftlichen Sozialismus und darf daher nicht sein. (...) Das neue System muss ein System sein, in dem der Staat den Markt reguliert und der Markt die Unternehmen leitet. (...) Sozialismus bedeutet das Vorherrschen des öffentlichen Eigentums, er hat nichts mit der Frage zu tun, mit welchen wirtschaftlichen Instrumenten die Allokation der Ressourcen geregelt wird.“*²¹

1997 war die Zurichtung der Theorie bereits soweit fortgeschritten, daß auf dem XV. Parteitag die mittlerweile praktizierte Umwandlung von Staats- und Kollektivunternehmen in Aktiengesellschaften als Elemente einer frühsozialistischen Gesellschaft durchgingen, indem auch gestreuter Aktienbesitz großzügig als Gemeineigentum definiert wurde.²² Die nicht mehr zu leugnenden sozialen Verwerfungen kommentierte Jiang Zemin auf eine Art, die auch zum Repertoire von Schröder, Blair und anderer Neoliberaler gehört: *„Die Unternehmensreform wird einen Teil der Arbeiter in zeitweilige Schwierigkeiten bringen. Aber sie fördert die wirtschaftliche Entwicklung und entspricht so den langfristigen Interessen der Arbeiterklasse. (...) Alle Arbeiter müssen ihre Vorstellungen von einer idealen Stelle verändern und ihre eigene Qualifikation verbessern, um den neuen Anforderungen der Reform und Entwicklung gerecht zu werden.“*²³

Auch ökonomisch setzte sich die Entwicklung in den 90ern fort. Durch weitere Öffnung der Märkte strömte zusehends Kapital auch aus den westlichen Staaten nach China. Investiert wurde zwar immer noch in arbeitsintensive Branchen wie Textil- und Konsumgüterindustrien aber auch zunehmend in die Automobilproduktion und in Hochtechnologie.

Die Wachstumsraten des chinesischen BSP lagen durchschnittlich bei 8-9% (siehe Tabelle Seite S.298/299)²⁴ und der Anteil der absolut Armen an der Bevölkerung ging von 25% im Jahre 1978 auf 6% im Jahre 1997 zurück²⁵. Mit einem BIP von 900 Mrd. \$ rangierte China 1997 hinter Italien auf Platz 8 weltweit. Umgerechnet auf das pro-Kopf-Produkt war China jedoch zu diesem Zeitpunkt, und daran hat sich bis heute nichts wesentlich geändert, ein „Entwicklungsland“.

Mitte der 90er war die Boomphase jedoch vorbei, die Wachstumsraten fielen von 14 auf immer noch stattliche 6% und die Asienkrise 1997 versetzt der Euphorie einen weiteren Dämpfer: Der asiatische Absatzmarkt bricht um 25% ein, japanische Banken ziehen ihre Kredite ab und die Aktien chinesischer Staatsunternehmen fallen an der Hongkonger Börse um 80%²⁶. Zu diesem Zeitpunkt belaufen sich die Auslandsschulden chinesischer Staatsbanken auf 300 Mrd.\$.

Zur Aufrechterhaltung des Wachstums ging die chinesische Regierung zu einer Politik des deficit spending über und startete, zunächst auf drei Jahre befristet, umfangreiche Infrastrukturprojekte und investierte in Energie- und Dorfwirtschaft und in die Telekommunikation. Gleichzeitig gab der Staat etwa die Hälfte seiner 300.000 Staatsunternehmen auf bzw. wandelte sie in Aktiengesellschaften um, wobei er in der Regel die Mehrheit der Aktien behielt.

Zwar gelang es so, das Wachstum bei 6-7% zu stabilisieren, doch die Widersprüche zwischen Stadt und Land, Küste und Westchina sowie zwischen Arbeit und Kapital vertieften sich.

4. China heute

„Das durchschnittliche Lebensniveau der städtischen Bevölkerung ist sechsmal so hoch wie das der ländlichen. In den Städten wiederum hat sich der Abstand zwischen den 20% Haushalten mit den höchsten und den 20% Haushalten mit den niedrigsten Einkommen seit den 90er Jahren fast versechsfacht. In Wirklichkeit dürften diese Unterschiede noch größer sein, da im großen Ausmaß verdeckte Einkommen existieren“.

Nach Japan verfügt China heute über die zweitgrößten Devisenre-

serven der Welt. „2002 wurden über 50 Milliarden Dollar ausländisches Kapital in China investiert (das 13-fache von 1989). Damit verdrängte China die USA vom Platz 1 in der Welt. In Peking wird das Land nun als ökonomische Großmacht gesehen, die sich seit 1990 in der Welt vom zehnten auf den sechsten Platz (Einschätzung der Weltbank) und unter den Entwicklungsländern auf Platz 1 vorgeschoben habe.“

„Ende 2002 gab es rund 420.000 Unternehmen mit ausländischem Kapital, das war das 2,3fache der Zahl der staatlichen Unternehmen. ... 95% der 500 größten internationalen Multis sind mit Betrieben und zum Teil auch mit Forschungseinrichtungen vor allem in Ostchina und hier wiederum insbesondere in Shanghai vertreten.“²⁷

Heute leben in China etwa 80% der Bevölkerung auf dem Lande. 60% davon sind Bauern und Bäuerinnen die oft neben ihrer familiären Landbewirtschaftung noch einer Arbeit in einem Gemeindebetrieb nachgehen. Die Dörfer und Gemeinden müssen sich selbst finanzieren, da es keinen finanziellen Ausgleich zwischen den Wachstumsprovinzen der Küste und den armen Provinzen am Gelben Fluß und in Westchina gibt. Wo Gemeinden über keine rentablen Betriebe verfügen erheben sie relativ hohe Steuern, erlassen Strafen bei Verstoß gegen die ein-Kind-Regelung oder verlangen Schulgebühren.²⁸ Viele versuchen dieser Armut zu entrinnen und begeben sich auf Suche nach Arbeit in die Städte obwohl häufig die dazu notwendige staatliche Erlaubnis verwehrt wird. Mehr als 100 Mio. ziehen so, teils illegal, teils mit befristeten Genehmigungen, zur Zeit durch China.²⁹

In den Städten ist die Lage jedoch bereits prekär. Die reale Arbeitslosigkeit beträgt dort 10%.³⁰ Gerade dort wo es um den Ab- und Umbau großer Staatsunternehmen der Schwerindustrie geht wie etwa im sogenannten „Rostgürtel“ nördlich von Peking häufen sich die sozialen Probleme. Obwohl Streiks und Demonstrationen verboten sind kam es in den letzten Jahren zu anhaltenden Protesten gegen Entlassungen, Betriebsschließungen oder das Ausbleiben von Löhnen oder Sozialleistungen. Auch aus anderen Provinzen

werden Proteste gemeldet, die jedoch alle offensichtlich isoliert und spontan ablaufen. Die offizielle Gewerkschaft gilt den AktivistInnen dieser Arbeitskämpfe nicht als ihr Instrument, sondern als das der Kapitalisten.³¹

In den Sonderwirtschaftszonen der Küste und den daran angrenzenden Regionen hingegen gedeihen kapitalistische Metropolen westlichen Zuschnitts. Die WanderarbeiterInnen vom Land stellen hier das Proletariat zweiter Klasse. Kulturell entfremdet und ghettoisiert sind sie oft durch fehlende Aufenthaltserlaubnis oder andere prekäre Bedingungen vollkommen der Willkür von Unternehmern unterworfen.

Die chinesische Führung samt angeschlossener, 70 Millionen Mitglieder umfassender Partei, glaubt diese Entwicklungen mit ihrer Theorie der „drei Vertretungen“ und einer Mobilisierung des Nationalismus theoretisch und propagandistisch in den Griff zu bekommen. Demnach vertritt die Partei, die auf dem XVI. Parteitag letzten November auch und besonders für Privatunternehmer geöffnet wurde, 1. *Die fortschrittlichen Produktivkräfte* 2. *Das fortschrittliche kulturelle Erbe der Nation* und 3. *Die Interessen der breiten Mehrheit des Volkes*. Ein Ansatz, der für jede nationalistische Mobilmachung tauglich ist und offenbar auch so genützt wird. Kolja Wagner, der als Anton Pam für die junge welt über China schreibt, behauptet: „Die KP erzieht alle Chinesen zum Nationalismus und Hass auf die Japaner und schreckt dabei auch vor haarsträubender Geschichtsfälschung nicht zurück“. Auch bei Konrad Seitz finden sich viele Bemerkungen über den wachsenden Patriotismus und den Stolz auf die Rückgewinnung imperialer Grösse in der heutigen chinesischen Gesellschaft. Der ehem. DDR-Botschafter in Peking und Sinologe Helmut Peters schrieb im Januar in der ‚jungen welt‘: „Alle sozialen Kräfte im gegenwärtigen China sollen für die ‚Renaissance der chinesischen Nation‘ zusammengeschlossen und mobilisiert werden.“ Er zitiert dabei den Leiter des Shanghaier Parteikomitees, der vor einem Jahr schrieb: „Das Schlüsselproblem ... besteht darin, daß wir das Augenmerk auf die Wahrung des großen gesellschaftli-

chen Zusammenschlusses ... legen müssen, um eine große Armee aufzubauen, die die Modernisierung und das Aufblühen der chinesischen Nation zu ihrer Aufgabe macht. Alle Worte und Taten, die für diesen Zusammenschluß ungünstig sind, sollen am besten unterbleiben.“³²

In diesem Sinne setzt sich in der KPCh zusehends das 10-Schichtenmodell gegen die bisherige Auffassung von einer Klassengesellschaft durch. Das Verhältnis zum Eigentum spielt dabei keine Rolle mehr sondern Beruf und Einkommen stellen die Kriterien der Schichtzugehörigkeit dar. Folglich gelten Begriffe wie Ausbeutung und Kapitalismus für China als überholt, alle sitzen im selben chinesischen Boot.

Die nationalen Hoffnungen Chinas, „die entwickelten Länder einzuholen und zu überholen“, haben mit der Angliederung Hongkongs und Macaos vor 6 bzw. 4 Jahren weiter Auftrieb bekommen. So bleibt nur noch die Rückkehr Taiwans als letztes Element zur Wiederherstellung Großchinas. Da militärisch an der von den USA garantierten Unabhängigkeit Taiwans nicht zu rütteln ist, geht die Strategie derzeit in die Richtung eines allmählichen ökonomischen Anschlusses, der dann den politischen Weg ebnet soll.

5. Schluß und Ausblick

Der WTO-Beitritt Chinas vom Dezember 2001 wird erhebliche Auswirkungen auf Wirtschaft und soziales Gefüge des Landes haben. Innerhalb von fünf Jahren fallen nichttarifäre Handelshemmnisse und China wird einerseits erleichterten Zugang zu den westlichen Absatzmärkten haben, andererseits werden die eigenen Staatsunternehmen einer wesentlich höheren Binnenkonkurrenz ausgesetzt sein. Die wachsende Verflechtung mit dem weltumspannenden kapitalistischen System zwingt China in Zukunft auch immer mehr in die Gesetzmässigkeiten kapitalistischer Produktionsverhältnisse und lässt den Führern in Peking, wie sie auch immer heißen mögen, zunehmend weniger Spielraum für Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Nach 25 Jahren sogenannter „Reformpolitik“ und schöpferischer Anwendung der Prinzipien des Mar-

xismus-Leninismus verspricht die aktuelle Entwicklung Chinas alles andere als eine sozialistische Zukunft.

Stefan Brandhuber,
AG International Dorfen

¹ Vgl. Kurz, Robert: *China ohne Wunder, Neues Deutschland vom 15.11.02*

² Berthold, Rolf: *Was brachte der XVI. Parteitag?, Rotfuchs vom Dezember 2002*

³ Seitz, Konrad: *China – Eine Weltmacht kehrt zurück, Berliner Taschenbuch Verlag 2002, S. 114*

⁴ ebenda, S. 148

⁵ ebenda, S. 155

⁶ www.sinistra.net/lib/upt/kompro/cipu/cipuhgibid.html

⁷ Seitz, S.162

⁸ ebenda, S. 178f

⁹ ebenda, S. 188

¹⁰ Martin (Hrsg.): *Mao Texte, Band VI, S. 245f*

¹¹ Seitz, S.337

¹² Seitz, S. 217

¹³ Seitz, S. 224

¹⁴ Seitz, S. 230ff

¹⁵ Seitz, S. 243

¹⁶ Seitz, S. 241

¹⁷ Seitz, S. 234

¹⁸ Seitz, S. 259ff

¹⁹ Seitz, S. 275

²⁰ Böwer, Uwe: *Die Außenwirtschaftspolitik der VR China II.C.2., www.chinafokus.de/nmun/18_ii_c_2.php*

²¹ Seitz, S. 239

²² Seitz, S. 356

²³ Seitz, S. 357

²⁴ Seitz, S. 298/299

²⁵ Seitz, S. 301

²⁶ Seitz, S. 331

²⁷ Peters, Helmut: „Die Lage zwingt uns zu handeln“, *junge welt vom 25./26. 1. 2003*

²⁸ Pam, Anton: *Keine großen Sprünge, junge welt vom 22. 12. 2001*

²⁹ Pam, Anton: *Schwere Last, junge welt vom ??*

³⁰ Peters, Helmut: „Die Lage zwingt uns zu handeln“, *junge welt vom 25./26 Januar 2003*

³¹ www.wildcat-www.de/zirkular/64/z64china.htm

³² Peters, Helmut: *Die Partei kennt keine Klassen mehr, junge welt vom 27. Januar 2003*

Max Hoelz (1889-1933), der rote Rebell

Der Arbeitersohn Max Hoelz, am 14. 10. 1889 in Moritz bei Riesa geboren, hat häufig Prügel bezogen. Doch wuchs er nicht zum Duckmäuser, sondern zum Rebellen heran. Zu seinen Lebensdaten gehören knapp zwei Jahre Englandaufenthalt, die Tätigkeit als Landvermesser und Erklärer von Filmen, welche Letztere ihn beim Publikum beliebt machte. 1914 Freiwilliger, wurde er unter dem Eindruck des Massenmordens im imperialistischen Weltkrieg Pazifist. Der Spartakusanhänger Georg Schumann vermittelte ihm 1917 den „allerersten Schimmer einer neuen Weltanschauung“. Otto Rühle, eher ultralinks, setzte zwei Jahre später bei einem 14-Tage-Lehrgang der KP-Schule in Walsrode diesen Unterricht fort.

Vom Arbeitslosenrat zu Kapp-Putsch und Märzaktion

Von der USPD zur KPD gewechselt, machte Hoelz sich 1919 im Vogtland einen Namen - als neuer Robin Hood oder Karl Stülpnagel. Seit 24. 4. Vorsitzender des Arbeitslosenrats von Falkenstein, sorgten er und seine Genossen im Streit mit dem Bürgermeister und anderen Reaktionen dafür, dass Erwerbslose mehr Unterstützungsgeld, Kriegervitwen erstmals Rente, die Frierenden Holz und Hungernde Kartoffeln bekamen. Dreimal hintereinander wurde ihretwegen die Stadt von der Reichswehr besetzt. Anschließend illegal, tauchte Hoelz am 13. 3. 1920 beim Kapp-Putsch wieder auf. Er vereinte revolutionäre Arbeiter aus Falkenstein und Oelsnitz zur Roten Garde, übernahm die militärische Leitung und stand dem im Falkensteiner Schloss residierenden Aktions-, später Roten Vollzugsausschuss vor. Nach dem Sieg der Arbeiter über Kapp zugunsten der Reichsregierung forderte auch die KPD die Sieger auf, sich geordnet zurückzuziehen. Hoelz lehnte dies ab. Er war selbst nach Ende der Roten Ruhrarmee noch als Partisanenführer tätig, wobei er stets darauf achtete, dass die Zahl der Men-

schenopfer gering blieb, und eher mal ein Gebäude anzündete. Nur standen ihm bald 40 000 bis 50 000 reguläre Soldaten gegenüber. Ende März drohte der Vollzugsausschuss der „besitzenden Klasse“ mit Zerstörung von Betrieben, Villen und Staatsbauten, falls reaktionäre Truppen ins Vogtland einmarschierten. Da das nicht zu verhindern war, zogen sich



Aus AIZ 1927, Nr. 39

die 300 Rotgardisten am 11. 4. 1920 über die tschechische Grenze zurück.

Am 6. 4. war Hoelz wegen Disziplinlosigkeit aus der KPD ausgeschlossen worden. Der 5. Parteitag im November nahm ihn wieder auf. Im Frühjahr 1921 verübte er einen Bombenanschlag auf ein Gerichtsgebäude, um proletarische Gefangene freizupressen. Dann nahm ihn die Märzaktion voll in Anspruch. KPD und Kommunistische Arbeiterpartei gingen darin zum bewaffneten Kampf über, nachdem das von Oberpräsident Hörsing (SPD) befohlene Einrücken starker Polizeieinheiten in die Industriegebiete der Provinz Sachsen, besonders ins Mansfelder Revier, sie provoziert hatte. In einer Zeit abflauer Massenkämpfe folgten sie jener Offensivtheorie, die Lenin, Trotzki und die III. Internationale später als Abenteuerertum verurteil-

ten. Vergebens hofften sie darauf, die Proletariemehrheit mit sich zu reißen. Hoelz war vom 23. 3. bis 1. 4. 1921 an Gefechten im Raum zwischen Eisleben, Hettstedt, Ammendorf und Beesenstedt beteiligt. Am Ende standen eine vernichtende Niederlage und weißer Terror gegen revolutionäre Arbeiter. Max Hoelz wurde mit aufgegriffen, zum Glück aber erst später identifiziert. Im Juni stand er in Berlin-Moabit vor dem Sondergericht. Das Verfahren und mehr als sieben Jahre dauernde Kerkerhaft waren darauf angelegt, ihn zu vernichten. Doch fehlten den Inquisitoren und Schergen noch jene Mittel, die ab 1933 Hitler zur Verfügung standen.

Sondergerichtsprozess und Haftanstalten

Ein hochbegabter, mit exzellentem Klasseninstinkt begabter Redner, verteidigte sich Hoelz vor Gericht hervorragend. Ohne eigene Taten zu beschönigen, griff er unermüdlich die Bourgeoisie und das Tribunal an. Dies verurteilte ihn zu lebenslänglich Zuchthaus und dauerndem Ehrverlust. Ausschlaggebend war der Totschlag an Gutsbesitzer Heß in Roitschgen, eine Tat, an welcher Hoelz in keiner Weise beteiligt war. Doch wurde auf ihn entlastende Umstände keine Rücksicht genommen. Die Zeit von Juli 1921 bis Ende August 1927 brachte er in den Zuchthäusern Münster, Breslau und Groß-Strehlitz zu, unter erschwerten Bedingungen und großenteils in Einzelhaft, mit Krankheit geschlagen und häufig von Aufsehern, am letztgenannten Ort auch vom sadistischen Direktor malträtiert. Erst in Sonnenburg gab es ab 1927 Erleichterungen für ihn. Inzwischen bemühten sich linksstehende Rechtsanwälte, die Komintern, die Rote Hilfe und trotz oft ungerechter Attacken seinerseits gegen die KPD auch diese, mit dem „Neutralen Komitee für Max Hoelz“ zudem die demokratische Intelligenz um seine Befreiung. Reichspräsident Ebert und Justizinstanzen legten sich quer. Eine neuerliche Untersuchung

der an Heß verübten Bluttat, mit ihr das Wiederaufnahmeverfahren im Hoelz-Prozess wurden sabotiert. Dabei hatte sich der am Tod des Gutsbesitzers Schuldige inzwischen gestellt. Druck von unten und außen veranlasste am 14. 7. 1928 den Reichstag zu einem Amnestiegesetz für politische Gefangene. Am 18. 7. verfügte das Reichsgericht die Freilassung von Hoelz. Aus Verdruss darüber, hierzu gezwungen zu sein, geschah das in Form einer „Unterbrechung der Strafvollstreckung“. Sie bedeutete die Drohung mit erneutem Knast.

Bedrohung von rechts und Jahre in der UdSSR

Der von der Klassenjustiz im entscheidenden Punkt zu Unrecht Verurteilte war frei. Sukzessive überwand er die in Zuchthäusern erworbene Menschenscheu. Bei einer KPD-Kundgebung bekannte er, weiter „einer der vielen Kesselheizer der Revolution“ sein zu wollen. 1929 legte der Malik-Verlag Hoelzens den Gefangenen gewidmete Autobiographie „Vom Weißen Kreuz zur roten Fahne“ auf. (Das Kreuz war ein protestantischer Keuschheitsbund, dem er bis 1914 angehörte.) Der Band fand reißenden Absatz. Bei Arbeitern und Demokraten, z. T. auch Liberalen, war Hoelz hoch angesehen. Die Reaktion hasste ihn. Im April 1929 wurde er in Karlsruhe durch einen Polizeiknüppel schwer verletzt. Im September 1930 setzte Hitlers SA bei einer Kundgebung in Bad Elster seinenwegen eine Saalschlacht in Szene, die ihn fast das Leben gekostet hätte. Da sein weiterer Verbleib im Reiche zu riskant war, beschloss die KPD-Führung Hoelz' Übersiedlung nach Moskau.

Die Sowjetunion galt als das Vaterland aller Werktätigen. Das war

die progressiven Nachwirkungen der Oktoberrevolution, das abschreckende Gegenbild kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung, aber auch schon auf von Millionen geglaubte Lügen der Stalin-Propaganda zurückzuführen. Hoelz war in der UdSSR als Opfer bourgeoiser Klassenjustiz und als „deutscher Budjony-Proletarier“ ungemein populär. 1922 erhielt eine Leningrader Fabrik seinen Namen. Es folgten weitere Produktionsstätten und Schulen im Land. Er war Ehrensoldat eines Reiterregiments. 1923 wurde ihm der Rotbannerorden verliehen. Nicht nur die Kämpfer des Bürgerkrieges hegten Sympathie für ihn, sondern auch junge Komsomolzinnen. Mit zweien ging er zeitweise die Ehe ein.

Seine Arbeit war großenteils politischer Natur, vor allem Agitation unter deutschen Arbeitern. Zugleich betätigte er sich in der Produktion, so 1932 in den Erzgruben von Tamir-Tau. Er stieß auf Schlampererei, Fehler, Versäumnisse, bürokratische Willkür, Unterversorgung und mangelnde Unterstützung Werktätiger. Als Kommunist zog er hiergegen zu Felde, ebenso gegen die Briefzensur. Die Bürokratie antwortete mit Sperrung seiner Bezüge. Das NKWD bespitzelte ihn. Anfang Mai 1933 in die Lubjanka bestellt, verbarrikadierte sich Hoelz in seinem Hotelzimmer. Schließlich ging er auf das Angebot ein, im Sowchos Doskino bei Gorki in einer Feldbrigade zu arbeiten. In der Nacht vom 15. auf den 16. 9. 1933 ertrank er in der nahe gelegenen Oka beim Versuch, den Fluss per Boot zu überqueren. Es gibt Indizien, aber keinen schriftlichen Beweis dafür, dass ein NKWD-Kommando nachhalf.

Während Stalins großer Säube-

rung ab 1936 arbeitete das NKWD auch mit dem Konstrukt einer „konterrevolutionären, trotzkistischen Terrororganisation“ unter Hoelz und dem nach Prag entkommenen KPD-Militärexperten Erich Wollenberg. Entsprechenden Anklagen fielen u. a. die Schauspielerin Carola Neher und der Arbeiter Rudolf Magirus zum Opfer. Nachkriegs-KPD und SED blieben Hoelz gegenüber lange reserviert. Als Held wurde er in der DDR im Grunde erst während der 80er Jahre wiederentdeckt, dies auch deshalb, weil der einstige Jungkommunist Erich Honecker zu seinen Fans gehörte. 1983 erschien die instruktive, im Hinblick auf die Zeit in Doskino aber unwahrhaftige Biographie Manfred Gebhardts. Kurz vor Öffnung der DDR-Grenze nach Westen und dem Ende des „Arbeiter-und-Bauern-Staats“ wurde am 14. 10. 1989 zu Hoelz' 100. Geburtstag in Falkenstein ein Denkmal aufgestellt. Unter Druck der gewendeten CDU ist es schon am 2. 2. 1990 in einem Barbarenakt wieder abgetragen worden. Der Gedenkraum im Heimatmuseum wurde gesperrt, die Ausstellungsstücke wurden weggeworfen. Die im September selben Jahres in der Mainzer Straße zu Berlin-Friedrichshain eröffnete Max-Hoelz-Buchhandlung sah sich von einer Lesbengruppe wegen angeblich sexistischer Äußerungen in Hoelz' Autobiographie attackiert. Kurz darauf vertrieben vom Regierenden Bürgermeister Momper (SPD) entsandte Polizeieinheiten linke Hausbesetzer aus der Mainzer Straße. Die Buchhandlung wurde geplündert und verwüstet.

„Nie gedacht soll seiner werden“ dürfte die Parole gewesen sein. Sie erwies sich als falsch. Als Peter Giersich und Bernd Kramer in Vorbereitung ihres neuen, im Jahr 2000 erschienenen Buches über Hoelz um die Zusendung von Erinnerungen und unveröffentlichten Dokumenten baten, hatten sie beachtlichen Erfolg. Der vor 70 Jahren gestorbene rote Rebell ist so leicht nicht totzukriegen. Mit fortschreitendem Abbau des einstigen Sozialstaats in der erweiterten BRD wachsen die Aufgaben derer, die politisch mit ihm verwandt sind, in den Himmel.

Manfred Behrend

Aus SoZ – Sozialistische Zeitung,
Köln, September 2003



Kundgebung für Max Hoelz,
aus AIZ 1927, Nr. 39

Nach wie vor umstritten: die Ereignisse von 1928

Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin

Herausgegeben von Hermann Weber und Bernhard H. Bayerlein (*Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts, Band 2*). Aufbau-Verlag, Berlin 2003, 368 Seiten, 22,50 €

Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928 – Die KPD am Scheideweg. Eine kommentierte Dokumentation

Herausgegeben von Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas und Klaus Kinner (*Geschichte des Kommunismus und Linksozialismus, Band IV*). Karl Dietz Verlag, Berlin 2003, 296 Seiten, 19,90 €

Zwei Dokumentenbände mit dazugehörigen Einleitungen, Anmerkungen und Registern gilt es vorzustellen, die in Inhalt und Anliegen gleichartig sind, teilweise Überschneidungen aufweisen, im ersten Fall einen kleineren, im zweiten einen etwas größeren Zeitraum erfassen. Ihr Gegenstand ist eine in den Auswirkungen schwerwiegende Phase in der Geschichte von KPdSU, KPD und Kommunistischer Internationale 1927-1929, Schwerpunkt das Schaltjahr 1928 mit dem Geheimabkommen der russischen und deutschen KI-Delegationen zum gemeinsamen Kampf gegen „Rechte“ und „Versöhnler“ am 29. 2., der Korruptionsaffäre um John Witterf, Thälmanns kurzzeitiger Ablösung als KPD-Vorsitzender und dem stalinistischen Gegenschlag zwecks Ausschaltung jeder noch vorhandenen Opposition. Die Herausgeber des bei Dietz erschienenen Buches deuten schon im Titel an, dass hierbei auch der endgültige Bruch zwischen der durch Rosa Luxemburg und der durch Stalin/Thälmann repräsentierten Tradition in der KPD-Geschichte bewerkstelligt wurde. Ihre Arbeit weist insoweit eine Besonderheit auf, als die darin enthaltenen 123 Dokumente zwar auf der beigefügten CD-

Rom vollständig wiedergegeben sind, nicht aber im gedruckten Text. Hierin finden sich 45 von ihnen ganz oder auszugsweise wieder.

Von den Darstellungen im „**Thälmann-Skandal**“ ist die Hermann Webers über den KPD-Vorsitzenden als Gefolgsmann und späte-



Ernst Thälmann, aus AIZ März 1925

res Opfer J. W. Stalins wesentlich und gediegen. Genauso ist es die über die Witterf-Affäre, in deren Resultat es Anhängern und Helfern des KPdSU-Generalsekretärs gelang, die „parteitreu“ Mehrheit in Politbüro und Zentralkomitee der KPD zu disziplinieren und jene in ihren Reihen zum Widerruf zu bewegen, die am 26. 9. 1928 Ernst Thälmanns Amtsenthebung wegen seines Versuchs zugestimmt hatten, die durch Witterf verübte Unterschlagung von sowjetischer Seite gekommenen Geldes totzuschweigen, dann die sogenannten Versöhnler um Arthur Ewert und Gerhart Eisler zu ducken und angeblich rechtsstehende Genossen Heinrich Brandlers und August Thalheimers auszuschließen. Mit diesen „Strafaktionen“ gingen solche in KPdSU und Komintern einher, die sich u. a. gegen Nikolai Bucharin, Jules Humbert-Droz und Angelo Tasca richteten. Verbunden damit war die Durchsetzung einer neuen, im Som-

mer 1928 vom VI. Kominternkongress propagierten ultralinken Linie, welche durch irrealer Orientierung auf einen baldigen Zusammenbruch des internationalen Kapitalismus und erfolgreiche kommunistische Offensiven gekennzeichnet war, den Hauptfeind in der Sozialdemokratie, besonders deren linkem Flügel erkannte und die faschistische Gefahr unterschätzte.

Minder überzeugend als Webers Ausführungen sind die von Mitherausgeber Bayerlein. Seine Kennzeichnung des KPD-Kandidaten im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI), Walter Ulbricht, als „zentrales Bindeglied“ in Stalins Herrschaftssystem ist ebenso wie die einer einzigen Woche – der zwischen Thälmanns Fall und seiner Wiedererhebung – als „Einfallstor des Stalinismus in Deutschland“ übertrieben. (S. 37 und 42) Die Behauptung, in DDR und SED wäre bis zum Erscheinen der achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ 1966 der Witterf-Thälmann-Skandal „einfach wegretuschiert“ oder „sogar als parteifeindliche Aktivität verschwiegen“ worden (S. 42 und 64 f.), erweist sich als falsch. Während der Parteiüberprüfung 1951, in der erneut auch gegen ehemalige „Rechte“ und „Versöhnler“ zu Felde gezogen wurde, spielte der Skandal in seiner stalinistischen Version, als Anlass zu hinterhältiger Intrige wider den allzeit braven „Teddy“, eine Rolle. Von ihr und Stalins Rettungsaktion für den Getreuen war in innerparteilichen Verfahren, in Vorträgen und Druckschriften die Rede.

Der Versuch zur Analyse aller 90 Dokumente in diesem bzw. der 123 Texte in dem von ostdeutschen Forschern edierten Band wäre nicht sinnvoll. Ich begnüge mich mit Kostproben und der Empfehlung, beide Bücher zu studieren, da sie Aufschluss über wichtige Details der KPD-, KPdSU- und Kominternpolitik geben.

Die Texte im „Thälmann-Skandal“ sind mehr auf die KI zugeschnitten. Sie belegen das Drängen Wjatscheslaw Molotows auf schnelles Eingreifen zugunsten des KPD-Chefs während der Witterf-Affäre, da es sich bei ihm um einen wichtigen Mitstreiter gegen den marxistischen Teil

der Arbeiterbewegung handelte, und Stalins Entscheid vom 1. 10. 1928 hierfür, durch den die Abrechnung mit „Versöhnlern“ und „Rechten“ in Gang gesetzt wurde. (S. 153 f.) Bucharin, formell noch KI-Vorsitzender, war vergeblich um Abschwächung des Schlages bemüht. Die Affäre selbst wird am klarsten im Protestschreiben Thalheimers, Jakob Walchers, Albert Schreiners, Max Köhlers, Paul Frölichs und August Enderles vom 16. 10. 1928 gegen den Thälmann rehabilitierenden, seine Kontrahenten verteufelnden Beschluss des EKKI-Präsidiums vom 6. 10. dargestellt. So findet sich im Brief der Hinweis, dass schon 1926/27 einmal 14 Genossen Thälmanns in Korruptionsaffären verstrickt waren und der damalige Hamburger Bezirkssekretär Rudolf Lindau, der ihren Ausschluss herbeiführte, hierauf entlassen und durch Wittorf ersetzt wurde. Das Unterschlagungsdelikt des Letzteren war Thälmann spätestens seit Mai 1928 bekannt. Er stand hinter dem Täter, der inzwischen bereits für einen Reichstagsitz kandidierte. Mit auf ihn gestützt war „Teddy“ bemüht, eine – wie er sagte – „Stalin-Fraktion in Deutschland“ aufzubauen. (S. 197) Die Briefautoren, bald Vertreter der KPD-Opposition, und ihr Genosse im ZK Erich Hausen forderten unter Hinweis auf Stagnation und Rückgang des Parteieinflusses infolge ultralinken, mit Korruption einhergehender Politik eine tiefgreifende Reform von Partei und Komintern. (S. 198 ff.) Gleichartig agierte in einem Brief ans Politbüro der KPdSU Clara Zetkin.

In „*Luxemburg oder Stalin*“ liegt das Schwergewicht bei der KPD. Die Dokumentensammlung beginnt mit dem 11. Parteitag März 1927 in Essen. Nach verlustreichen Auseinandersetzungen mit den Ultralinken Ruth Fischer und Arkadi Maslow schlossen hier die Thälmann- und die Mittelgruppe (später „Versöhnler“ genannt) unter Einwirkung der KI einen Kompromiss, der die halbwegs realistische „Politik der Konzentration“ begründete. Briefe Walchers und Zetkins belegen frühzeitig Verstöße von „links“ gegen diesen Kurs. Zetkin charakterisierte am 17. 9. 1927 „Teddy“ als ungeschulten, durch Ohrenbläser und Intriganten irrege-

leiteten Mann, der „zwischen Anfällen einer richtigen Einschätzung der Lage und Anfällen tobender Abwehr dagegen“ hin- und herschwankte, stets befürchtend, jemand könne linker sein als er, und sicher kein Führer sei. (S. 39) Im Zusammenhang mit diesem Kampf standen Kontroversen um die von Thalheimer und Brandler erstrebte Rückkehr aus Moskauer „Ehrenhaft“, welche die KPD-Führung zu hintertreiben suchte, und ein gleichfalls von ihr verhindertes Aktionsprogramm, das der Partei genutzt, ihr Abgleiten nach ultralinks erschwert hätte. Am 18. 10. 1928 attackierte „Die Rote Fahne“ August Thalheimer als „Verräter“. Der 12. KPD-Parteitag zu Berlin-Wedding im Juni 1929, letzter vor der Hitlerdiktatur, besiegelte das Ende der Eigenständigkeit der Partei und die Übernahme des stalinistischen, hier auf Thälmann bezogenen Führerkults.

Eberhard Czichon und Heinz Marohn, Verfasser des verschwörungstheoretischen Opus „Das Geschenck“ von 1999 über das Ende der DDR, legen unterdessen darüber Zeugnis ab, dass die Konflikte Ende der 20er Jahre noch immer aktuell sind. In den „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS“ Heft 4, einem Vorabdruck im DKP-Organ „Unsere Zeit“ vom 4. 4. und einem Beitrag in der „jungen Welt“ vom 11. 4. 2003 greifen sie die Herausgeber beider hier besprochenen Bände, dazu deren Rezensenten in ND und jW an. „Beweismittel“ für die Richtigkeit ihrer eigenen, gegen deren Auffassungen gerichteten Ansicht sind erstens Schimpfkanonaden, in denen sie dem „Antikommunismus-Historiker“ Weber „Geschichtsm Manipulation“ und dem „in der DDR avancierten Professor“ Kinner, der sich diesem westdeutschen „Geschäftemacher“ angeschlossen habe, „üble Falschmünzerei mit politischem Zweck“ vorwerfen. Sie sei Kehrseite der „Aufgabe sozialer Interessenvertretung“ durch die Berliner PDS. Zweitens unterstellen Czichon/Mahron den attackierten Wissenschaftlern außer falschen Thesen subjektivistische Aktenauswahl. Es sei entgegen deren Darstellung erwiesen, dass das Votum des EKKI-Präsidiums vom 6. 10. 1928 zugunsten Thälmanns ohne Stalins Nachhilfe ganz „statutengemäß“ zustande ge-

kommen wäre. Drittens erbosen die Verfasser sich über jene im KPD-Zentralkomitee, welche die Wittorf-Affäre „zu einer hinterhältigen Intrige“ genutzt hätten, „um den politischen Bankrotteur Brandler wieder an die Parteispitze zu bringen“. Letztgenannter hatte im Herbst 1923 die in Moskau geplante „deutsche Oktoberrevolution“ abgeblasen, als sicher war, dass das Gros der organisierten Arbeiterschaft einem entsprechenden Generalstreikappell nicht folgen würde. Er bewahrte derart die KPD vor der schwerstmöglichen Niederlage bis zu Hitlers Machtantritt. Bald nach dem Oktober 1923 und dann jahrzehntelang wurden Brandler, Thalheimer und der Kominternemissär Karl Radek deswegen als „Revolutionsverhinderer“ und „Verräter“ diffamiert. Die Autoren folgen faktisch dieser Sprachregelung.

Zur Wittorf-Affäre und zum Umfall von „Parteitreuen“ im KPD-Zentralkomitee nach Stalins Eingreifen zugunsten Thälmanns hatte Eberhard Czichon 1956 bzw. 1957 einmal Auffassungen vertreten, die den Erkenntnissen Webers und Kinner, damit der historischen Wahrheit nahe kamen. In der „jungen Welt“ vom 15. 5. 2003 erinnerte er sich hieran nicht mehr, deklarierte den Fakt zur Legende und schob die Behauptung nach, in den 50er Jahren habe es keine einschlägigen Akten gegeben, sie wären erst heute nutzbar. Doch gab es einerseits schon in früher Zeit durchaus welche, wenn auch unter strengem SED-Verschluss und weniger als jetzt. Andererseits existierten bereits damals gedruckte Hinweise – nicht nur in „Giftschranken“ mit Westliteratur, darunter Flechtheims „KPD in der Weimarer Republik“ von 1948, sondern auch in SED-Veröffentlichungen während der Parteiprüfung 1951, ab 1966 in Ulbrichts „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“. Czichons kuriose Gedächtnislücke erinnert an die von ihm fälschlich Weber und Kinner vorgelegene Art, Thesen durch Übergehen wichtiger Tatsachen und Quellen zu „beweisen“.

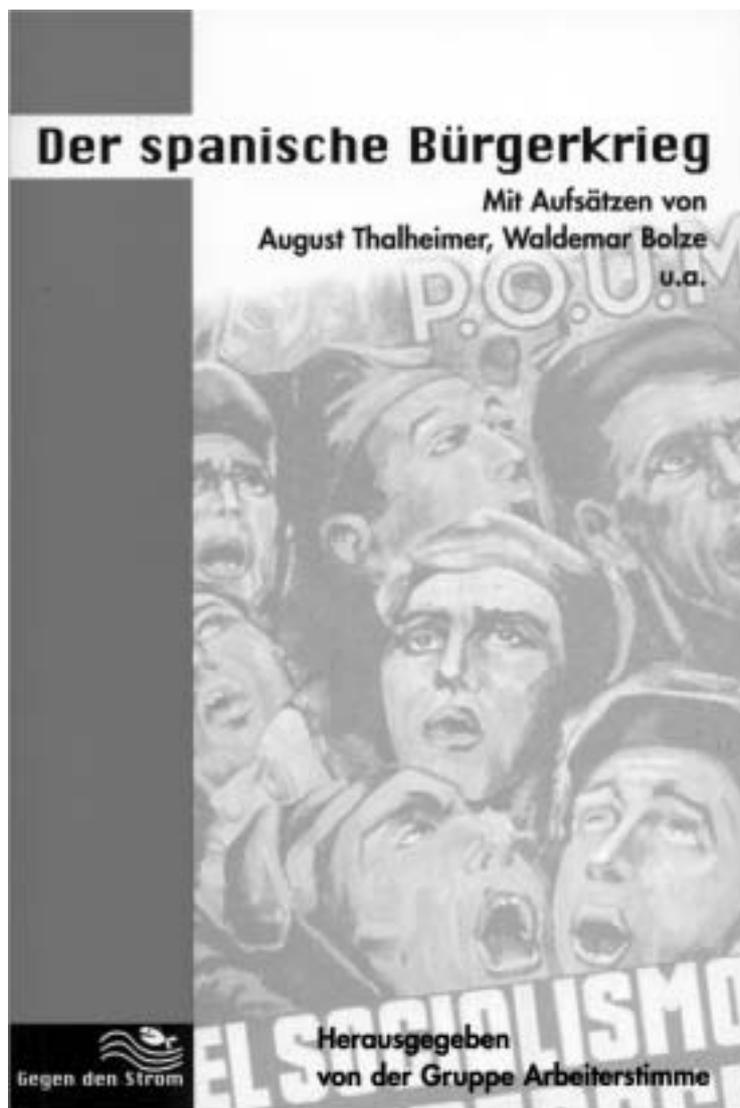
Manfred Behrend

Literaturliste

- Sonderheft China:** Langer Marsch in den Kapitalismus? u. a. Die politische Kehrtwende, Das „Rennen auf Leben und Tod“, Deng Xiao-pings zu großer Sprung nach rechts, Revisionismus - oder schöpferische Anwendung des Marxismus? 1985, 50 Seiten A4, 3,00 €
- Vorwort von Paul Frölich zum Werk **von Rosa Luxemburg:** Gegen den Reformismus 42 Seiten, 1,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 25,00 €
- August Thalheimer: Programmatische Fragen**, Kritik des Programmentwurfs der kommunistischen Internationale (VI. Weltkongreß) 112 Seiten, 9,00 €
- Die politische Theorie August Thalheimers 1919 - 1923** (Harald Jentsch) 1993, 120 Seiten, 11,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 10,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 5,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 3,00 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 8,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 1,50 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 5,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 15,00 €

Das Porto wird entsprechend der neuen Postgebühren berechnet

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der **Arbeiterstimme** in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barce-

lona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
ISBN 3-00-010296-5

Bestelladresse:
Gegen den Strom
Schwanthalerstraße 139
80339 München

oder:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg



510 Seiten,
Paperback,
€ 25,-
ISBN 3-87975-767-4



624 Seiten,
Paperback,
€ 25,-
ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg